

Geschäftsbericht MLP AG 2012



Vorausschauende Aussagen

Diese Unterlagen enthalten unter anderem gewisse vorausschauende Aussagen und Informationen über zukünftige Entwicklungen, die auf Überzeugungen des Vorstands der MLP AG sowie auf Annahmen und Informationen beruhen, die der MLP AG gegenwärtig zur Verfügung stehen. Worte wie „erwarten“, „einschätzen“, „annehmen“, „beabsichtigen“, „planen“, „sollten“, „könnten“ und „projizieren“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf das Unternehmen sollen solche vorausschauenden Aussagen anzeigen, die insoweit gewissen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind. Viele Faktoren können dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse der MLP AG sich wesentlich von den Zukunftsprognosen unterscheiden, die in solchen vorausschauenden Aussagen getroffen wurden. Die MLP AG übernimmt keine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, vorausschauende Aussagen zu aktualisieren oder zu korrigieren. Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse zahlenmäßig von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zu dem Zeitpunkt wieder, zu dem sie gemacht wurden.

Inhalt

BERICHT DES AUFSICHTSRATS	4
LAGEBERICHT	8
Gesamtwirtschaftliche Situation	8
Branchensituation und Wettbewerbsumfeld	9
Unternehmenssituation	14
Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB	23
Risikobericht	29
Prognosebericht	41
Nachtragsbericht	48
CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT	49
JAHRESABSCHLUSS	58
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 2012	59
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012	60
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012	62
Allgemeine Angaben	62
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	66
Erläuterungen zur Bilanz	69
Sonstige Angaben	76
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	89
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	90
FINANZKALENDER	91
IMPRESSUM/KONTAKT	92

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2012 intensiv mit der Entwicklung des Unternehmens befasst und die ihm durch Gesetz und Satzung auferlegten Verpflichtungen in vollem Umfang wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und überwacht.

Der Aufsichtsrat befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr eingehend mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der finanziellen Lage, den Perspektiven und der weiteren Strategie des Unternehmens und unterstützte den Vorstand hierbei. Schwerpunkt seiner Tätigkeit war im Geschäftsjahr 2012 insbesondere die Begleitung des Vorstands in der strategischen Weiterentwicklung der Gesellschaft, bei weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz, der Chancen- und Risikolage der Gesellschaft und der Vertretung der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen durch ehemalige Gesellschafter der Feri AG sowie der zu deren Abwehr durch die Gesellschaft initiierten negativen Feststellungsklage.

In regelmäßigen Besprechungen haben Aufsichtsrat und Vorstand die Geschäftsentwicklung, die Strategie und die wichtigsten Geschäftsereignisse erörtert und gemeinsam beraten. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten kontinuierlich, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage und die Gesamtentwicklung des Konzerns einschließlich der Risikolage und Risikotragfähigkeit sowie des Risikomanagements und der Compliance unterrichtet. Dabei hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Unternehmensführung durch den Vorstand überzeugt. Im Jahr 2012 berichtete der Vorstand und beriet der Aufsichtsrat auch zu den Inhalten und erwarteten Auswirkungen gesetzgeberischer bzw. regulatorischer Vorhaben auf Bundes- oder EU-Ebene, wie z. B. Basel III, der Richtlinie Markets in Financial Instruments II (MiFID II) oder dem Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts.

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2012 in fünf ordentlichen Sitzungen, an denen mit Ausnahme von einer Sitzung jeweils alle Mitglieder persönlich teilnahmen. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand auch zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich, erfolgte die Beschlussfassung des Aufsichtsrats auch im Wege von Umlaufbeschlüssen.

Darüber hinaus fanden eine Sitzung des Personal-, vier Sitzungen des Bilanzprüfungs- und vier Sitzungen des Nominierungsausschusses statt, an denen mit Ausnahme einer Sitzung des Nominierungsausschusses jeweils alle Ausschussmitglieder teilnahmen.

Außerdem trafen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende zu regelmäßigen Gesprächsterminen, in denen sie Einzelthemen erörtert haben. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete die übrigen Mitglieder umfassend über die Inhalte dieser Gespräche mit dem Vorstand.

Aufsichtsratssitzungen und wesentliche Beschlussfassungen

In einem im Januar 2012 im Umlaufverfahren gefassten Beschluss stimmte der Aufsichtsrat der gerichtlichen Abwehr von behaupteten Ansprüchen gegen die Gesellschaft zu, die von einigen ehemaligen Gesellschaftern des Tochterunternehmens Feri AG erhoben worden sind.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 20. März 2012 war die – durch Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses vorbereitete – Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses sowie

des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2011. Die Abschlussprüfer haben an der Sitzung teilgenommen und berichteten ausführlich über den Verlauf und das Ergebnis ihrer Jahresabschluss- sowie der Konzernabschlussprüfung. Nach eingehender Diskussion billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat den Abschluss eines Beherrschungsvertrags mit der Feri AG und die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossen. In der März-Sitzung wurde unter anderen die Verlängerung des Anstellungsvertrages sowie die Wiederbestellung von Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg um weitere fünf Jahre als Vorsitzender des Vorstands - also bis zum 31. Dezember 2017 verabschiedet.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 07. Mai 2012 war im Wesentlichen die Erörterung der Ergebnisse und der Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2012 Gegenstand der Tagesordnung.

Die Ergebnisse des zweiten Quartals und die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr sowie die Berichterstattung der Internen Revision und des Risikocontrollings (inkl. des Berichts über das Wesentlichkeitskonzept, die Risikostrategie und das Risikotragfähigkeitskonzept) standen in der ordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 07. August 2012 auf der Tagesordnung. Des Weiteren stimmte der Aufsichtsrat einer Kapitalerhöhung in Höhe von 30 Mio. € bei der MLP Finanzdienstleistungen AG durch die MLP AG zu. Im Zuge der Neustrukturierung des Kapitals im Konzern wurde die Eigenkapitalquote des Unternehmens weiter gestärkt.

Im Mittelpunkt der Novembersitzung standen die Ergebnisse des dritten Quartals und der ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres.

In der Sitzung am 13. Dezember 2012 war neben der Beschlussfassung über die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG die Einhaltung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) im MLP-Konzern ein wesentlicher Diskussionsgegenstand. Über den Corporate Governance-Prozess sowie die aktuelle Entsprechenserklärung wurde ausführlich Bericht erstattet. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Strategie und das Budget der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2013 ausführlich behandelt und verabschiedet.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat wurde in 2012 regelmäßig über die Arbeit seiner Ausschüsse unterrichtet.

Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal. Gegenstand der Sitzung war die Vorbereitung der Wiederbestellung von Herrn Dr. Schroeder-Wildberg als Vorsitzender des Vorstands.

Der Bilanzprüfungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2012 vier ordentliche Sitzungen ab. An seinen Sitzungen nahmen teilweise auch Vertreter des Abschlussprüfers teil, die dem Ausschuss ausführlich Bericht erstatteten. Der Bilanzprüfungsausschuss erörterte in Gegenwart der Abschlussprüfer sowie des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands die Abschlüsse der MLP AG und des MLP-Konzerns sowie den Gewinnverwendungsvorschlag. Gegenstand ausführlicher Beratungen waren auch die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, der Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Über die Arbeit der Internen Revision sowie der Compliance-Abteilung und über rechtliche und regulatorische Risiken sowie Reputationsrisiken wurde dem Bilanzprüfungsausschuss berichtet. Des Weiteren beschäftigte sich der Bilanzprüfungsausschuss mit den potenziellen Risiken, die im Zusammenhang mit der gerichtlichen Abwehr von behaupteten Ansprüchen bestehen, die von einigen ehemaligen Gesellschafter des Tochterunternehmens Feri AG erhoben worden sind.

Der Nominierungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2012 vier ordentliche Sitzungen ab. Gegenstand dieser Sitzungen war die Vorbereitung der Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrats in der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013. Dabei befasste sich der Nominierungsausschuss eingehend mit den persönlichen und fachlichen Anforderungen, die kraft Gesetzes oder regulatorischer Anordnung an die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat zu stellen sind. Ferner wurden die diesbezüglichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodexes (DCGK) behandelt. Schließlich verständigte man sich auf dieser Basis auf einen Vorschlag an das Plenum des Aufsichtsrats für die neu zu wählenden Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat behandelt regelmäßig die Anwendung der Corporate Governance-Grundsätze.

Im abgelaufenen Jahr hat der Aufsichtsrat insbesondere in seiner Sitzung am 13. Dezember 2012 erneut ausführlich die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 erörtert.

In der Sitzung am 13. Dezember 2012 überprüfte das Gremium anhand eines den Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zur Verfügung gestellten Evaluierungsbogens die Effizienz seiner Tätigkeit. Dabei überprüfte der Aufsichtsrat u.a. die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, den Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz wurden analysiert.

In der gleichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat der MLP AG des Weiteren davon überzeugt, dass die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung nach § 161 AktG erfüllt hat und auch zukünftig grundsätzlich den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 entsprechen wird. Aufsichtsrat und Vorstand haben im Dezember eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Interessenkonflikte sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten. Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance bei MLP einschließlich einer Darstellung der Entsprechenserklärung vom 13. Dezember 2012 ist dem Corporate Governance-Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zu entnehmen. Zudem stehen alle relevanten Informationen auf unserer Homepage im Internet unter www.mlp-ag.de zur Verfügung.

Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2012

Der Jahresabschluss sowie der Lagebericht der MLP AG zum 31. Dezember 2012 wurden vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2012 wurden gemäß § 315a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden ist, aufgestellt. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat jeweils zum 31. Dezember 2012 den Jahresabschluss und den Lagebericht der MLP AG nach handelsrechtlichen Grundsätzen sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht nach IFRS-Grundsätzen geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Abschlussunterlagen mit dem Lagebericht, die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Bilanzprüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich intensiv mit diesen Unterlagen beschäftigt und dem Aufsichtsrat über seine Prüfung Bericht erstattet. Der Abschlussprüfer berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorliegen. Dabei hat der Bilanzprüfungsausschuss auch das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssysteme sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, den Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie der von ihm erbrachten zusätzlichen Leistungen geprüft. Auch der Aufsichtsrat hat die Unterlagen und Berichte eingehend geprüft und ausführlich darüber beraten. In Anwesenheit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtete, wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 21. März 2013 die Prüfungsberichte umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der MLP AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse, die Wirksamkeit des internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystems und der Compliance erläutert und detailliert über Umfang, Schwerpunkte und Kosten der Abschlussprüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers angeschlossen und auf der Grundlage des abschließenden Ergebnisses der Prüfung durch den Bilanzprüfungsausschuss und seiner eigenen Prüfung festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Daher hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21. März 2013 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Lagebericht der MLP AG und den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht nach IFRS gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstands, für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende von 0,32 € je Aktie auszuschütten, schloss sich der Aufsichtsrat nach eigener Prüfung an. Bei seinen Überlegungen wurden sowohl die Liquiditätssituation, zukünftige regulatorische Anforderungen und die Finanzplanung der Gesellschaft als auch das Aktionärsinteresse an einer angemessenen Dividende einbezogen und gegeneinander abgewogen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den jeweiligen Unternehmensleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Beraterinnen und Beratern im MLP-Konzern für ihren hohen persönlichen Einsatz und ihre Leistung im Geschäftsjahr 2012.

Wiesloch, im März 2013

Der Aufsichtsrat

Dr. Peter Lütke-Bornefeld

Vorsitzender

Lagebericht

Die im folgenden Lagebericht aufgeführten Werte wurden auf die erste Nachkommastelle gerundet. Bei Additionen der dargestellten Einzelwerte sind deshalb Differenzen zu den ausgewiesenen Summen möglich.

Gesamtwirtschaftliche Situation

Rahmenbedingungen

Als führendes unabhängiges Beratungshaus in Deutschland berät der MLP-Konzern (MLP) Akademiker unabhängig und ganzheitlich. Auf diesem erfolgreichen Geschäftsmodell aufbauend haben wir in den vergangenen Jahren die Beratung von Unternehmen und Arbeitgebern, von institutionellen Investoren wie Versorgungswerken sowie von vermögenden Privatkunden deutlich ausgebaut.

Der MLP-Konzern erzielte seine Erlöse auch im Geschäftsjahr 2012 zu einem sehr großen Teil in Deutschland. Deshalb soll im Folgenden vor allem die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande erörtert werden, da sie für die Beurteilung des Geschäftserfolgs des MLP-Konzerns eine wichtige Rolle spielt. Besonders wichtige Indikatoren sind dabei das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Veränderungen bei den Nettoeinkommen, die Sparquote sowie das Konsumklima.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft hat sich in 2012 sehr verhalten entwickelt. Vor allem die europäische Staatsschuldenkrise und die schwächere Weltkonjunktur sorgten dafür, dass die Forschungsinstitute im Laufe des Jahres ihre Prognosen deutlich nach unten korrigieren mussten. So hat beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem „Weltwirtschaftsausblick“ das Weltwirtschaftswachstum für 2012 nur noch mit 3,3 % ausgewiesen – erwartet waren 3,9 %. Gravierender ist die Verschlechterung des Wirtschaftsumfelds für die Euro-Zone. Während der IWF Anfang 2012 dem Euro-Raum noch ein Wachstum von 1,4 % zutraute, rutschte die Euro-Zone in den letzten Wochen des Berichtsjahres sogar in eine Rezession. Laut IWF ist die Wirtschaft im Euro-Raum 2012 um 0,4 % geschrumpft.

Die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise waren für Deutschland im Jahr 2012 erheblich. Nachdem die Wirtschaft hierzulande in den Jahren 2010 und 2011 mit 4,2 bzw. 3,0 % gewachsen war, stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2012 lediglich um 0,7 % – und blieb damit unter den Erwartungen.

Trotz der Euro-Schuldenkrise wurde die deutsche Wirtschaft in 2012 durch eine stabile Binnennachfrage getragen. Der Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) legte im Laufe des Berichtsjahres leicht zu und stabilisierte sich auf niedrigem Niveau. Der Index gilt als der wichtigste Indikator für das Konsumverhalten der deutschen Verbraucher und die konjunkturelle Stabilität.

Nach Einschätzung der GfK wird der Konsum für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Da sie aufgrund der weltweiten Konjunkturabschwächung einen weiteren Rückgang der deutschen Ausfuhren erwartet, ist eine stabile Konsumkonjunktur eine wesentliche Voraussetzung für weiteres Wachstum in Deutschland.

Die Situation für den deutschen Arbeitsmarkt stellt sich im Berichtsjahr insgesamt günstig und robust dar. Allerdings schwächte die konjunkturelle Entwicklung die Dynamik im zweiten Halbjahr. Die Arbeitslosenquote sank daher im Berichtsjahr nur leicht von 7,1 % im Vorjahr auf

6,8 %. Die Zahl der Erwerbslosen lag mit 2.897.000 im Jahresdurchschnitt 2012 um 79.000 niedriger als im Vorjahr.

Günstig blieb der Arbeitsmarkt für gut ausgebildete Arbeitnehmer. So hatten im Berichtsjahr nur 3,4 % der arbeitslos gemeldeten Personen einen akademischen Bildungshintergrund (2011: 3,0%). Damit profitiert die Privatkunden-Zielgruppe des MLP-Konzerns – in erster Linie Akademiker und gut ausgebildete Fachkräfte – besonders von der Stabilität des Arbeitsmarktes 2012.

Generell nahm die Mehrheit der Deutschen 2012 den eigenen Arbeitsplatz als vergleichsweise sicher wahr. Laut einer Studie der GfK rechneten 72 % der Berufstätigen 2012 nicht mit einem Verlust der Beschäftigung. Lediglich 10 % empfinden dagegen ihren Job als bedroht

Die stabile Beschäftigungssituation wirkte sich auch positiv auf die Einkommen der Bürger aus. So stiegen nach Aussagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer im Jahr 2012 um 2,4 %. Die Sparquote hingegen sank im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht auf 10,3 %. In 2011 hatte sie noch bei 10,4 % gelegen. Mit der Sparquote wird der prozentuale Anteil vom verfügbaren Nettoeinkommen bezeichnet, der nicht für den Konsum verwendet, sondern gespart wird.

Insgesamt lässt sich das Marktumfeld 2012 als herausfordernd beschreiben. Die Wirtschaftsdaten für Deutschland waren zwar im Berichtsjahr mit einer stabilen Binnennachfrage, leicht gesunkener Arbeitslosigkeit sowie leicht steigenden Nettoeinkommen positiv. Doch die europäische Schuldenkrise führte auch hierzulande zu einer signifikanten Verunsicherung der Verbraucher, die sich im Marktumfeld des MLP-Konzerns weiterhin durch eine verstärkte Zurückhaltung beim Abschluss langfristiger Verträge, etwa in der Altersvorsorge, zeigte.

Die beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgten dafür, dass sich das Geschäftsfeld Altersvorsorge im MLP-Konzern – genau wie der Markt allgemein – auf dem zurückhaltenden Niveau des Vorjahres bewegte. Positiv zur Entwicklung dieses Bereichs hat die betriebliche Vorsorge beigetragen, die ihren Umsatzanteil weiter ausbauen konnte.

Die Erlöse im Bereich Krankenversicherung lagen 2012 unter dem Vorjahr, das jedoch durch die Erleichterung der Wechselmöglichkeit einen Sondereffekt aufwies.

Branchensituation und Wettbewerbsumfeld

Zu den Tätigkeitsfeldern des MLP-Konzerns gehören Altersvorsorge einschließlich betrieblicher Vorsorge, Krankenversicherung, Vermögensmanagement, Sachversicherung, Finanzierung und Banking. Der überwiegende Anteil der Umsatzerlöse des MLP-Konzerns stammt mit rund 86 % aus den drei Kerngeschäftsfeldern Altersvorsorge, Krankenversicherung und Vermögensmanagement. Welche Einflussfaktoren im Jahr 2012 das Marktumfeld und die Ertragslage in diesen Bereichen besonders beeinflusst haben, wird im Folgenden detailliert erläutert.

Altersvorsorge

Der Markt für Altersvorsorge stand in Deutschland 2012 weiterhin stark unter dem Einfluss der europäischen Schuldenkrise und der damit verbundenen Diskussion um die Sicherheit und Stabilität des Euro. Die Folge war eine anhaltende Verunsicherung vieler Bürger, belegt durch Umfragen. So sorgten sich laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach 46 % der Deutschen aufgrund der Euro-Krise um ihre Altersversorgung. Das anhaltend niedrige Zinsniveau führte zudem zur Senkung des Garantiezinses zum 1. Januar 2012 für alle neuen

Kapitallebens- und Rentenversicherungen. Viele Verbraucher reagierten im Berichtsjahr branchenweit mit Zurückhaltung – gerade was den Abschluss langfristiger Verträge gegen laufenden Beitrag betrifft.

Trotz dieser Zurückhaltung ist den meisten Deutschen durchaus bewusst, dass sie für ihre Altersvorsorge selbst aktiv werden müssen. Zwei Drittel (66 %) machen sich laut einer Umfrage der Unternehmensberatung Accenture Sorgen um ihre finanzielle Situation im Ruhestand. Aber nur knapp die Hälfte der Befragten (49 %) hat bereits privat vorgesorgt. Andererseits, so das Ergebnis einer Umfrage der TNS Infratest Finanzmarktforschung, ist derzeit nur jeder vierte Deutsche (26 %) bereit sich einzuschränken, um für die eigene Altersvorsorge sparen zu können.

Langfristig wird das Thema Altersvorsorge weiterhin durch den demografischen Wandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft und Sozialversicherungssysteme geprägt. Denn immer weniger junge Erwerbstätige werden über ihre Beiträge die Renten der älteren Generationen finanzieren. Gleichzeitig nimmt durch die steigende Lebenserwartung die Dauer des Rentenbezugs weiter zu. Die Folge ist eine wachsende Rentenlücke. Das Niveau der gesetzlichen Rente in Deutschland wird kontinuierlich sinken, wie Vorausberechnungen der Deutschen Rentenversicherung zeigen: Während ein Rentner, der 45 Jahre in die staatliche Rentenversicherung eingezahlt hat, Ende der siebziger Jahre mehr als 59 % seines durchschnittlichen Nettomonatseinkommens erhielt, werden es bis zum Jahr 2025 voraussichtlich nur noch gut 46 % sein. Seit 2012 wird in der gesetzlichen Rentenversicherung zudem Schritt für Schritt die Rente mit 67 eingeführt.

Der Staat bietet Bürgern über Steuervorteile und Zuschüsse verschiedene Anreize, um zusätzlich für das Alter vorzusorgen.

Die staatliche Förderung in Deutschland wird im sogenannten 3-Schichten-Modell dargestellt:

1. Basisvorsorge: Gesetzliche Rente und Basis-Rente
2. Zusatzvorsorge: Riester-Rente und betriebliche Altersvorsorge
3. Übrige Zusatzvorsorge: Renten- und Lebensversicherung, Kapitalmarktprodukte

Zur Basisvorsorge in der 1. Schicht gehört neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch die Basis-Rente oder Rürup-Rente, deren Beiträge steuerlich geltend gemacht werden können. Die Basis-Rente steht auch Selbständigen und Freiberuflern offen, die nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegen. 2012 konnten Steuerzahler das im Laufe des Jahres in eine Basisvorsorge eingezahlte Kapital zu 74 % als Sonderausgabe von der Einkommensteuer absetzen – bis zu einer Gesamtsumme von 20.000 € pro Person. Trotz dieses erheblichen Steueranreizes fand die Basis-Rente auch im Berichtsjahr nicht den vom Gesetzgeber erwarteten Anklang bei der deutschen Bevölkerung. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2012 wurden nach Angaben des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) lediglich 178.200 neue Basis-Rentenverträge abgeschlossen (2011: 211.300). Das entspricht einem Rückgang von 15,7 %.

Die Zusatzvorsorge der 2. Schicht besteht im Wesentlichen aus der betrieblichen Vorsorge und der Riester-Rente. Bei den Riester-Renten-Neuverträgen waren die Absatzzahlen branchenweit rückläufig. Bis Ende des 3. Quartals 2012 wurden nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 277.000 Neuverträge abgeschlossen. (Gesamtjahr 2011: 971.000). Bezieht man sich allein auf die Riester-Versicherungsverträge, berichtet der GDV nach vorläufigen Angaben, dass die Zahl der Neuverträge im Gesamtjahr 2012 mit 610.000 um 35,1 % hinter dem Vorjahr zurückblieb.

Die Zurückhaltung der Verbraucher zeigte sich auch bei Renten- und Lebensversicherungen der 3. Schicht. Beispielsweise ging die Anzahl der Neuabschlüsse bei Kapitallebensversicherungen im vergangenen Jahr um 6,6 % auf 530.000 neue Verträge zurück.

Aufgrund der besonderen Herausforderungen der Euro-Schuldenkrise und der anhaltenden Niedrigzinsphase hat die Branche im Altersvorsorgegeschäft im Jahr 2012 eine rückläufige Geschäftsentwicklung verzeichnet. Nach Angaben des GDV reduzierte sich die Beitragssumme des Neugeschäfts um 2,7 % auf rund 162,99 Mrd. €.

Einfluss auf die Branchenentwicklung hatte die Einführung von Unisex-Tarifen zum 21. Dezember 2012. Seit diesem Zeitpunkt unterscheiden Versicherer bei der Kalkulation der Tarife nicht mehr nach dem Geschlecht. Das beeinflusst auch die Tarife von Altersvorsorge-Produkten, beispielsweise bei Rentenversicherungen. Falls bei Kunden Bedarf für eine Absicherung bestand, war ein Vertragsabschluss in vielen Fällen vor dem 21. Dezember 2012 sinnvoll.

Der MLP-Konzern vermittelte in diesem Marktumfeld in der Altersvorsorge eine Beitragssumme von 4,8 Mrd. € (5,2 Mrd. €).

Der betrieblichen Vorsorge kommt dabei eine im langfristigen Vergleich kontinuierlich wachsende Bedeutung zu. Unterstützt durch die Kompetenz und die etablierte Marke unserer Tochtergesellschaft TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH (TPC) konnten wir in 2012 den Anteil der betrieblichen Vorsorge an der insgesamt vermittelten Beitragssumme mit 13 % (2011: 13 %) auf dem hohen Niveau des Vorjahrs halten. Der wesentliche Grund für die stabile Entwicklung ist neben der konjunkturellen Belebung, dass die betriebliche Altersvorsorge von Unternehmen verstärkt als Argument im Wettstreit um Fachkräfte genutzt wird. Zudem konnte der MLP-Konzern für seine Kernzielgruppen im Berichtsjahr neue exklusive Branchenlösungen im Markt verankern.

Krankenversicherung

Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz, das seit dem 1. Januar 2011 gilt, hat der Gesetzgeber durch Ausgabenbegrenzungen und die Einführung von Zusatzbeiträgen Anstrengungen unternommen, die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Dennoch sind die Bürger nach wie vor skeptisch, wenn es um die Zukunftsfähigkeit des gesetzlichen Systems und vor allem das künftige Leistungsniveau geht. Dies zeigt eine Studie der Continentale Versicherung: So erwarten 49 % der befragten GKV-Versicherten, in der Zukunft keine ausreichende Versorgung vom gesetzlichen Krankenversicherungssystem zu bekommen, jeder Fünfte konstatierte dies bereits als Status quo. Die Hälfte der GKV-Versicherten befürchtet, demnächst nicht mehr vom medizinischen Fortschritt zu profitieren. Mehr als jeder Vierte sieht das bereits als Realität.

Dass Leistungsunterschiede bereits jetzt von den Bürgern wahrgenommen werden, ergab auch der im Januar 2013 veröffentlichte 7. MLP Gesundheitsreport 2012. Die jährliche Studie, bei der repräsentativ Bevölkerung und Ärzte befragt werden, erstellt der MLP-Konzern in Kooperation mit dem Institut für Demoskopie Allensbach. Laut MLP Gesundheitsreport bestätigte mehr als jeder zweite GKV-Versicherte (55 %), dass er in den vergangenen ein bis zwei Jahren einmal oder mehrmals sehr lange auf einen Termin beim Arzt warten musste. Bei den Versicherten der privaten Krankenversicherung (PKV) betraf dies nur etwas mehr als jeden Dritten (35 %). Zudem machen sich 34 % der gesetzlich Versicherten Sorgen, im Krankheitsfall aus Kostengründen eine notwendige Behandlung nicht verschrieben zu bekommen (PKV: 11 %). Laut Studie fühlen sich grundsätzlich auch mehr privat Krankenversicherte mit ihrem jetzigen Krankenversicherungsschutz gut abgesichert als GKV-Versicherte.

Trotz dieser grundsätzlich positiven Rahmenbedingungen hat sich der Markt für private Krankenversicherungen 2012 zurückhaltend entwickelt. Nach Angaben des Verbands der privaten Krankenversicherung verringerte sich der Bestand an Krankenvollversicherungen zum Stichtag 30. Juni 2012 leicht um 15.300 auf rund 8,96 Millionen Personen im Vergleich zum Ende 2011. Bei den Zusatzversicherungen verzeichnete die PKV im 1. Halbjahr 2012 dagegen

einen Nettozuwachs um 86.300 auf 22,59 Millionen Verträge. Der Marktanteil der PKV liegt zum 30. Juni 2012 bei 11,4 % und damit auf Höhe des Vorjahreshalbjahrs.

Eine der Ursachen für diese speziell zu Jahresbeginn 2012 verhaltene Nachfrage nach privaten Krankenvollversicherungen ist eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2011, die einen Wechsel in die PKV vereinfachte. Dadurch gab es 2011 einen Nachholeffekt durch besonders viele Personen, die in die private Krankenversicherung wechselten. Dieses Niveau konnte im Berichtszeitraum erwartungsgemäß nicht aufrecht erhalten werden. Das insgesamt herausfordernde Branchenumfeld spiegelt sich auch in der Geschäftsentwicklung des MLP-Konzerns in der Krankenversicherung wider.

Positiv hat sich für den MLP-Konzern ausgezahlt, dass unsere Berater schon ab der Jahresmitte ihre Kunden umfassend zur Einführung der Unisex-Tarife informiert haben. Ab dem 21. Dezember 2012 unterscheiden Versicherer bei der Kalkulation der Tarife nicht mehr nach dem Geschlecht. Dies beeinflusst auch die Tarife in der privaten Krankenversicherung, so dass sich insbesondere im zweiten Halbjahr eine erhöhte Nachfrage bei Kunden ergab, bei denen Bedarf für eine entsprechende Absicherung bestand.

Neben der Beratung über private Krankenvollversicherungen stand auch die Information über Krankenzusatzversicherungen im Fokus. In diesem Bereich fragten unsere Kunden insbesondere Leistungen der Zahnzusatz- und Krankenhauszusatzversicherung sowie der Pflegezusatzversicherung nach.

Intensiver als in den Vorjahren wurden 2012 die Themen Pflegebedürftigkeit und Pflegevorsorge in der Politik und in der Öffentlichkeit diskutiert. Für Aufmerksamkeit sorgten etwa die Einführung der Familienpflegezeit zum 1. Januar 2012 im Rahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung, die stufenweise Anhebung der Pflegesätze und der Leistungen für Demenzzranke sowie zuletzt der Regierungsbeschluss für eine staatlich geförderte private Pfl egetagegeldversicherung, den so genannten „Pflege-Bahr“, ab dem 1. Januar 2013.

Der 7. MLP Gesundheitsreport 2012 ergab, dass sich fast die Hälfte der Befragten (48 %) Sorgen macht, im Pflegefall nicht ausreichend abgesichert zu sein. Mit der Einführung des „Pflege-Bahr“ betont die Bundesregierung ausdrücklich die Notwendigkeit zu einer zusätzlichen privaten Eigenvorsorge und schafft damit gute Rahmenbedingungen für den Absatz privater Pflegezusatzversicherungen.

Vermögensmanagement

Laut einer Umfrage der Deutsche WertpapierService Bank AG sind im Berichtsjahr 2012 Festgeld, Tages- und Termingeld die beliebtesten Anlageformen von Privatanlegern in Deutschland. Demnach wollen 29 % der Befragten diese sicheren Anlageformen noch mehr als bisher nutzen.

Auch aktuelle Zahlen der Deutschen Bundesbank bestätigen, dass Privatanleger ihr Geld im Berichtsjahr vor allem in risikoarme Anlageformen investierten. Zuflüsse gab es im Wesentlichen bei Bargeld, Termingeldern und Sichteinlagen. Während Terminanlagen mit einer Laufzeit von bis zu 3 Monaten im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 um 6,2 Mrd. € auf 521,8 Mrd. € anwuchsen, stieg das Volumen täglich fälliger Gelder im gleichen Zeitraum um 67,9 Mrd. € auf 815,5 Mrd. € an. Insgesamt erreichte das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland bereits zum Halbjahr einen neuen Rekordwert von 4.811 Mrd. €.

Auch bei den Investmentfonds lagen risikoarme Produkte in der Anlegergunst vorne. Dem Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI) zufolge verzeichneten Rentenfonds zum Stichtag 31. Dezember 2012 mit 31,9 Mrd. € die mit Abstand höchsten Mittelzuflüsse bei den Publikumsfonds. Aus Aktienfonds zogen die Anleger dagegen 4,6 Mrd. € ab. Positiv entwickelte sich das Vermögen institutioneller Investoren, so dass die Anlagen in

Spezialfonds von 45,5 auf 75,3 Mrd. € stiegen. Insgesamt lag das von der deutschen Investmentwirtschaft verwaltete Vermögen in Deutschland zum Jahresende 2012 bei 2.037 Mrd. €.

Trotz der Unsicherheiten durch die europäische Schuldenkrise und des daraus resultierenden schwierigen Marktumfelds entwickelte sich das Vermögensmanagement im MLP-Konzern im Berichtszeitraum positiv. Zum Jahresende 2012 lag das innerhalb des MLP-Konzerns verwaltete Vermögen bei 21,2 Mrd. € und damit 5,0 % höher als zum Jahresende 2011 (20,2 Mrd. €).

Einen maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung im Vermögensmanagement hatte die dynamische Entwicklung bei der Feri AG (Feri). Unser Tochterunternehmen profitierte besonders von einer Verschiebung der Assetklassen im Zuge der Schuldenkrise hin zu alternativen Investments und Realwerten und einem damit verbundenen erhöhten Beratungsbedarf.

Im Berichtszeitraum erzielte Feri in allen drei Geschäftsfeldern Beratung, Investment Management sowie Rating & Research eine positive Geschäftsentwicklung. Dabei konnte sowohl das Neukundengeschäft als auch das Geschäft mit Bestandskunden gestärkt werden.

Im Berichtszeitraum lag bei Feri der Fokus auf einer organischen Weiterentwicklung der Kerngeschäftsfelder und auf dem Ausbau der Fondsadministration am Standort Luxemburg. Im Geschäftsfeld Beratung wurde mit „Active Advisory“ eine neue Dienstleistung eingeführt, die dem Kunden mehr Einfluss beim Vermögensmanagement ermöglicht.

Auch 2012 standen Immobilien als Sachwertanlage bei den Deutschen hoch im Kurs. Wie das Vermögensbarometer 2012 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands ergab, haben 55 % der befragten Deutschen einen Bausparvertrag. Künftig wollen 30 % der Sparer eine selbst genutzte Immobilie erwerben. Ein Grund dafür ist neben dem anhaltend niedrigen Zinsniveau laut Umfrage die Suche der Anleger nach Sicherheit.

Wettbewerb und Regulierung

An der Wettbewerbssituation für den MLP-Konzern auf dem deutschen Markt für Finanzdienstleistungen hat sich im Geschäftsjahr 2012 nichts Grundlegendes geändert. Die Branche ist nach wie vor sehr heterogen und von großem Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Zahlreiche Banken, Versicherungen und freie Finanzvermittler werben um die Gunst von Privatkunden. Das Qualitätsniveau der Beratung ist sehr unterschiedlich.

Um die Transparenz und die Beratungsqualität auf dem Markt zu erhöhen, hat der Gesetzgeber auch im Berichtszeitraum verschiedene regulatorische Änderungen auf den Weg gebracht, die der MLP-Konzern als unabhängiges Beratungshaus grundsätzlich unterstützt – auch wenn einzelne Maßnahmen nicht zielführend sind. Sie verändern die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbssituation in der Branche nachhaltig.

Bereits 2011 hat der Gesetzgeber das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz – kurz Anlegerschutzgesetz – verabschiedet. Kernpunkte sind unter anderem die Einführung von Produktinformationsblättern für Finanzinstrumente, also Geldanlageprodukte, zum 1. Juli 2011 und ausgeweitete Sachkundevorschriften für die Anlageberatung ab Mai 2013. Bereits zum 1. November 2012 in Kraft getreten ist das neue Melde- und Beschwerderegister bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für sämtliche Anlageberater. Bei gehäuften Beschwerden stehen der Aufsicht seitdem verschiedene Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung – bei schwerwiegenden Verstößen bis hin zu einem temporären Berufsverbot. Die Regelungen dieses Gesetzes gelten für Institute wie den MLP-Konzern, die über eine Erlaubnis als Kreditinstitut verfügen.

Als zweites wichtiges Regulierungsvorhaben ist das Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagerechts zu nennen. Es trifft den bislang

weitgehend unregulierten Teil des Marktes, der – anders als der MLP-Konzern – nicht unter die Bankenaufsicht fällt, und sieht unter anderem Sachkundevorschriften für die Vermittlung von offenen und geschlossenen Fonds durch freie Vermittler vor.

Relevant für den MLP-Konzern ist im Rahmen dieses Gesetzes hauptsächlich die Deckelung der Abschlussprovisionen und eine Verlängerung der Stornohaftungszeiten in der privaten Krankenversicherung seit dem 1. April 2012. Diese Maßnahmen werden das Geschäft für Teile der Branche weiter erschweren. Für den MLP-Konzern als kundenorientierten Berater mit sehr geringen Stornoquoten und einer umfangreichen Pflege des Versichertenbestandes sind die Auswirkungen dagegen überschaubar. Im Vergleich zu den Vorjahren haben Bestandsvergütungen an Bedeutung gewonnen.

Wir haben mehrere Anforderungen, die der Gesetzgeber nun mit Regelwerken vorgibt, bereits umgesetzt und sehen darin einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Marktteilnehmern. Dass die Kunden dies honorieren, belegt auch eine im September 2012 erschienene Auswertung des Online-Bewertungsportals „WhoFinance.de“, auf dem Kunden die Qualität der Finanzberatung in Deutschland bewerten können. MLP konnte wie schon im Januar 2012 Platz eins belegen.

Seine Kundenorientierung hat der MLP-Konzern nochmals untermauert, indem er die Transparenz im Vermögensmanagement weiter erhöht hat. Seit Februar 2012 gibt das Tochterunternehmen MLP Finanzdienstleistungen AG sämtliche Retrozessionen – dabei handelt es sich um Vertriebsfolgeprovisionen von Kapitalanlagegesellschaften – im MLP-Vermögensdepot an seine Kunden weiter. Für die Beratung werden wir seitdem von unseren Kunden mit einem jährlichen Depotentgelt von pauschal bis zu 1,2 % zzgl. Mehrwertsteuer vergütet. In unserem Vermögensdepot von MLP ist zudem ein Austausch der angebotenen Fonds seit 2012 kostenfrei für Kunden, wenn er auf Empfehlung des MLP-Konzerns erfolgt. Grundlage für eine solche Tauschempfehlung ist das Research des MLP-Konzern-Tochterunternehmens Feri. Mit der neuen Vergütungsstruktur erfüllen wir schon heute nahezu vollständig die Anforderungen, die derzeit im Rahmen der europäischen Richtlinie Markets in Financial Instruments II (MiFID II) angedacht sind.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr waren unabhängige Finanzberater, zu denen auch der MLP-Konzern zählt, bei der Vermittlung von Lebens- und Krankenversicherungen in Deutschland von großer Bedeutung. Laut aktuellem Vertriebswege-Survey der Unternehmensberatung Towers Watson vom 4. Dezember 2012 waren unabhängige Vermittler im Absatz von Lebens- und Rentenversicherungen der dritt wichtigste Beratungszweig in der Branche. Der Marktanteil am vermittelten Neugeschäft lag nach den aktuellen Zahlen bei 26,9 %. Banken mussten einen Rückgang auf 27,6 % verzeichnen und Ausschließlichkeitsvertreter nahmen mit 30,4 % den ersten Platz ein. Bei der privaten Krankenversicherung haben unabhängige Vermittler nach Angaben von Towers Watson mit 42,7 % sogar den zweithöchsten Marktanteil. Diese Entwicklungen stimmen zuversichtlich für die Zukunft.

Unternehmenssituation

Geschäftsmodell

Der MLP-Konzern ist das führende unabhängige Beratungshaus in Deutschland. Wir beraten Privat- und Firmenkunden sowie institutionelle Investoren. Unabhängigkeit von Versicherungen, Banken und Investmentgesellschaften ist dabei der Kernpunkt unseres Beratungsansatzes.

Innerhalb des MLP-Konzerns hat die MLP AG die Holding-Funktion. Gegenstand der Gesellschaft ist die Leitung der Unternehmensgruppe. Sie legt die strategischen Ziele fest und sichert die aufeinander abgestimmte Geschäftspolitik des Konzerns. Die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG ist das Beratungsunternehmen des Konzerns für Privat- und Firmenkunden. Sie verfügt über eine Genehmigung der BaFin zum Betreiben von Bankgeschäften und ist als Versicherungsmakler registriert. Die zweite Tochtergesellschaft Feri AG (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften) betreut vor allem vermögende Privatkunden und institutionelle Anleger.

Die MLP Finanzdienstleistungen AG verfügt über folgende Tochtergesellschaften:

- TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH
- ZSH GmbH Finanzdienstleistungen

Darüber hinaus hält die MLP Finanzdienstleistungen AG seit Dezember 2007 49,8 % an der MLP Hyp GmbH. Dieses Unternehmen wurde zusammen mit dem Immobilienfinanzierungsmakler Interhyp AG ins Leben gerufen, um die Vermittlung von Immobilienfinanzierungen über diese Plattform abzuwickeln.

Die MLP Finanzdienstleistungen AG berät Akademiker und anspruchsvolle Privatkunden unabhängig und ganzheitlich. Wir setzen dabei konsequent auf langfristige Beziehungen und stellen den Kunden und seine individuellen Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Jeder MLP-Berater ist dabei auf eine bestimmte akademische Berufsgruppe spezialisiert und kennt daher deren individuelle Fragestellungen genau. Auch im Berichtsjahr zählten besonders Wirtschaftswissenschaftler, Human- und Zahnmediziner, Apotheker, Architekten, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Ingenieure und Informatiker sowie Naturwissenschaftler zu unseren Kunden.

Unternehmen, Konzernen und Verbänden bietet die MLP Finanzdienstleistungen AG eine unabhängige Beratung und Konzeption im Bereich der betrieblichen Vorsorge und Vergütung an. Zusammen mit dem Tochterunternehmen TPC erhalten Firmen ein komplettes Dienstleistungsangebot – von der Bedarfsanalyse über die individuelle Konzeption und Umsetzung bis hin zur ständigen Überprüfung und Anpassung bestehender betrieblicher Versorgungssysteme.

MLP gehört inzwischen zu den führenden deutschen unabhängigen Beratern in diesem Segment. Ein Fokus lag im Berichtszeitraum auf der Arbeitgeberberatung von Medizinern, Architekten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Ingenieuren sowie auf der Betreuung von Unternehmen in der Informationstechnologie und im Maschinen- und Anlagebau.

Um eine nachhaltig hohe Beratungsqualität garantieren zu können, hat die Aus- und Weiterbildung der Berater im Rahmen des Geschäftsmodells höchste Priorität für MLP. Zentrum der Aus- und Weiterbildung ist die MLP Corporate University (CU) mit Sitz in Wiesloch. Die Hochschule und ihr Bildungsangebot entsprechen höchsten Standards, was durch anerkannte Gütesiegel belegt wird.

Um das Geschäftsmodell des MLP-Konzerns zu diversifizieren, haben wir in den vergangenen Jahren unser Dienstleistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Wichtiger Meilenstein war die vollständige Übernahme der renommierten Feri AG im Jahr 2011. Feri bietet privaten Vermögen ab fünf Mio. Euro sowie institutionellen Kunden umfangreiche Leistungen in der Vermögensberatung und im Investment Management sowie im Bereich Wirtschaftsprognosen und Rating. Dazu gehören im Detail die Betreuung komplexer Vermögen unter Einbeziehung aller Anlagesegmente und Fragestellungen inklusive Risikosteuerung und -kontrolle, das Immobilienmanagement sowie die Stiftungsberatung. Darüber hinaus bewertet die Feri

EuroRating AG als eine der führenden europäischen Ratingagenturen Anlagemärkte und -produkte und bietet damit konzernweit eine wichtige Basis für die Beratung unserer Kunden.

Im Berichtszeitraum hat sich die neue Aufstellung der Feri AG bewährt, die im September 2011 auf den Weg gebracht wurde. Seitdem unterscheidet Feri nicht mehr nach vermögenden Privatkunden und institutionellen Anlegern, sondern trennt die reine Beratung von der Vermögensverwaltung – und zwar unabhängig davon, für welche Anlegergruppen sie erbracht wird. Mit dieser zukunftsweisenden Aufstellung erfüllt Feri die sich geänderten Kundenbedürfnisse und Markgegebenheit bestmöglich.

Trotz des Wettbewerbsumfelds auf dem Markt für Finanzdienstleistungen in Deutschland und der hohen Banken- und Beraterdichte konnte der MLP-Konzern die Zahl der Privatkunden auch im Jahr 2012 wieder steigern – und zwar um 32.600 brutto. Insgesamt haben wir zum 31. Dezember 2012 816.200 Privatkunden betreut (2011: 794.500). Die Zahl unserer Geschäftsstellen betrug zu diesem Zeitpunkt 174.

Strategie

Ziel des MLP-Konzerns ist eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes und ein Ausbau der Marktposition – zum Wohle der Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre. Im Mittelpunkt der Strategie steht dabei, die uneingeschränkte Nummer eins bei den Kunden zu sein – das heißt, der erste Ansprechpartner in sämtlichen finanziellen Fragestellungen. Als führender unabhängiger Finanz- und Vermögensberater bietet der MLP-Konzern seinen Kunden individuell zugeschnittene und ganzheitliche Konzepte.

Im Rahmen einer profitablen Wachstumsstrategie stärkt der MLP-Konzern kontinuierlich seine Kernkompetenzen. Um den Erfolg des Unternehmens zu sichern, wurde das Geschäftsmodell verbreitert und diversifiziert. Dazu trugen vor allem der Ausbau der Wachstumsfelder betriebliche Vorsorge und Vermögensmanagement bei.

In der betrieblichen Vorsorge hat der MLP-Konzern den Anteil am Neugeschäft in der Altersvorsorge seit 2005 von ursprünglich 3 % auf 13 % im Berichtszeitraum gesteigert. Auch den Anteil des Vermögensmanagements an den Provisionserlösen wurde 2012 weiter auf 22,8 % erhöht. Das sind rund 6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und rund 19 Prozentpunkte mehr als 2005. Dieses Jahr bietet eine gute Vergleichsbasis, da wir 2006 mit dem Ausbau des Vermögensmanagements begonnen haben. Eine weitere Stärkung des Vermögensmanagements, die der MLP-Konzern gemeinsam mit dem Tochterunternehmen Feri AG vorantreibt, hat auch für 2013 eine hohe strategische Bedeutung.

Aufgrund aktueller Prognosen, die von einem Wachstum der Anzahl erwerbstätiger Akademiker auf über sechs Millionen bis 2020 ausgehen, erwartet der MLP-Konzern in den kommenden Jahren einen deutlichen Anstieg des Neukundenpotenzials im Privatkundengeschäft. Wichtige Wachstumsimpulse werden sich aufgrund der demografischen Entwicklung vor allem für die Geschäftsfelder Altersvorsorge und Krankenversicherung ergeben. Darüber hinaus sieht der MLP-Konzern auch im Bereich Vermögensmanagement steigenden Beratungsbedarf. Denn das Durchschnittsalter seiner Kunden liegt derzeit bei 41 Jahren. Ab diesem Lebensalter steigt im Rahmen der Lebensplanung die Kundennachfrage nach dem Vermögensmanagement.

In den vergangenen Jahren fand eine Konsolidierung im Markt statt. Aus heutiger Sicht wird der MLP-Konzern in seinem Kerngeschäft bei der MLP Finanzdienstleistungen AG keine Akquisitionen tätigen. Denn häufig sind im Vergleich zu MLP unterschiedliche Kundenzielgruppen, Beraterqualifikationen, IT-Infrastrukturen und kulturelle Unterschiede zu beobachten. Diese würden eine kosten- und zeitintensive Integration verursachen. Insbesondere im Markt unseres Tochterunternehmens Feri AG sind dagegen grundsätzlich kleinere Akquisitionen und Joint Ventures denkbar – sowohl im Geschäft mit vermögenden Privatkunden als auch mit institutionellen Investoren.

Um die Erreichung unserer Unternehmensziele zu sichern, legt der MLP-Konzern großen Wert auf die kontinuierliche Optimierung unserer Prozesse und ein begleitendes Controlling.

Aufgrund des herausfordernden Marktumfelds ergänzt der MLP-Konzern seine Wachstumsstrategie durch ein konsequentes Effizienzmanagement. In den vergangenen zwei Geschäftsjahren wurden dadurch Verwaltungskosten (definiert als Summe von Personalaufwendungen, Abschreibungen und Wertminderungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen) maßgeblich gesenkt. Durch dieses frühzeitige Effizienzmanagement hat der MLP-Konzern die Wettbewerbsposition weiter verbessert.

Strategische Finanzierungsmaßnahmen sind aus heutiger Sicht nicht geplant. Die Kapitalausstattung und Liquidität des Konzerns sind gut.

Organisation und Struktur

Zum 2. Januar 2012 wurde die Umbenennung der Feri AG realisiert, die eine hundertprozentige Tochter der MLP AG ist. Bis zu diesem Zeitpunkt firmierte das Unternehmen unter dem Namen Feri Finance AG für Finanzplanung und Research. Hauptgeschäftsbereiche der Feri AG sind das Investment Management für institutionelle und private Kunden in der Feri Trust GmbH, das Beratungsgeschäft/Family Office für institutionelle und private Mandanten in der Feri Institutional & Family Office GmbH sowie das Rating & Research in der Feri EuroRating Services AG. Die Feri Gruppe unterhält neben dem Hauptsitz in Bad Homburg weitere Unternehmen bzw. Büros in Düsseldorf, München, Luxemburg, St. Gallen, Wien und Mailand.

Mit Beschluss vom 22. März 2012 wurden die bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten luxemburgischen Tochtergesellschaften Family Private Fund Management Company Sàrl, Ferrum Fund Management Company Sàrl, Ferrum Pension Management Sàrl und Private Trust Management Company Sàrl rückwirkend zum 1. Januar 2012 auf die seit 2011 vollkonsolidierte Feri Trust (Luxemburg) S.A. (bis 22. März 2012: Institutional Trust Management Company Sàrl) verschmolzen.

Außerdem wurde mit Beschluss vom 10. Mai 2012 die bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierte deutsche Tochtergesellschaft MLP Media GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2012 auf die vollkonsolidierte MLP Finanzdienstleistungen AG verschmolzen.

Darüber hinaus hat es keine Veränderungen innerhalb der Unternehmensstruktur des MLP-Konzerns gegeben.

Im Vorstand der MLP AG gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Änderungen. Im Berichtszeitraum hat der Aufsichtsrat der MLP AG die Bestelldauer sowie den laufenden Vertrag des Vorstandsvorsitzenden Dr. Uwe Schroeder-Wildberg einstimmig um fünf Jahre bis 31. Dezember 2017 verlängert.

Angaben gemäß §§ 176 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG), 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB)

Zusammensetzung des Kapitals

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt am Stichtag 31. Dezember 2012 107.877.738 € und ist eingeteilt in 107.877.738 auf den Inhaber lautende Stammstückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 € je Aktie.

Beschränkungen der Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffend

Beschränkungen der Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffend bestehen bei den Aktien der MLP AG nicht.

Beteiligung am Kapital

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) hat jeder Aktionär, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten der Gesellschaft erreicht, überschreitet oder unterschreitet dies der Gesellschaft und der BaFin mitzuteilen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Mitteilungspflicht ist 3 %. In diesen erläuternden Bericht sind Beteiligungen aufzunehmen, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten. Der MLP AG wurden zwei Beteiligungen mitgeteilt, die direkt oder indirekt 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

	Anzahl Aktien*	Beteiligung*
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger	25.383.373 ¹	23,53%
Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH	22.796.771	21,13%
Harris Associates L.P.	10.813.991	10,02%

* der MLP AG bekannter Stand zum 31.12.2012

1) Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG sind Herrn Dr. h.c. Manfred Lautenschläger davon 22.796.771 Stimmrechte (= 21,13 % am Grundkapital der MLP AG) von der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH zuzurechnen.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnis verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnis verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Soweit die MLP AG in der Vergangenheit im Rahmen ihres Mitarbeiterbeteiligungsprogramms Aktien an Mitarbeiter ausgegeben hat, wurden die Aktien den Mitarbeitern unmittelbar übertragen. Die begünstigten Mitarbeiter können bzw. konnten die ihnen aus den ausgegebenen Aktien zustehenden Kontrollrechte unmittelbar nach den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung ausüben.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Bestellung und die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands sind in den §§ 84 und 85 AktG geregelt. Die Satzung sieht vor, dass der Vorstand aus mindestens zwei Personen besteht. Die Mitglieder des Vorstands werden höchstens für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund kann namentlich in einer groben Pflichtverletzung, der Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder einem Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung bestehen. Über die Zahl der Vorstandsmitglieder, ihre Bestellung und den Widerruf ihrer Bestellung sowie den Abschluss, die Änderung und die Kündigung der mit den Vorstandsmitgliedern abzuschließenden Anstellungsverträge entscheidet der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann einen Vorstandsvorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorstandsvorsitzende ernennen.

Änderung der Satzung

Gemäß § 179 Abs. 1 AktG bedarf jede Satzungsänderung eines Beschlusses der Hauptversammlung. Abweichend von § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG sieht § 17 Abs. 4 der Satzung vor, dass Beschlüsse zur Satzungsänderung durch die Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen des bei der Beschlussfassung stimmberechtigten Grundkapitals gefasst werden können, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften eine größere Mehrheit erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist allerdings gemäß § 21 der Satzung zur Vornahme von Satzungsänderungen berechtigt, die die Fassung betreffen.

Befugnis des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2010 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 19. Mai 2015 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 22 Mio. € zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei Aktienaushaben gegen Sacheinlagen auszuschließen.

Wird das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wurde jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, wenn der Ausgabebetrag den Börsenpreis von Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung (genehmigtes Kapital).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Juni 2011 ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG des Weiteren ermächtigt, bis zum 9. Dezember 2013 bis zu 10 % des Grundkapitals im Zeitpunkt der Ermächtigung zu erwerben. Auf der Grundlage dieser Ermächtigung hat die Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2012 keine Aktien erworben.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, bestehen nicht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebotes mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern getroffen sind

Die Dienstverträge zwischen der Gesellschaft und dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und den Mitgliedern des Vorstands, den Herren Manfred Bauer, Reinhard Loose und Muhyddin Suleiman enthalten eine Klausel, wonach sie für den Fall, dass ein Dritter, der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses weniger als 10 % an MLP beteiligt war, eine Beteiligung von mindestens 50 % der Stimmrechte erwirbt, berechtigt sind, ihren Vertrag mit einer Frist von einem Monat zu kündigen. Üben sie dieses Kündigungsrecht aus, ist MLP verpflichtet, ihnen eine Vergütung zu bezahlen, die dem vierfachen eines Jahresfestgehalts entspricht, wenn der Vertrag nicht von ihnen infolge des „change of control“ gekündigt worden wäre. Voraussetzung ist, dass die Kündigung des Vertrages mehr als zwei Jahre vor seiner regulären Beendigung erfolgt. Bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstands entspricht die im Fall

eines „change of control“ zu zahlende Vergütung maximal dem Zweifachen der Durchschnittsvergütung der gesamten Vergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres vor der Beendigung seines Vertrages und der voraussichtlichen Gesamtvergütung für das bei Beendigung laufende Geschäftsjahr. Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Schroeder-Wildberg hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017, der Dienstvertrag von Herrn Bauer läuft bis zum 30. April 2015, der von Herrn Reinhard Loose läuft bis zum 31. Januar 2014 und von Herrn Suleiman bis zum 03. September 2017. Bei Beendigung des Vertrages in den zwei Jahren vor der regulären Beendigung wird die Abfindung nur pro-rata-temporis geschuldet.

Ertragslage der MLP AG im Geschäftsjahr

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen im Geschäftsjahr 2012 mit 11,6 Mio. € nur leicht unter dem Vorjahreswert (11,8 Mio. €). Im Wesentlichen resultieren diese aus der Vermietung von Gebäuden an verbundene Unternehmen.

Der Personalaufwand ging im Berichtsjahr um 31,5 % oder 2,6 Mio. € auf 5,7 Mio. € zurück (8,3 Mio. €) und lag damit ebenfalls unter den Personalaufwendungen für 2010 in Höhe von 5,9 Mio. €. Positiv wirken sich hier die Ergebnisse unseres Effizienzprogramms aus, nachdem im Vorjahr einmalige Sonderbelastungen hierfür zu verbuchen waren. Die Abschreibungen für das Anlagevermögen lagen mit 4,3 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (4,4 Mio. €)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der MLP AG reduzierten sich im Berichtszeitraum von 10,7 Mio. € auf 10,0 Mio. €. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem geringeren Instandhaltungsaufwand für unsere Gebäude.

Wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der MLP AG hat die Geschäftsentwicklung der größten Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG. Mit ihr besteht ebenso wie mit der Feri AG ein Gewinnabführungsvertrag.

Das Finanzergebnis stieg in der Berichtsperiode von 56,6 Mio. € um 18,7 Mio. € auf 75,3 Mio. € an. Wesentlicher Treiber dieses Ergebnisses war die positive Geschäftsentwicklung der MLP Finanzdienstleistungen AG und damit verbunden ein höheres Volumen aus dem Gewinnabführungsvertrag.

Damit stieg ebenfalls das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 48,6 % von 45,1 Mio. € auf 67,0 Mio. €. Der Steueraufwand lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 18,0 Mio. € (16,1 Mio. €) deutlich über dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem besseren Ergebnis des Berichtsjahres. Der Jahresüberschuss belief sich somit im Geschäftsjahr 2012 auf 48,7 Mio. € (28,8 Mio. €).

Vor dem Hintergrund des nach wie vor schwierigen Marktumfelds sind wir mit der Geschäftsentwicklung im Jahr 2012 sehr zufrieden.

Beteiligungen

Die Provisionserträge der MLP Finanzdienstleistungen AG, die den wesentlichen Teil der Umsätze der Gesellschaft ausmachen, waren im Geschäftsjahr 2012 leicht rückläufig und sanken von 444,9 Mio. € auf 426,1 Mio. €. Dabei gingen die Provisionserträge im Bereich Krankenversicherung nach einem Nachholeffekt im Vorjahr, der durch eine gesetzliche Änderung bedingt war (siehe Kapitel „Branchensituation und Wettbewerbsumfeld“), von 77,8 Mio. € auf 61,9 Mio. € zurück. In der Finanzierung lagen die Erträge mit 12,7 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (12,8 Mio. €). Zulegen konnte der Bereich Sachversicherung, in dem die Provisionen um 7,7% von 27,1 Mio. € auf 29,2 Mio. € gestiegen sind.

Im Bereich Altersvorsorge lagen die Provisionserlöse mit 280,1 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (283,0 Mio. €). Die Erlöse aus dem Bereich Vermögensmanagement gingen mit 39,2 Mio. € (41,3 Mio. €) leicht zurück. Wesentlichen Einfluss auf beide Bereiche haben insbesondere die langfristigen Zukunftserwartungen der Bürger. Die marktweite Zurückhaltung beim Abschluss langfristiger Verträge reflektiert die Unsicherheit der Kunden vor allem im Hinblick auf die weiteren Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise und damit verbunden der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit der MLP Finanzdienstleistungen AG verdoppelte sich im Berichtszeitraum auf 68,9 Mio. € (34,3 Mio. €). Dies wird zum einen begründet durch den Wegfall der Sonderbelastungen im Rahmen des konzernweiten Investitions- und Effizienzprogramms aus dem Vorjahr. Zum anderen wirken sich die Effizienzanstrengungen der vergangenen Jahre positiv auf das Ergebnis aus.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr führt die Gesellschaft 68,8 Mio. € (34,1 Mio. €) an die MLP AG ab.

Die Gesamterlöse des Segments Feri betragen nach den Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss von MLP 88,7 Mio. € (46,6 Mio. €). Die Gesellschaft führt für das abgelaufene Geschäftsjahr 4,7 Mio. € (19,7 Mio. €) an die MLP AG ab. Die Höhe des Vorjahresergebnisses war maßgeblich beeinflusst durch einmalige Sondereffekte.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der MLP AG hat sich von 434,7 Mio. € zum Ende des Geschäftsjahres 2011 auf 419,0 Mio. € Ende 2012 reduziert.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Sachanlagevermögen geringfügig von 57,2 Mio. € auf 53,0 Mio. € zurückgegangen. Dies resultiert im Wesentlichen aus planmäßigen Abschreibungen.

Die Finanzanlagen sind im Berichtsjahr von 209,4 Mio. € auf 239,4 Mio. € angestiegen. Diese Position enthält insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen, welche im Jahr 2012 durch eine Kapitalerhöhung bei der MLP Finanzdienstleistungen AG in Höhe von 30,0 Mio. € beeinflusst wurden.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ hat sich in der Berichtsperiode von 61,9 Mio. € auf 82,7 Mio. € erhöht. Dabei sind die Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 55,6 Mio. € auf 75,3 Mio. € gestiegen. Diese beinhalten maßgeblich Forderungen gegen die MLP Finanzdienstleistungen AG und die Feri AG im Zusammenhang mit den zwischen diesen Gesellschaften und der MLP AG bestehende Ergebnisabführungsverträgen. Die sonstigen Vermögensgegenstände erreichten zum Jahresende 7,4 Mio. € und lagen damit leicht über dem Niveau von 2011 (6,3 Mio. €).

Die Position „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ hat sich im Wesentlichen durch die Dividendenzahlung und die bei der MLP Finanzdienstleistungen AG durchgeführte Kapitalerhöhung von 105,9 Mio. € auf 43,3 Mio. € reduziert.

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierte sich das Eigenkapital leicht von 416,1 Mio. € auf 400,0 Mio. €. Maßgeblichen Einfluss darauf hatten die Ausschüttung der Dividende in Höhe von 64,7 Mio. € sowie der erzielte Jahresüberschuss von 48,7 Mio. € in 2012.

Die Rückstellungen lagen in der Berichtsperiode mit 14,5 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (14,7 Mio. €). Dabei haben sich die sonstigen Rückstellungen von 5,8 Mio. € im Vorjahr auf 3,3 Mio. € reduziert, wesentlich beeinflusst durch die Inanspruchnahme von Rückstellungen im Personalbereich. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich

von 7,8 Mio. € auf 8,2 Mio. € erhöht. Die Steuerrückstellungen stiegen von 1,0 Mio. € auf 3,0 Mio. € an.

Liquidität und Dividende

Zum Bilanzstichtag verfügte die MLP AG über liquide Mittel (Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks) in Höhe von 43,3 Mio. € (105,9 Mio. €). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Ausschüttung der Dividende für das Geschäftsjahr 2011. Diese belief sich auf insgesamt 0,60 € je Aktie (Gesamtvolumen 64,7 Mio. €). Ebenso wirkte sich die bei der MLP Finanzdienstleistungen AG vorgenommene Kapitalerhöhung in Höhe von 30 Mio. € mindernd auf die Liquidität aus. Zur Steigerung der Liquidität trug insbesondere die Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 34,1 Mio. € bei.

Die Verbindlichkeiten der MLP AG stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr von 4,0 Mio. € auf 4,5 Mio. € an. Hierzu hat im Wesentlichen ein Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten von 1,0 Mio. € auf 2,1 Mio. € beigetragen. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Es entspricht der Unternehmenspolitik von MLP, die Aktionäre angemessen am Unternehmenserfolg zu beteiligen. Dabei legen wir Wert auf Kontinuität und Stabilität. Die Dividendenzahlungen richten sich nach Finanz- und Ertragslage sowie nach dem zukünftigen Barmittelbedarf. Im Berichtsjahr kehren wir, nicht zuletzt aufgrund des guten Unternehmensergebnisses, zu unserer ursprünglichen Dividendenpolitik zurück, 60 % bis 70 % des Gewinns auszuschütten. Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG schlagen der Hauptversammlung 2013 vor, für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende in Höhe von 0,32 € auszuschütten.

Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf

Anfang des Geschäftsjahres 2012 haben wir die Prognose abgegeben, dass sich die Ergebnissituation des MLP-Konzerns weiter verbessert. Begleitet haben wir dieses Jahresziel mit einer qualitativen Einschätzung für die Entwicklung der Erlöse. Demnach erwarteten wir zu Beginn des Geschäftsjahres für die Altersvorsorge und die Krankenversicherung einen moderaten Anstieg der Erlöse. Im Vermögensmanagement erwarteten wir konzernweit ein stärkeres Wachstum. Gleichzeitig haben wir aufgrund des herausfordernden Marktumfelds auf die Risiken für die weitere Entwicklung hingewiesen.

Die Ergebnissituation hat sich 2012 in der Tat deutlich verbessert. Bei den Erlösen haben sich unsere Erwartungen im Vermögensmanagement konzernweit mehr als bestätigt. In der Altersvorsorge und der Krankenversicherung blieben die Erträge hinter dem Vorjahr zurück. Grund für den Rückgang waren die wie beschrieben nach wie vor schwierigen Marktbedingungen.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Grundsätze der Vorstandsvergütung

Mit dem zum 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) hat der Gesetzgeber neue Anforderungen hinsichtlich der Festsetzung der Vorstandsvergütung geschaffen. Der Gesetzgeber verfolgt dabei das Ziel, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten.

Das bisherige System der Vorstandsvergütung beim MLP-Konzern trug auch nach Einschätzung von Experten den Zielsetzungen der gesetzlichen Neuregelungen des VorstAG bereits weitgehend Rechnung. Gleichwohl hat sich der Aufsichtsrat im Jahr 2010 eingehend mit der Fortentwicklung des Vorstandsvergütungssystems bei MLP befasst und dabei ein neues Vergütungssystem beschlossen, welches seitdem bei der Bestellung bzw. der wiederholten Bestellung von Vorstandsmitgliedern zur Anwendung kommt.

Für die Verträge der einzelnen Mitglieder des Vorstands, die bereits vor dem 24. März 2010 Mitglied des Vorstands waren, namentlich die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Muhyddin Suleiman, existierte ein gesetzlicher Bestandsschutz. Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurden die Verträge aller Mitglieder des Vorstands auf das neue System umgestellt. Aufgrund der grundsätzlich noch offenen Tranchen 2009 und 2010 aus dem Long Term Incentive-Programm („LTI“) des alten Vergütungssystems wird nachfolgend zunächst die Vergütungsregelung in der vor dem 24. März 2010 vereinbarten Form kurz beschrieben.

Vergütungsregelungen in der vor dem 24. März 2010 vereinbarten Form

Die Mitglieder des Konzernvorstands hatten auf Basis der mit ihnen nach dem bisherigen Vergütungssystem geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf eine fixe (erfolgsunabhängige) und eine variable (erfolgsbezogene) Vergütung. Bemessungsgrundlage für die variable Vergütung war das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT; Earnings before tax) des MLP-Konzerns nach den jeweils im Konzern angewandten (internationalen) Rechnungslegungsstandards.

Des Weiteren hatten die Vorstände Anspruch auf einen Dienstwagen zur unbeschränkten Nutzung sowie auf die Leistungen aus einer Todesfall- und Invaliditätsversicherung.

Zudem waren langfristige Vergütungskomponenten gegeben. Die Mitglieder des Vorstands waren am Long Term Incentive-Programm („LTI“) 2005 bis 2010 beteiligt, welches durch Umstellung auf die neue Vergütungssystematik nicht weiter fortbesteht. Mitglieder des Vorstands, die bereits vor dem 24. März 2010 nach diesem Programm anspruchsberechtigt waren, sind die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Muhyddin Suleiman.

Das Long Term Incentive-Programm, an dem neben den Vorständen unter anderem auch ausgewählte Führungskräfte des MLP-Konzerns beteiligt waren, bestand seit 2005. Es handelte sich um einen kennzahlenbasierten Unternehmens-Performance-Plan. Dieser berücksichtigte sowohl das mehrjährige EBT als auch die Aktienkursentwicklung. Dabei konnten sogenannte Performance Shares (virtuelle Aktien) zugeteilt werden. Für die Vorstandsmitglieder erfolgte die Zuteilung durch den Aufsichtsrat. Die Auszahlung für die Tranche 2005 erfolgte in 2008, die Tranche 2006 ist in 2009, die Tranche 2007 in 2010, die Tranche 2008 in 2011 und die Tranche 2009 in 2012 verfallen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2010 genehmigten Tranchen bemaß sich die Cash-Ausschüttung am dreifachen Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit (EBIT; Earnings before interest and tax) des der Gewährung vorausgehenden Geschäftsjahres (Performance-Hürde). Erst ab der Erreichung dieser Performance-Hürde hatten die Bezugsberechtigten einen Anspruch auf Barzahlung.

Ein Eigenkapitalausgleich war nicht vorgesehen. Der beizulegende Zeitwert der virtuellen Aktien wurde an jedem Stichtag unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsverfahrens neu ermittelt.

In seiner Sitzung vom 22. März 2011 beschloss der Aufsichtsrat, die LTI-Planbedingungen für die Tranche 2010 mit der Maßgabe anzupassen, dass die Auszahlung an die Mitglieder des Vorstands unter dem LTI-Programm einen Satz von 0,4 % des EBIT des MLP-Konzerns erreichen soll. Zur Erreichung dieses Beschlusses wurden folgende Anpassungen vorgenommen: Der Wachstumshebel wurde auf 3 % festgesetzt. Ein Wachstum der Bezugsgröße über die Performance-Hürde von je 3 % führte damit zu einer Zunahme der Anzahl der Performance Units von je 3 % von den 100 % Zuteilungsvolumen nach Erreichen der Hürde. Des Weiteren erfolgte eine Kappung der Auszahlung je Aktie bei 50 % über dem MLP-Aktienkurs der Gewährung. Die Performance-Hürde für die Tranche 2010 wurde auf 150 Mio. € festgeschrieben. Bei einem Ausscheiden aus dem Unternehmen verfallen grundsätzlich die zugeteilten virtuellen Aktien.

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2010 Performance Shares (virtuelle Aktien). Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Long Term Incentive-Programm – Vorstand

Alle Angaben in Stück	Tranche 2010
Beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	7,54 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	66.313
Muhyddin Suleiman	39.788
Gesamt	106.101

Die Performance Share Units (PSU) der Tranche 2009 sind verfallen, da die für die LTI-Tranche maßgebliche Performance-Hürde nicht erreicht wurde

Mit der Umstellung der Verträge aller Mitglieder des Vorstands mit Wirkung für 2011 auf das neue Vorstandsvergütungssystem entfällt, wie dargestellt, eine Teilnahme am LTI.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2012 für Vorstände erfasste Aufwand für die Tranche 2010 beträgt 0 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Vergütungsregelungen in der seit dem 24. März 2010 vereinbarten Form

Das aufgrund der Vorgaben des VorstAG neu eingeführte Vorstandsvergütungssystem, das der Aufsichtsrat am 24. März 2010 verabschiedet hat, kam bei der Bestellung bzw. der wiederholten Bestellung von Mitgliedern des Vorstands ab diesem Zeitpunkt zur Anwendung. Dieses neue Vergütungssystem kam erstmals bei der Bestellung des Mitglieds des Vorstands, Herrn Manfred Bauer, zur Anwendung, der dem Vorstand seit dem 1. Mai 2010 angehört. Dieses System ist auch Grundlage des Anstellungsvertrages mit Herrn Reinhard Loose geworden, der im November 2010 mit Wirkung zum 1. Februar 2011 zum weiteren Mitglied des Vorstands bestellt wurde. Mit Wirkung für 2011 wurden die Verträge von Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Herrn Muhyddin Suleiman umgestellt. Somit sind alle bestehenden Vorstandsverträge seit 2011 auf das neue Vergütungssystem umgestellt.

Das so vereinbarte Vergütungssystem sieht ein festes Jahresgrundgehalt sowie eine variable Vergütung (Bonus) vor (siehe Tabelle). Der Ausgangsbetrag für die Bonuszahlung bestimmt sich nach der Ergebnisrechnung des MLP-Konzerns nach den jeweils im MLP-Konzern angewandten (internationalen) Rechnungslegungsstandards. Bemessungsgrundlage ist dabei das EBIT des MLP-Konzerns in dem abgelaufenen Geschäftsjahr, für das die Bonuszahlung erfolgt. Entscheidend ist das EBIT, wie es sich jeweils ohne Kürzung um gewinnabhängige Tantiemen ergäbe. Sollten im Geschäftsjahr fortzuführende und aufgegebene Geschäftsbereiche ausgewiesen werden, so setzt sich die Bemessungsgrundlage zusammen aus der Summe der EBITs der fortzuführenden und der aufgegebenen Geschäftsbereiche. Alle in direktem Zusammenhang mit der Aufgabe/Veräußerung von Geschäftsbereichen stehenden Kosten und Erträge werden nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen. Beginnt oder endet der Anstellungsvertrag im Laufe des Geschäftsjahres, erfolgt eine Kürzung des Ausgangsbetrages pro rata temporis.

Ein Anteil von grundsätzlich 45 % des so berechneten Bonus soll als Sofortauszahlung nach Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der Gesellschaft zur Auszahlung kommen. Der weitere Anteil von grundsätzlich 55 % soll als „aufgeschobene Zahlung“ erst nach Vorlage des Jahresabschlusses für das übernächste Geschäftsjahr nach dem Jahr der Sofortauszahlung zur Auszahlung kommen. Die Höhe der effektiv zur Auszahlung an das Vorstandsmitglied kommenden aufgeschobenen Zahlung unterliegt dabei der Anpassung nach oben und unten, je nachdem, in welchem Verhältnis sich der Durchschnitt des EBIT im Ausgangsjahr und den drei Folgejahren zu dem EBIT des Ausgangsjahres verhält.

In vertraglich näher bestimmten Grenzen unterliegen die Sofortauszahlung und die aufgeschobene Zahlung darüber hinaus einem in das Ermessen des Aufsichtsrats gestellten Anpassungsrecht. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, nach seinem billigen Ermessen aufgrund der Bewertung der individuellen Leistungen des Vorstandsmitglieds oder aufgrund außerordentlicher Entwicklungen die Sofortauszahlung um bis zu 30 % und die aufgeschobene Auszahlung um bis zu 10 % zu reduzieren oder zu erhöhen.

Der Anstellungsvertrag sieht darüber hinaus für die Sofortauszahlung und die aufgeschobene Zahlung jeweils einen in € bestimmten Maximalbetrag („Cap“) vor. Hinsichtlich beider Bonusteile ist ein Maximalbetrag von 150 % des Ausgangsbetrages bei einem unterstellten EBIT von 100 Mio. € vorgesehen.

Auch nach dem neuen Vergütungssystem haben die Vorstände Anspruch auf einen Dienstwagen zur unbeschränkten Nutzung sowie auf die Leistungen aus einer Todesfall- und Invaliditätsversicherung.

Die Mitglieder des Vorstands Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Muhyddin Suleiman besitzen ferner weiterhin einzelvertragliche betriebliche Versorgungszusagen. Es sind eine Altersrente ab Vollendung des 62. Lebensjahres, eine Invalidenrente, eine Witwenrente sowie eine Waisenrente zugesagt. Die Höhe der zugesagten Leistung beträgt 60 % des zuletzt bezogenen

festen Monatsgehalts oder wird in Nachträgen zu den Anstellungsverträgen separat festgesetzt. Die Mitglieder des Konzernvorstands Manfred Bauer und Reinhard Loose erhielten dagegen arbeitgeberfinanzierte, beitragsorientierte Leistungszusagen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Die Anstellungsverträge aller Konzernvorstände enthalten Change-of-Control-Klauseln, die zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen, wenn

- sich Stimmrechtsanteile an der Gesellschaft entsprechend der §§ 21, 22 Wertpapierhandelsgesetz verändern.
- der Fall einer Umwandlung der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes (UmwG) eintritt. Dies gilt nicht für den Formwechsel der Gesellschaft, Ausgliederungen nach § 123 (3) UmwG und Verschmelzungen nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, bei denen die Gesellschaft aufnehmender Rechtsträger ist.

Kündigt einer der Vorstände unter den vorgenannten Voraussetzungen, steht ihm seit der Anpassung der Anstellungsverträge mit Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 eine Abfindung in Höhe von maximal zwei Jahresvergütungen zu, sofern die Kündigung mehr als zwei Jahre vor Beendigung des Vertrages erfolgt. Danach gelten die Regeln pro rata temporis.

Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2012

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil (Sofortauszahlung)	Summe
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	528	348	876
Manfred Bauer	385	278	663
Reinhard Loose	334	244	578
Muhyddin Suleiman	379	278	658
Gesamt	1.627	1.148	2.775

Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2011

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil/ (Sofortauszahlung)	Summe
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	528	119	647
Manfred Bauer	382	95	478
Reinhard Loose (seit 1. Februar 2011)	269	83	352
Ralf Schmid (bis 31. März 2011)	118	20	138
Muhyddin Suleiman	379	95	474
Gesamt	1.676	413	2.089

Für aufgeschobene Zahlungen wurden im Geschäftsjahr 2012 folgende Beträge aufwandsmäßig berücksichtigt: Dr. Uwe Schroeder-Wildberg 218 T€ (458 T€), Manfred Bauer 314 T€ (367 T€), Reinhard Loose 251 T€ (321 T€), Muhyddin Suleiman 231 T€ (367 T€). Anpassungen aus den Vorjahren sind in den Werten enthalten.

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2012 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.241 T€ (7.743 T€).

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten satzungsgemäß neben dem Ersatz ihrer Auslagen für das jeweilig abgelaufene Geschäftsjahr eine jährliche feste Vergütung von 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Zweifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache. Für die Tätigkeit im Bilanzprüfungs- und im Personalausschuss wird zusätzlich eine gesonderte Vergütung gewährt. Diese beträgt im Bilanzprüfungsausschuss 25.000 € und im Personalausschuss 15.000 €. Der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses erhält das Zweifache der vorgenannten Vergütung. Der feste Vergütungsbestandteil wird nach Ablauf des Geschäftsjahres ausgezahlt. Im Rahmen der Aufsichtsratsstätigkeit erhält kein Aufsichtsratsmitglied variable oder aktienbasierte Vergütungsbestandteile.

Individualisierte Aufsichtsratsvergütung

Alle Angaben in T€ (ohne USt.)	Vergütung 2012	Vergütung 2011
Dr. Peter Lütke-Bornefeld (Vorsitzender)	135	135
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger (stellvertretender Vorsitzender)	100	100
Dr. Claus-Michael Dill	105	105
Johannes Maret	80	80
Norbert Kohler	40	40
Maria Bähr	40	40
Gesamt	500	500

Im Geschäftsjahr 2012 fielen 21 T€ (Vorjahr: 25 T€) Ersatz für Auslagen an.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben eine Erklärung zur Unternehmensführung ("Corporate Governance-Bericht") abgegeben und diese den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft, www.mlp-ag.de, dauerhaft zugänglich gemacht. Zusätzlich sind sie im Corporate Governance Bericht des Geschäftsberichts enthalten.

Risikobericht 2012

Anwendungsbereich

Nach § 91 Abs. 2 AktG hat die MLP AG geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig erkannt werden – insbesondere durch Einrichtung eines Überwachungssystems. Dies umfasst auch die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements und einer Internen Revision.

Durch die Einbindung in die MLP-Finanzholding-Gruppe hat die MLP AG neben den aktienrechtlichen Anforderungen auch in Teilen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG) nachzukommen. Demnach hat jedes Institut bzw. jede Finanzholding-Gruppe nach § 25a Abs. 1 und 1a KWG zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu verfügen. Diese umfasst insbesondere ein angemessenes und wirksames Risikomanagement, auf dessen Basis die Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen ist. Das Risikomanagement umfasst neben Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung interner Kontrollverfahren. Im Rahmen der internen Kontrollverfahren sind zum einen ein internes Kontrollsystem, zum anderen eine unabhängige Interne Revision vorzuhalten, wobei das interne Kontrollsystem insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung und Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken beinhaltet. In der MLP-Finanzholding-Gruppe stellt die MLP Finanzdienstleistungen AG als Einlagenkreditinstitut nach § 10a Abs. 3 KWG das aufsichtsrechtlich übergeordnete Unternehmen der Gruppe dar.

Der aufsichtsrechtliche Konsolidierungskreis der MLP-Finanzholding-Gruppe nach § 10a KWG besteht aus der MLP AG, Wiesloch, der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch, der Feri AG, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Trust GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Institutional & Family Office GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Investment Services GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Trust (Luxembourg) S.A., Luxemburg (seit 30.06.2012), sowie der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen, Heidelberg.

Im Rahmen des Risikomanagements wird zudem die Feri EuroRating Services AG, Bad Homburg v. d. Höhe in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach § 25a Abs. 1a KWG eingebunden.

Risiko- und Chancenmanagement

Zielsetzung

Unternehmerisches Handeln ist untrennbar mit der Übernahme von Risiken verbunden. Risiko bedeutet für die MLP-Finanzholding-Gruppe die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne. Diese Gefahr kann durch interne oder externe Faktoren ausgelöst werden. Da es nicht möglich sein wird, alle Risiken zu eliminieren, muss ein der Renditeerwartung angemessenes Risiko angestrebt werden. Risiken sollen dabei so früh wie möglich identifiziert werden, um schnell und in angemessenem Umfang darauf reagieren zu können. Darüber hinaus können in diesem Rahmen auch unternehmerische Chancen rechtzeitig erkannt und wahrgenommen werden. Insbesondere im Produktmanagement und -einkauf werden für die einzelnen Produktparten gezielt unternehmerische Chancen am Markt identifiziert und eine Umsetzung unter Abwägung von Erfolgsaussichten und Risiken geprüft und initiiert.

Das gruppenweite Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem von MLP wird als Grundlage für ein gruppenweites aktives Risikomanagement eingesetzt. Hierdurch wird eine

angemessene Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken gewährleistet. Das Risikomanagement ist dabei wesentlicher Bestandteil des wertorientierten Führungs- und Planungssystems der MLP-Finanzholding-Gruppe. Darüber hinaus soll die in der Gruppe verankerte Risikokultur nachhaltig gestärkt und eine bereichsübergreifende Kommunikation risikorelevanter Sachverhalte stetig gefördert werden.

Risikogrundsätze

Der Vorstand des übergeordneten Unternehmens legt die Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie für die MLP-Finanzholding-Gruppe fest. Aus der Risikostrategie geht die Risikobereitschaft unter Beachtung der Risikotragfähigkeit hervor. Sie definiert auch die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement in der MLP-Finanzholding-Gruppe, und somit auch in der MLP AG. Die Risikobereitschaft wird dabei regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die nachfolgenden in Konsistenz zur Geschäftsstrategie stehenden Grundsätze beschreiben die zentralen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement der MLP-Finanzholding-Gruppe:

Der Vorstand ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und deren Weiterentwicklung verantwortlich:

Diese Verantwortung umfasst insbesondere die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagements. Die Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie kann dabei nicht delegiert werden. In der Verantwortung des Vorstands liegt die Umsetzung der Strategien, die damit verbundene Beurteilung der Risiken sowie – zu ihrer Begrenzung – die Ergreifung und Überwachung von erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie:

Der Vorstand des übergeordneten Unternehmens legt die Risikostrategie für die MLP-Finanzholding-Gruppe fest. Die Risikostrategie spiegelt die Risikobereitschaft bzw. die „Risikotoleranz“ angesichts der angestrebten Höhe des Risiko-/Ertrags-Verhältnisses wider. Der Vorstand stellt sicher, dass ein alle wesentliche Risikoarten umfassender Ansatz in den Unternehmen integriert ist und geeignete Schritte zur Umsetzung der Risikostrategie unternommen werden.

MLP fördert ein starkes Risikobewusstsein und lebt eine ausgeprägte Risikokultur:

Ein starkes, alle Bereiche umfassendes Risikobewusstsein und eine entsprechende Risikokultur werden durch adäquate Organisationsstrukturen gefördert. Risikobewusstsein über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus ist unerlässlich. Die Angemessenheit des Risikomanagementsystems wird laufend überprüft, gegebenenfalls erforderliche Anpassungen werden zeitnah durchgeführt. Adäquate Datensicherheit und Qualitätsstandards sind etabliert und werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

MLP verfolgt eine umfassende Risikokommunikation und -berichterstattung:

Erkannte Risiken werden offen und uneingeschränkt an die betreffende Führungsebene berichtet. Der Vorstand wird umfassend und rechtzeitig (falls erforderlich ad hoc) über das Risikoprofil der in der MLP-Finanzholding-Gruppe relevanten Risiken sowie über Gewinne und Verluste informiert. Der Aufsichtsrat erhält die für die Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtungen erforderlichen Informationen. Die interne Risikokommunikation und -berichterstattung wird durch umfassende, externe Veröffentlichungen ergänzt, um den

Interessen der Aktionäre der MLP AG und des Kapitalmarkts angemessen zu entsprechen und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu genügen.

Risikokapitalmanagement und Stresstests

Risikotragfähigkeit

Das Risikokapitalmanagement ist ein integraler Bestandteil der Gruppensteuerung von MLP. Dass die Risikonahme jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung steht, wird durch die aktive Steuerung der ökonomischen Kapitaladäquanz auf Basis der internen Risikomesswerte sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen sichergestellt.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko-/Ertrags-Aspekten angemessene Renditen zu erzielen. Damit sollen insbesondere Risiken vermieden werden, die die Fortführbarkeit des Geschäftsmodells gefährden könnten.

Der Vorstand legt dabei auf der Grundlage der geschäftspolitischen Ziele die Kapitalausstattung fest und steuert das Risikoprofil in einem angemessenen Verhältnis zur Risikodeckungsmasse. Der Fokus liegt dabei auf den für die MLP-Finanzholding-Gruppe wesentlichen Risiken, die mindestens jährlich im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur (Risikoprofil) identifiziert werden. Dabei werden die im Rahmen standardisierter Verfahren ermittelten Risikokennzahlen mit gruppenweit gültigen Schwellenwerten abgeglichen. Das gruppenweite Risikoprofil stellt die Grundlage sowohl für das Risikokapitalmanagement als auch für die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen.

Die Risikotragfähigkeit der MLP-Finanzholding-Gruppe war in 2012 durchgängig gegeben.

Stresstests

Zur besonderen Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse werden zudem regelmäßige Stresstests durchgeführt. So wurden umfangreiche Analysen sowohl auf der Ebene der einzelnen Risikoarten als auch risikoartenübergreifend implementiert. Dabei werden insbesondere auch die Auswirkungen möglicher Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Bei der Durchführung der standardisierten Stresstests werden die wesentlichen Risikotreiber dabei so skaliert, dass sie überdurchschnittlich negative ökonomische Situationen widerspiegeln. Mit Hilfe der implementierten Stresstests wird somit insbesondere überprüft, ob die Risikotragfähigkeit der MLP-Finanzholding-Gruppe unter ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen weiterhin sichergestellt werden kann. Dabei werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage untersucht.

Organisation

Gruppenweites Risikomanagement

Die MLP AG ist in das gruppenweite Risikomanagement der MLP-Finanzholding-Gruppe eingebunden. Im Sinne des § 25a Abs. 1a KWG i.V.m. AT 4.5 MaRisk hat der Vorstand des übergeordneten Unternehmens, der MLP Finanzdienstleistungen AG, eine angemessene

Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken auf Gruppenebene durch entsprechende Verfahren sichergestellt (AT 4.5 Tz. 1). Dies umfasst insbesondere

- die Festlegung gruppenweiter Strategien,
 - die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in der Gruppe,
 - die Einrichtung aufbau- und ablauforganisatorischer Regelungen für die Gruppe,
 - die Implementierung gruppenweiter Risikosteuerungs- und -controllingprozesse
- sowie
- die Einrichtung einer gruppenweit tätigen Innenrevision.

Zudem verschafft sich die MLP Finanzdienstleistungen AG als übergeordnetes Unternehmen zur Beurteilung der Risiken der MLP-Finanzholding-Gruppe regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die Risiken der Gruppe. In Abhängigkeit von den in den einzelnen Unternehmen identifizierten Risiken und deren Ausprägung wird der „MaRisk-Konsolidierungskreis“ gebildet, der die Reichweite des gruppenweiten Risikomanagements definiert. Hier werden grundsätzlich alle vom übergeordneten Unternehmen als wesentlich identifizierten Risiken der Gruppe berücksichtigt. Dabei ist es unerheblich, ob die Risiken von konsolidierungspflichtigen Unternehmen i. S. d. § 10a KWG oder von sonstigen Unternehmen, die nicht in den Anwendungsbereich der MaRisk fallen, verursacht werden. Unter Berücksichtigung von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt sowie den im Einzelfall unterschiedlich zu würdigenden gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten sind gruppenweite Regelungen zur Ausgestaltung des gruppenweiten Risikomanagements bei MLP definiert.

Funktionstrennung

Unser Risikomanagement folgt klar definierten Grundsätzen, welche in der gesamten Gruppe verbindlich anzuwenden sind und deren Einhaltung wir fortlaufend überprüfen. Eine klare aufbau- und ablauforganisatorische Trennung zwischen den einzelnen Funktionen und Tätigkeiten des Risikomanagements wird dabei sichergestellt.

Die Organisation des Risikomanagements und die damit einhergehenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben wir sowohl auf Gruppenebene als auch auf der Ebene der Gruppengesellschaften in Übereinstimmung mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben definiert und dokumentiert. Für das Risikomanagement auf Gruppenebene werden seitens der MLP Finanzdienstleistungen AG als übergeordnetes Unternehmen angemessene ablauforganisatorische Vorkehrungen getroffen, die auch den Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements auf der Ebene der einzelnen Gruppengesellschaften vorgeben. Die Aufbau- und Ablauforganisation wird regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und beurteilt und an interne und externe Entwicklungen zeitnah angepasst.

Konzern-Risiko-Manager

Der Konzern-Risiko-Manager ist für die Risikoüberwachungs- und -steuerungsaktivitäten in der MLP-Finanzholding-Gruppe verantwortlich. Er wird fortlaufend über die Risikosituation in der Gruppe informiert und berichtet regelmäßig an den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Risikosteuerungs- und -controllingprozesse

Die Risikosteuerung in der MLP-Finanzholding-Gruppe und deren dezentrale operative Umsetzung in den Geschäftseinheiten erfolgen auf der Grundlage der Risikostrategie. Die für die Risikosteuerung verantwortlichen Einheiten treffen Entscheidungen zur bewussten

Akzeptanz, Reduzierung, Übertragung oder Vermeidung von Risiken. Dabei beachten sie die zentral vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Insbesondere das Risikocontrolling ist für die Identifikation und Beurteilung von Risiken sowie die Überwachung der Verlustobergrenzen verantwortlich. Damit einher geht die Berichterstattung der Risiken an den Vorstand und an die risikosteuernden Geschäftseinheiten. Angemessene Frühwarnsysteme unterstützen dabei die Überwachung der Risiken, identifizieren potenzielle Probleme im Frühstadium und ermöglichen damit eine zeitnahe Maßnahmenplanung.

Durch entsprechende Richtlinien und eine effiziente Überwachung wird zudem sichergestellt, dass die regulatorischen Anforderungen an das Risikomanagement und -controlling eingehalten werden.

Die eingesetzten Methoden zur Risikobeurteilung entsprechen dem aktuellen Erkenntnisstand und orientieren sich an der Praxis der Bankenbranche sowie den Empfehlungen der Bankenaufsicht. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse sind zur Steuerung der Risiken uneingeschränkt geeignet. Die Messkonzepte unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch das Risikocontrolling sowie durch die Interne Revision und Wirtschaftsprüfer. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können dennoch Konstellationen entstehen, die zu höheren Verlusten führen als durch die Risikomodelle prognostiziert.

Controlling überwacht Ergebnisentwicklung

Das Controlling ist für die fortlaufende Überwachung der Ergebnisentwicklung verantwortlich. Dabei werden Umsatz- und Ergebnisgrößen den entsprechenden Plangrößen gegenübergestellt und somit fortlaufende Transparenz für den Vorstand geschaffen.

Der Analysehorizont des strategischen Controllings umfasst die nächsten zwei bis vier Jahre. Dabei werden Umsatz- und Ergebnistrends insbesondere unter Berücksichtigung von Veränderungen wirtschaftlicher oder gesetzlicher Rahmenbedingungen analysiert und in Zielgrößen für die einzelnen Geschäftsbereiche überführt. Entsprechende Simulationen machen potenzielle Ertrags- und Ergebnisrisiken mit den maßgeblichen Werttreibern für den Vorstand transparent.

Internes Kontrollsystem im Rechnungslegungsprozess

Das Konzernrechnungswesen ist zentraler Ansprechpartner in allen Bilanzierungsfragen sowohl auf Einzelgesellschafts- wie auf Konzernebene. Die Finanzbuchhaltung fungiert als zentrale Verarbeitungsstelle aller rechnungslegungsrelevanten Informationen. Den korrekten Arbeitsablauf unterstützen Stellenbeschreibungen, Stellvertreterregelungen und Arbeitsanweisungen. Ergänzend stehen Prozessbeschreibungen sowie diverse Checklisten zur Verfügung. Sämtliche vorgenannten Regelungen sowie Anweisungen sind im Organisationshandbuch veröffentlicht, welches permanent aktualisiert wird und jedem Mitarbeiter zugänglich ist. Zur Vermeidung von dolosen Handlungen und Missbrauch gibt es Funktionstrennungen sowie laufende und nachgelagerte Kontrollen im Sinne eines „4-Augen-Prinzips“. Die Bilanzierung nach der aktuellen Rechtslage wird durch die laufende Fortbildung der Mitarbeiter sichergestellt.

Interne Revision

Ein wichtiges Element des internen Kontrollsystems ist die Interne Revision, die über Auslagerungsverträge in den wesentlichen Gruppenunternehmen Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahrnimmt. Sie führt hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorgaben systematisch und regelmäßig risikoorientierte

Prüfungen durch. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision sowohl die Funktionstrennung und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems als auch die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen. Die in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement festgelegten besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision werden gruppenweit erfüllt.

Die Interne Revision arbeitet im Auftrag des Vorstands weisungsfrei und unbeeinflusst als gruppenweit zuständige prozessunabhängige Instanz.

Risikoberichterstattung

Eine aussagekräftige Risikoberichterstattung ist die Basis für eine sachgerechte und erfolgreiche Unternehmenssteuerung. Hierzu besteht ein umfassendes internes Reporting-System, das eine zeitnahe Information der Entscheidungsträger über die aktuelle Risikosituation sicherstellt. Risikoreports werden in festgelegten Intervallen generiert oder, wenn notwendig, ad hoc erstellt. Darüber hinaus bilden Planungs-, Simulations- und Steuerungsinstrumente mögliche positive und negative Entwicklungen auf die wesentlichen Wert- und Steuerungsgrößen des Geschäftsmodells und ihre Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Adressaten der Risikoberichterstattung sind die steuernden Einheiten, der Vorstand sowie der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert.

Darstellung der Risiken

Die MLP-Finanzholding-Gruppe ist verschiedenen finanzwirtschaftlichen Risiken ausgesetzt. Diese umfassen insbesondere das Adressenausfallrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Kursänderungsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Wesentliche Fremdwährungs-, Länder- oder sonstige Marktpreisrisiken bestehen nicht. Des Weiteren bestehen Gefährdungen durch operationelle und sonstige Risiken.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko (Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko, welches derzeit allerdings für die MLP AG nur von nachrangiger Bedeutung ist.

Die Adressenausfallrisiken in der MLP AG resultieren im Wesentlichen aus dem Eigengeschäft sowie den 100%-Beteiligungen an der MLP Finanzdienstleistungen AG und der Feri AG. Durch fortlaufende gruppenweite Überwachung der Ergebnisentwicklung im Bereich Controlling und die Einbindung dieser Gesellschaften in das gruppenweite Risikomanagement wird den Adressenausfallrisiken aus unserer Sicht angemessen Rechnung getragen.

Marktpreisrisiken

Die MLP-Finanzholding-Gruppe versteht unter Marktpreisrisiken die Unsicherheit über die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Die Marktpreisrisiken setzen sich aus dem Marktpreisrisiko im engeren Sinne und dem Marktliquiditätsrisiko zusammen.

Marktpreisrisiken entstehen in der MLP AG im Wesentlichen aus Eigengeschäftsaktivitäten. Offene Risikopositionen in Fremdwährung bestehen derzeit lediglich in unwesentlichem Umfang.

Mögliche Auswirkungen unterschiedlicher Zinsentwicklungsszenarien werden über Planungs- und Simulationsrechnungen abgebildet. Die Risiken und deren Auswirkungen werden unter Annahme vielschichtiger Zinsszenarien transparent gemacht. In diesem Rahmen werden auch die Barwertveränderungen aller Positionen des Anlagebuchs im Verhältnis zu den Eigenmitteln unter Ansatz der seitens der Bankenaufsicht vorgegebenen Zinsschritte abgebildet. Die Simulation erfolgt automatisiert über alle zinstragenden und zinssensitiven Positionen. Somit wird die Steuerung des Zinsrisikos sichergestellt. Dabei blieb die auf Gruppenebene ermittelte Wertveränderung im Berichtszeitraum stets deutlich unter der Schwelle von 20 % der Eigenmittel, deren Überschreiten den Status als Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko zur Folge hätte.

Im Bestand befindliche Aktien, Anleihen, Schuldscheindarlehen und Fonds können durch Marktzinsschwankungen oder Bonitätsveränderungen einem Kursänderungsrisiko ausgesetzt sein. Über eine ständige Überwachung und Bewertung unseres Portfolios werden mögliche Ergebnisauswirkungen starker Kursschwankungen frühzeitig adressiert. So stellen wir eine zeitnahe Reaktion auf Marktveränderungen sicher.

Zur Verringerung des Cashflow-relevanten Zinsänderungsrisikos setzen wir in geringem Umfang derivative Finanzinstrumente (Zinsswaps) ein.

Der spekulative Einsatz von Finanzinstrumenten mit dem Ziel kurzfristiger Gewinnerzielung wurde im Berichtsjahr nicht durchgeführt und ist auch künftig nicht vorgesehen.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Unsicherheit hinsichtlich einer unzureichenden oder nur zu erhöhten Konditionen möglichen Verfügbarkeit von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen oder zur Reduzierung von Risikopositionen. Liquiditätsrisiken können dabei sowohl aus internen als auch aus externen Risikofaktoren resultieren.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos stellen wir auf zwei unterschiedliche Sichtweisen ab: eine dispositive und eine strukturelle Sichtweise.

Dispositive Liquiditätssteuerung

Die zentralen Instrumente und Steuerungsgrößen der dispositiven Liquiditätssteuerung sind zum einen die stichtagsbezogenen Aufstellungen der Geldanlagen und Refinanzierungsquellen im Eigengeschäft im Rahmen der Gelddisposition, zum anderen die Liquiditäts- und Beobachtungskennzahlen der Liquiditätsverordnung. Darüber hinaus wird im Rahmen der Liquiditätssteuerung der Umfang der täglichen Nettomittelzu- bzw. -abflüsse beobachtet und in die Risikobewertung einbezogen.

Strukturelle Liquiditätssteuerung

Die Liquiditätsablaufbilanz ist zentrales Instrument der strukturellen Liquiditätssteuerung und zudem Vorstufe auf dem Weg zur ökonomischen Betrachtung der Refinanzierungsmehrkosten. Sie zeigt für jeden Zeithorizont einen Überschuss bzw. einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht somit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Der Liquidity Value at Risk, der die Refinanzierungsmehrkosten zur Schließung offener Liquiditätspositionen ausweist, ist ein weiteres wesentliches Instrument der strukturellen Liquiditätssteuerung und findet Eingang in das Risikokapitalmanagement.

Neben der im Normalszenario angenommenen Entwicklung haben wir Stressszenarien definiert, um einen möglichen erhöhten Liquiditätsbedarf in Folge einer negativen Veränderung des Marktumfeldes zu simulieren, um gegebenenfalls frühzeitig notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Grundlagen der Liquiditätssteuerung und -planung sind in internen Richtlinien definiert. Zur Absicherung einer möglichen kurzfristigen Liquiditätsunterdeckung haben wir zusätzlich angemessene Kreditlinien im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich vereinbart.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die operationellen Risiken werden dezentral gruppenweit in den einzelnen Organisationseinheiten identifiziert und bewertet. Hierzu wird zum einen mindestens jährlich eine Risikoinventur durchgeführt, in deren Rahmen die wesentlichen Risiken des Unternehmens analysiert werden. In diesem Rahmen beurteilen Experten aller Fachbereiche das operationelle Risiko im Rahmen von Self-Assessments, die sich in eine Risikopotenzialeinschätzung zur Identifikation und Beurteilung der wesentlichen Risiken sowie in daraus resultierende Maßnahmenvorschläge gliedern. Weiterhin werden die auftretenden Schäden laufend erfasst und analysiert. Die Sammlung der Schadensdaten ermöglicht es, Verlustereignisse zu identifizieren und zu beurteilen, um so Trends und Konzentrationen operationeller Risiken erkennen zu können. Die Ergebnisse werden im Risikocontrolling zusammengeführt, plausibilisiert und dem Vorstand sowie den steuernden Einheiten zur Verfügung gestellt.

Für die Quantifizierung der operationellen Risiken wendet die MLP-Finanzholding-Gruppe derzeit den Basisindikatoransatz nach §§ 270 ff. SolvV an. Gemäß § 331 SolvV wird nachfolgend das Verfahren zur Ermittlung der für die operationellen Risiken zu unterlegenden Eigenmittel erläutert: Im Rahmen des Basisindikatoransatzes erfolgt die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko nach einem festgelegten Ermittlungsschema. Der Anrechnungsbetrag beträgt danach 15 % der durchschnittlichen Bruttoerträge der letzten drei Geschäftsjahre, wobei nur positive Bruttoerträge berücksichtigt werden.

Risiken aus internen Verfahren

Die Aufbau- und Ablauforganisation ist in unseren Organisationsrichtlinien verbindlich dokumentiert. Die Reduzierung operationeller Risiken aus internen Verfahren und damit einhergehend eine Verringerung der Verlusthäufigkeit und -höhe wird in erster Linie durch kontinuierliche Verbesserung der Geschäftsprozesse sowie den Ausbau des internen Kontrollsystems erreicht. Weitere Sicherungsmaßnahmen sind u. a. der Risikotransfer durch den Abschluss von Versicherungen und der Verzicht auf risikoträchtige Produkte. Darüber hinaus stehen zur Sicherung der Fortführung des Geschäftsbetriebes für die wesentlichen Bereiche und Prozesse umfassende Notfall- bzw. Business Continuity-Pläne bereit.

Das Business Continuity Management (BCM) umfasst die zielgerichtete Absicherung der kritischen und potenziell existenzgefährdenden Geschäftsprozesse gegen ungeplante Unterbrechungen des Geschäftsbetriebs in Folge des Eintritts eines Ereignisses mit hohem Schadenspotenzial. Hierbei bezieht sich das BCM auf die Planung von Ausfallszenarien, welche die Verfügbarkeit von Ressourcen der Infrastruktur, IT, Personal und Dienstleistern gefährden. Hierzu werden geeignete Maßnahmen definiert, die den geregelten Geschäftsbetrieb unter festgelegten Standards sichern sollen. Dies beinhaltet auch eine Notfallplanung, die bei Eintritt von schweren Betriebsstörungen Verluste auf ein Minimum reduziert und den laufenden Geschäftsbetrieb sichert. Die kritischen Prozesse sowie die Wirksamkeit der definierten

Maßnahmen unterliegen einer ständigen Überwachung und Weiterentwicklung des Business Continuity Managements.

Personalrisiken

Die MLP-Finanzholding-Gruppe legt besonderen Wert auf qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte insbesondere auch in den Back-Office-Bereichen. Die personelle Ausstattung und die ausreichende Qualifikation der Mitarbeiter werden durch die verantwortlichen Fachbereiche sichergestellt. Mit einer entsprechenden Personalplanung und gezielten Personalmarketingmaßnahmen verringern wir das Risiko von personellen Engpässen.

Mitarbeiter, die mit vertraulichen Informationen arbeiten, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Eine klare Trennung von Management- und Kontrollfunktionen begrenzt das Risiko von Verstößen gegen interne und externe Vorschriften. Definierte Vertretungs- und Nachfolgeregelungen gewährleisten, dass auch bei unvorhergesehenen Ausfällen von Mitarbeitern die Aufrechterhaltung der erforderlichen Arbeitsabläufe sichergestellt werden kann.

IT-Risiken

Um mögliche IT-Risiken effektiv zu minimieren, verfolgt die MLP-Finanzholding-Gruppe entsprechende Strategien. Bei der Auswahl unserer IT-Systeme entscheiden wir uns überwiegend für branchenspezifische Standardsoftware namhafter Anbieter. Falls erforderlich, werden geschäftsspezifische Eigenentwicklungen durch qualifizierte Spezialisten erstellt. Die vor Inbetriebnahme durchgeführten umfangreichen Tests sowohl auf Fachprozessebene als auch auf Systemebene inklusive der etablierten Abnahmeprozesse sollen die einwandfreie Funktion unserer IT-Systeme sicherstellen. Die Auslagerung unseres Rechenzentrumsbetriebes an führende Dienstleistungsunternehmen mit verschiedenen Standorten, Backup-Prozesse und eine definierte Notfallplanung (BCM) sollen unseren Datenbestand vor einem möglichen Datenverlust bewahren und die Verfügbarkeit sowie Konsistenz gewährleisten. Wir schützen unsere IT-Systeme vor einem unberechtigten Zugriff durch Zugangs- und Berechtigungskonzepte, einen umfangreichen Virenschutz sowie weitere umfassende Sicherheitsmaßnahmen.

Risiken aus externen Ereignissen

Aufgrund der Konzentration auf die Geschäftsprozesse des Makler- und Bankgeschäftes, der Kostenoptimierung und der Skalierbarkeit, nimmt die MLP-Finanzholding-Gruppe für Standard-Services die Dienstleistungen externer Partner in Anspruch. Wesentliche Outsourcing-Aktivitäten werden dabei in das Risikomanagement verzahnt. Die Outsourcing-Aktivitäten sind somit in die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingebunden. Die MLP-Finanzholding-Gruppe hat dabei die Verantwortung für die ausgelagerten Prozesse klar geregelt. Somit können die potenziell aus ausgelagerten Geschäftsaktivitäten erwachsenden organisatorischen, strukturellen und prozessualen Risiken gesteuert werden.

Darüber hinaus wurden zur Minimierung der Risiken aus externen Ereignissen wie Betrug, Einbruch, Diebstahl oder Schäden durch Naturereignisse, sofern sinnvoll, entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Über interne Sicherheitsvorkehrungen werden zudem Betrugsversuche sowie Einbruch und Diebstahl möglichst bereits im Vorfeld vereitelt.

Um die Aufrechterhaltung kritischer Prozesse in jedem Fall zu gewährleisten, wurden die möglichen Folgen externer Ereignisse im Rahmen des Business Continuity Managements (BCM) betrachtet und entsprechende Maßnahmenpläne erstellt. Ausgewählte Szenarien werden mindestens jährlich im Rahmen der Stresstests betrachtet und analysiert.

Im Rahmen der Gefährdungsanalyse zur Identifizierung von Gefährdungspotenzial aus strafbaren Handlungen (sowohl intern als auch extern) werden Risiken aus betrügerischen oder sonstigen strafbaren Handlungen zu unseren Lasten identifiziert und regelmäßig bewertet. Die zur Vermeidung von strafbaren Handlungen im Einzelnen getroffenen Maßnahmen und die Risikoeinschätzung erfolgen durch die Zentrale Stelle gemäß § 25c KWG und fließen in die Inventur operationeller Risiken ein.

Rechtliche Risiken

Die Steuerung der Rechtsrisiken wird durch unsere Rechtsabteilung wahrgenommen. Ihre Aufgabe besteht neben der Beratung bei Unternehmensentscheidungen und der Gestaltung von Geschäftsprozessen auch in der Begleitung und Bewertung von laufenden Rechtsstreitigkeiten. Mögliche rechtliche Risiken werden in einem frühen Stadium erkannt und Lösungsmöglichkeiten zu deren Minimierung, Begrenzung oder Vermeidung aufgezeigt. Die Rechtsabteilung koordiniert die Beauftragung und Einbindung von externen Rechtsanwälten. Im Rahmen der Risikomitigation prüft und überwacht die Rechtsabteilung den vorhandenen Versicherungsschutz und veranlasst gegebenenfalls notwendige Anpassungen.

Die derzeit gegen die MLP AG anhängigen oder angedrohten Verfahren stellen nach unserer Prüfung keine Risiken dar, die den Fortbestand der MLP AG gefährden könnten. Die im wesentlichen wortgleichen, von einer Anwaltskanzlei ab August 2007 für 32 Mandanten erhobenen Klagen auf Schadensersatz wegen angeblich falscher Kapitalmarktinformationen in den Jahren 2000 bis 2002 werden nach Überzeugung des Vorstands der MLP AG keinen Erfolg haben. Zwei dieser Klagen wurden bereits zurückgenommen.

Darüber hinaus hat die MLP AG im Januar 2012 eine negative Feststellungsklage gegen einige Altgesellschafter der Feri AG eingereicht. Ziel der Klage ist eine gerichtliche Feststellung, dass die behaupteten Ansprüche nicht bestehen. Nach Einschätzung der MLP AG entbehren die Ansprüche, die im Nachgang der Übernahme der restlichen Anteile an der Feri AG im April 2011 behauptet wurden, jeder rechtlichen Grundlage.

Steuerliche Risiken

Sich abzeichnende Entwicklungen im Steuerrecht werden fortwährend überprüft und hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die MLP-Finanzholding-Gruppe hin untersucht. Die steuerlichen Anforderungen an das Unternehmen werden von internen und externen Experten in Übereinstimmung mit den steuerlichen Regelungen und den hierzu von der Finanzverwaltung ergangenen Schreiben geprüft.

Sonstige Risiken

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das aus einem Ansehensverlust der MLP-Finanzholding-Gruppe insgesamt oder einer oder mehrerer operativer Einheiten bei Anspruchsberechtigten, Anteilseignern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der Öffentlichkeit erwächst. Die MLP-Finanzholding-Gruppe ist insbesondere der Gefahr ausgesetzt, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unsere Gruppe negativ beeinflusst wird. Wir minimieren potenzielle Beratungsrisiken durch die Sicherstellung einer fortlaufend hohen Beratungsqualität, die wir unter anderem durch IT-gestützte Beratungstools sicherstellen. Auch die Beratungsgespräche mit unseren Kunden und die daraus resultierenden Ergebnisse werden umfassend dokumentiert.

Allgemeine Geschäftsrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

Veränderungen in den ökonomischen und politischen Faktoren können Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Entwicklung der MLP-Finanzholding-Gruppe haben. Wir beobachten daher fortwährend nationale und internationale Entwicklungen im politischen, ökonomischen und regulatorischen Umfeld sowie konjunkturelle Entwicklungen und Anforderungen am Finanzdienstleistungsmarkt. Dabei unterstützt uns insbesondere das in der Feri EuroRating Services AG gebündelte Wissen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland – wo die MLP-Finanzholding-Gruppe einen sehr großen Teil ihrer Erlöse erzielt – verlief weniger dynamisch als erwartet.

Die europäische Schuldenkrise hatte erhebliche Auswirkungen auf Deutschland, was sich in einem Rückgang der deutschen Ausfuhren widerspiegelt. Eine stabile Binnennachfrage konnte dem entgegenwirken und stützte die deutsche Wirtschaft. Laut ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2012 wuchs die Wirtschaft in Deutschland lediglich um 0,7 %. Die Beschäftigungssituation auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigte sich günstig und stabil, vor allem bei gut ausgebildeten Arbeitnehmern. Dies hatte auch einen positiven Einfluss auf die Nettoeinkommen der Haushalte, die im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind.

Die Konjunktur Experten sind sich einig, dass die Schuldenkrise auch 2013 das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Europa und weltweit beeinflussen wird. Dies wird sich auch negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auswirken, wobei ein moderates Wachstum prognostiziert wird.

Für die MLP-Finanzholding-Gruppe ist aus den konjunkturellen Rahmendaten im nächsten Jahr kein Auftrieb zu erwarten. Durch moderat steigende Nettoeinkommen wird sich die Privatkunden-Zielgruppe der Akademiker weiterhin einer vergleichsweise guten finanziellen Gesamtsituation erfreuen können. Dennoch erwarten wir bei langfristig angelegten Sparplänen – wie sie für die Altersvorsorge notwendig sind – kurzfristig keine nennenswerten Impulse.

Umfeld- und Branchenrisiken

Die Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland ist weiterhin sehr heterogen und von großem Wettbewerbsdruck geprägt. Vor allem der Kampf um die Gunst von Privatkunden hat sich weiter intensiviert. Eine Vielfalt regulatorischer Neuerungen und Anforderungen sowie erkennbare Trends im Kundenverhalten stellen erhebliche Einflussfaktoren auf das Geschäft der MLP-Finanzholding-Gruppe dar.

Wir sehen uns für die anstehenden Veränderungen gut gerüstet. Die Qualität unserer Beratung, unser Fokus auf ausgewählte Kundengruppen und unsere Unabhängigkeit geben uns eine sehr gute Marktposition.

Durch nachhaltige Diversifizierung in den Geschäftsaktivitäten ist die MLP AG hervorragend aufgestellt. Das versetzt uns in die Lage, temporär schwierige Teilmärkte mit steigenden Erlösen in anderen Geschäftsfeldern zu kompensieren. Für die Entwicklung der Bereiche Altersvorsorge und Vermögensmanagement stellt die Staats- und Schuldenkrise weiterhin einen wesentlichen Faktor dar.

Nach wie vor sind insbesondere Privatkunden stark verunsichert und zeigen deshalb eine anhaltende Zurückhaltung bei längerfristigen Investitionsentscheidungen.

Das weiterhin sehr niedrige Zinsniveau und die damit verbundene Herausforderung für die Lebensversicherer, den Garantiezins langfristig auf konstantem Niveau zu halten, bestärken diese Zurückhaltung.

Unternehmensstrategische Risiken

Unternehmensstrategische Risiken bestehen im Wesentlichen in der Fehleinschätzung künftiger Marktentwicklungen und daraus abgeleitet in einer Fehlausrichtung der unternehmerischen Aktivitäten. Strategische Risiken resultieren zudem aus unerwarteten Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Die unternehmensstrategische Steuerung ist originäre Aufgabe des Vorstands. Auf der Basis von intensiven Beobachtungen des Wettbewerbsumfelds werden Veränderungen und Entwicklungen der nationalen und internationalen Märkte und des Geschäftsumfelds analysiert und Maßnahmen zur langfristigen Sicherung und zum nachhaltigen Ausbau des Unternehmenserfolgs abgeleitet.

Dabei werden anhand einer vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren Zielgrößen festgelegt, deren Einhaltung laufend überwacht wird. Die strategische Positionierung wird dabei auf Basis der Soll-Ist-Vergleiche regelmäßig kritisch hinterfragt.

Mit der Konzentration auf die unabhängige und ganzheitliche Beratung für Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden sind wir am Markt gut positioniert. Unser Anspruch ist es, die Nummer eins bei unseren Kunden zu sein – also ihr erster Ansprechpartner in sämtlichen Fragen eines ganzheitlichen Finanzmanagements.

Unsere Marktposition im Segment der Studenten und Akademiker gewährleistet einen kontinuierlichen weiteren Aufbau des Kundenstamms durch Gewinnung von Neukunden. Darüber hinaus gewährleisten die langjährigen, engen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden eine weitere Durchdringung des vorhandenen Kundenbestands.

Um unsere Kunden qualifiziert auf höchster Ebene beraten zu können, wird auf die Auswahl und Schulung unserer Berater größten Wert gelegt. Die nachhaltige Bindung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Berater an das Unternehmen sowie die Sicherstellung einer geringen Beraterfluktuation sind wesentliche Voraussetzungen für das zukünftige Wachstum der MLP-Finanzholding-Gruppe.

Angesichts des nach wie vor herausfordernden Marktumfelds vor allem in der Altersvorsorge und des sich rasant wandelnden regulatorischen Umfelds untermauern wir unsere Strategie des profitablen Wachstums durch ein umfangreiches Effizienzmanagement.

Alle wesentlichen Werttreiber des MLP-Geschäftsmodells werden durch ein umfassendes zentrales und dezentrales Controlling laufend analysiert und gesteuert. Die durch den Vorstand festgelegte Konzernstrategie und deren Maßnahmen werden im Rahmen von Budget- und Langfristplanungen abgebildet, um deren Auswirkungen auf die Geschäftslage zu analysieren. In laufenden Reportings wird der prognostizierte Verlauf nachgehalten, um bei negativen Abweichungen schnell gegensteuern zu können.

Zusammenfassung

Im Wesentlichen wird die Geschäftsentwicklung der MLP-Finanzholding-Gruppe durch finanzwirtschaftliche, operationelle und allgemeine Geschäftsrisiken beeinflusst. Durch unser Risikomanagementsystem stellen wir die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation unserer wesentlichen Risiken in der laufenden und zukünftigen Entwicklung sicher.

Die MLP-Finanzholding-Gruppe hat sich im Jahr 2012 stets im Rahmen ihrer ökonomischen Risikotragfähigkeit bewegt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen. Auch für das kommende Jahr erwarten wir keine negative Entwicklung.

Unser Business Continuity Management sichert auch bei möglichen Störungen einen geregelten Geschäftsbetrieb. Über unsere Risikoüberwachungs- und -steuerungssysteme und die konsequente Ausrichtung unseres Geschäftsmodells an der Risikotragfähigkeit können wir gewährleisten, dass die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken mit entsprechenden Risikokapitalien unterlegt sind.

Das Risikomanagementsystem wird insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Volumens und der Komplexität unseres Geschäftes ständig weiterentwickelt. Die Wirksamkeit unseres Risikomanagements und dessen aufsichtsrechtliche Umsetzung werden auch durch externe Prüfer und durch die Interne Revision turnusmäßig überprüft.

Die dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind, oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Ausblick abgegebenen Prognosen haben.

Es sind keine Risiken bekannt, die einen wesentlichen Einfluss auf den Fortbestand der MLP-Finanzholding-Gruppe haben könnten.

Prognosebericht

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Da der MLP-Konzern das Gros seiner Erlöse in Deutschland erzielt, stellen die deutschen Konjunkturdaten die wichtigsten Indikatoren für unsere Geschäftsperspektiven dar.

Die Schuldenkrise wird auch 2013 das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Europa und weltweit nachhaltig beeinflussen, darin sind sich die Konjunkturexperten einig. So erwartet beispielsweise die EU-Kommission in ihrer Herbstprognose, dass die Wirtschaft in der Euro-Zone auch in 2013 nicht über eine Stagnation hinaus kommen wird. Grund dafür ist die anhaltende Konjunkturschwäche der Krisen-Staaten, in denen das Wachstum durch die notwendige Sparpolitik gebremst wird. Die EU-Kommission rechnet deshalb mit einem geringen Wachstum von 0,1 %. Erst für 2014 sei wieder mit einem nennenswerten Plus von 1,4 % zu rechnen, so die Experten.

Deutschland trauen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute dagegen ein moderates Wachstum zu. So erwartet der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für 2013 ein Wachstum in Deutschland von 0,8 %, die Bundesregierung geht in ihrer Prognose von einem Anstieg des realen BIP von 1,0 % (2012: 0,8 %) aus. Etwas pessimistischer sieht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die Entwicklung: Die Wirtschaftsforscher prognostizieren in ihrer Herbstumfrage zur Konjunktur ein Wachstum von 0,75 % für 2013. Voraussetzung sei aber, dass die Staatsschuldenkrise in Europa nicht eskaliert. Optimistischer zeigen sich die Forschungsinstitute für 2014. Mit einem Anstieg des BIP in einer Spanne zwischen 1,5 % und 2,2 % erwarten die Experten eine Rückkehr Deutschlands zu mehr Wachstum. Dieses sollte sich auch 2015 fortsetzen. Alles in allem wird nach Meinung der Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) das reale BIP in Deutschland in den Jahren 2012 bis 2017 um durchschnittlich 1,4 % steigen.

Schwächere Produktions- und Exporterwartungen werden sich nach Auffassung des IW 2013 negativ auf die Beschäftigungssituation in Deutschland auswirken. Laut Herbstumfrage gehen nur noch knapp 20 % der deutschen Unternehmen für 2013 von einer höheren Mitarbeiterzahl aus. Dagegen rechnen fast 28 % mit einer kleineren Belegschaft. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit leicht steigen wird. Im Jahresdurchschnitt 2013 werde die Zahl der Arbeitslosen mit 2,94 Millionen um 40.000 leicht höher liegen als im Vorjahr.

Für die Nettolöhne und -gehälter geht die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion aufgrund der Beitragsatzsenkung in der Gesetzlichen Rentenversicherung und des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression von einer Steigerung um 2,9 % aus. Die verfügbaren Einkommen der Haushalte werden der Schätzung nach um 3,0 % ansteigen. Besonders Führungskräfte werden sich nach Angaben der PMSG PersonalMarket Services GmbH über relativ hohe Gehaltszuwächse freuen können. Der Studie „Gehaltsentwicklung in Deutschland 2013“ zufolge werden die Grundgehälter von Führungskräften um 3,3 % steigen; die Zuwächse der Gehälter inklusive Bonus- und variablen Zahlungen werden sogar bei 3,9 % liegen. Die finanzielle Situation von Akademikern, der Kernzielgruppe des MLP-Konzerns im Privatkundengeschäft, sollte in 2013 daher stabil sein.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten durch die Staatsschuldenkrise und der schwächeren Konjunktur in Deutschland sowie einer leicht abnehmenden Dynamik auf dem Arbeitsmarkt erwartet der MLP-Konzern ebenfalls für 2013 ein herausforderndes Marktumfeld. Auch wenn die finanzielle Gesamtsituation unserer durch Akademiker geprägten Kernzielgruppe aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels gut und stabil ist, führt die anhaltende Krise zu Unsicherheiten. Deshalb geht der MLP-Konzern davon aus, dass sich die Kunden auch 2013 bei langfristigen Verträgen – wie sie für die Altersvorsorge notwendig sind – weiterhin zurückhaltend zeigen werden.

Zukünftige Branchensituation

Altersvorsorge

Die private und betriebliche Altersvorsorge wird die Menschen in Deutschland auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Den meisten Bürgern ist bewusst, dass die gesetzliche Rente alleine nicht mehr ausreicht, um den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Eine Erhebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus dem November 2012 hat ergeben, dass 38 % der Beschäftigten davon ausgehen, dass sie später von ihrer gesetzlichen Rente nicht leben können. Besonders jüngere Arbeitnehmer haben laut der DGB-Umfrage Angst vor Altersarmut: In der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen geht eine Mehrheit von 51 % der Beschäftigten davon aus, dass ihre Rente zum Leben später nicht reichen wird, unter den 36- bis 45-Jährigen stimmt dem mit 44 % nahezu jeder Zweite zu. Neben den bestehenden Anreizen erarbeitet die Politik laufend neue Konzepte gegen die drohende Altersarmut, so jüngst mit der diskutierten Versicherungspflicht für Selbständige.

Der „Deutschland-Trend Vorsorge“, mit dem das Deutsche Institut für Altersvorsorge quartalsweise das Vertrauen, die Erwartungen und die Bereitschaft zur Altersvorsorge in Deutschland ermittelt, war im dritten Quartal 2012 deutlich rückläufig. Vor allem das schwindende Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung hat das Gesamtergebnis wesentlich beeinflusst. Zugleich befürchten mittlerweile 76 % der Befragten, dass sie ihren Lebensstandard im Alter senken müssen – so hoch lag der Wert seit 2009 nicht mehr.

Trotz des gestiegenen Problembewusstseins bleibt die Realisierung einer eigenverantwortlichen Altersvorsorge für den Verbraucher schwierig. Gründe dafür sind neben der allgemeinen Zurückhaltung bei langlaufenden Verträgen aufgrund des unsicheren Umfelds die enorme Vielfalt an Produkten und Fördermöglichkeiten sowie die häufige Veränderung der regulatorischen Bestimmungen. Um diesem komplexen Thema zu begegnen, wird qualitativ hochwertige Beratung immer wichtiger, wovon der MLP-Konzern in den kommenden Jahren überdurchschnittlich profitieren dürfte.

Wachstumspotenzial im Bereich der privaten Altersvorsorge bietet in den kommenden Jahren vor allem die Basis-Rente als Teil der ersten Schicht der Altersvorsorge. Denn trotz der steuerlichen Förderung haben nach Angaben des GDV bis zum Jahresende 2012 erst rund 1,7 Mio. Menschen von den fast 42 Mio. Selbstständigen und Arbeitnehmern eine Basis-Rente

abgeschlossen (2011: 1,5 Mio.). Der Markt ist somit also erst zu rund 4 % ausgeschöpft. Positive Impulse sind hier zudem durch die im Rahmen des Altersvorsorge-Verbesserungsgesetzes geplante Anhebung der steuerlichen Förderung zu erwarten: Die in eine Basis-Rente eingezahlten Beiträge sollen sich künftig bis zu einer Höhe von 24.000 Euro (bisher: 20.000 Euro) pro Person als Sonderausgabe von der Einkommensteuer absetzen lassen. Auch bei der Riesterförderung herrscht noch Potenzial. Fast 16 Millionen Bürger haben eine abgeschlossen; nach aktuellen Schätzungen des DIW könnten zwischen 37 und 42 Millionen Personen die staatliche Förderung in Anspruch nehmen.

Ein hoher Bedarf besteht nach wie vor auch bei der Absicherung gegen Berufsunfähigkeit (BU). In diesem Bereich plant der Gesetzgeber die Förderung einer selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung in den Förderrahmen aufzunehmen. Bisher werden Kombinationsprodukte aus Renten- und Berufsunfähigkeitszusatzversicherung gefördert, wobei mindestens 50 % der Prämien auf den Altersvorsorge-Teil entfallen. Wir gehen davon aus, dass die genannten Änderungen positive Impulse für den Markt und damit auch auf das Geschäft des MLP-Konzerns haben werden.

Im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge hat Deutschland im europäischen Vergleich erheblichen Nachholbedarf. Das verdeutlicht auch eine Studie von Fidelity Worldwide Investment: Während die zweite Schicht der Altersvorsorge bei Sparern in den Niederlanden einen Anteil von 85 %, in Dänemark 75 % und in Großbritannien immerhin 58 % ausmacht, gaben in Deutschland nur 49 % an, auf eine zusätzliche Altersabsicherung über den Arbeitgeber zu bauen. Der Anteil in Deutschland ist aufgrund der starken staatlichen Förderung in den vergangenen Jahren stark gewachsen und wird dies auch weiterhin tun.

Zudem bewertet gut die Hälfte der Berufstätigen in Deutschland (51 %), die ihre Vorsorge aufstocken wollen, laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach die betriebliche Altersvorsorge als „ideale Form der Altersabsicherung“. Vier Jahre zuvor – im Jahre 2008 – waren es nur 40 %. Auch bei der Einstufung der Sicherheit verschiedener Altersvorsorge-Formen konnte die betriebliche Altersvorsorge punkten: 36 % der Studienteilnehmer bewerteten sie als „besonders sichere Vorsorgeform“. Bisher haben jedoch laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft erst gut 14 Millionen diesen Weg der Vorsorge gewählt.

Zusätzliche Dynamik dürfte für den Bereich der demografische Wandel und der sich dadurch verschärfende Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte mit sich bringen. Neben der betrieblichen Altersvorsorge wird auch das Thema betriebliche Vorsorge immer mehr Raum einnehmen. Dazu gehören beispielsweise betriebliche Zusatzversicherungen (Chefarztbehandlung, Zwei-Bett-Zimmer, Zuschüsse zu Brillengestellen und Zahnersatz - Siehe Kapitel „Krankenversicherung“), aber auch Demographiekonzepte für Firmen mit alternder Belegschaft.

Der Markt für solche nettolohnoptimierenden Systeme bietet aus Sicht des MLP-Konzerns in den kommenden Jahren ein großes Wachstumspotenzial. Mit seiner Tochtergesellschaft TPC als etablierte Marke sowie mehr als 1.200 speziell für betriebliche Altersvorsorge lizenzierten Beratern sowie exklusiven Branchenkonzepten ist der MLP-Konzern für diese Entwicklung hervorragend aufgestellt.

Ein zunehmend wichtiger Bereich für die Vorsorge ist zudem die Pflegerentenversicherung. Im Zuge einer deutlich gesteigerten Sensibilität vieler Kunden für eine private Pflegevorsorge gewinnt auch dieses Produkt weiter an Bedeutung.

Kurzfristig sieht der MLP-Konzern allerdings für den Vorsorgemarkt in Deutschland weiterhin Unsicherheiten. Vor allem die anhaltende europäische Schuldenkrise könnte weiterhin zu einer Zurückhaltung der Bürger beim Abschluss langfristiger Verträge führen.

Insgesamt wird sich der Vorsorgemarkt in Deutschland in Bezug auf Transparenz, Service und Produkte weiterentwickeln. Im Zuge der Einführung der neuen Unisex-Tarife Ende 2012 haben viele Versicherer ihre Produkte überarbeitet und ihre Preise neu kalkuliert. Hieraus ergibt sich ein erhöhter Beratungsbedarf. Der MLP-Konzern ist für die genannten Herausforderungen mit seinem Beratungskonzept sowie sehr gut ausgebildeten Beratern hervorragend positioniert. Aus heutiger Sicht erwartet der MLP-Konzern für den Bereich Altersvorsorge über die Anpassung an die neuen Unisex-Tarife hinaus im kommenden Geschäftsjahr keine nennenswerten Produktinnovationen.

Krankenversicherung

Auch wenn das GKV-Finanzierungsgesetz von 2011 das gesetzliche Krankenversicherungssystem entlastet und die gesetzlichen Krankenkassen konjunkturbedingt über hohe Überschüsse verfügen, werden die Überalterung der Bevölkerung und die damit verbundenen steigenden Kosten im Gesundheitswesen in der Zukunft weitere grundlegende Reformen nötig machen. Ob dies gelingt, wird von vielen Beteiligten des Gesundheitswesens bezweifelt. So äußern sich im aktuellen MLP Gesundheitsreport 60 % der Ärzte skeptisch, dass es die Politik schafft, längerfristig eine gute Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Mit 52 % glaubt zudem mehr als die Hälfte der Bürger nicht, so eine aktuelle Studie der Continental Versicherung, dass die GKV in ihrer heutigen Form auch in 20 Jahren noch finanzierbar sein wird.

Aufgrund der reduzierten Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung gehen wir nach wie vor davon aus, dass Versicherte auch in Zukunft verstärkt Alternativen suchen werden – sei es durch einen kompletten Wechsel in die private Krankenversicherung oder durch den Abschluss privater Zusatzversicherungen.

Um die komplexen Krankenversicherungsprodukte zu beurteilen, brauchen Kunden verstärkt qualitativ hochwertige Beratung. Hier sehen wir insbesondere durch unseren systematischen Produkt- und Partnerauswahlprozess großes Potenzial in den kommenden Jahren.

Zudem erwartet der MLP-Konzern, dass das Thema betriebliche Gesundheitsvorsorge – analog zur betrieblichen Altersvorsorge – in den kommenden Jahren sukzessive an Bedeutung gewinnt. Im Zuge des demografischen Wandels werden sich Unternehmen zunehmend der Herausforderung stellen müssen, ihre Belegschaft so lange wie möglich beschäftigungsfähig zu halten. Zudem müssen sie sich im „War for Talents“ stärker als zuvor als attraktiver Arbeitgeber positionieren. Eine Studie des Unternehmens Mercer stellt dazu fest, dass im Jahr 2010 in vielen europäischen Ländern die Ausgaben für betriebliche Gesundheitsleistungen stärker angestiegen sind als die Gehälter oder die Inflation. Dabei reicht die Palette der Maßnahmen von der Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsprävention über Sportprogramme und Stressmanagement bis zur Finanzierung von zusätzlichen Krankenversicherungsleistungen wie etwa Vorsorgeuntersuchungen, Auslandskrankenschutz oder stationären Zusatzversicherungen. Der MLP-Konzern bietet die betriebliche Gesundheitsvorsorge im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung an und wird sie im kommenden Jahr weiter ausbauen.

In 2013 wird die Debatte um eine adäquate Pflegeabsicherung durch die Einführung der staatlich geförderten privaten Pflegevorsorge noch an Bedeutung gewinnen. Wir gehen davon aus, dass im Zuge dessen auch das Problembewusstsein der Bevölkerung zunimmt, dass Pflegekosten ein Armutsrisiko darstellen. Für das Gros der Bürger ist deshalb, wie der aktuelle MLP Gesundheitsreport zeigt, mittlerweile unstrittig, dass eine private Eigenvorsorge für den Pflegefall notwendig ist.

Fast die Hälfte der Menschen (47 %) begrüßt laut MLP Gesundheitsreport die Einführung einer staatlich geförderten privaten Pflegezusatzversicherung, des so genannten Pflege-Bahr. Bei einer Eigenbeteiligung von mindestens 10 € zahlt der Staat 5 € pro Monat dazu. Wir erwarten

die Entwicklung einer Vielzahl neuer Produkte unterschiedlichster Leistungsstufen, verbunden mit einem erhöhten Beratungsbedarf von Seiten des Kunden.

Darüber hinaus rechnet der MLP-Konzern damit, dass die Versicherungsunternehmen der Empfehlung der Deutschen Aktuarvereinigung sukzessive folgen und den Rechnungszins auch für Neuverträge in der privaten Krankenversicherung von 3,50 % auf 2,75 % absenken werden. Dies wird zu Beitragsanpassungen führen.

Die hervorgehobene Rolle unabhängiger Berater bei der Vermittlung privater Krankenversicherungen bestätigt in diesem Jahr auch wieder der Vertriebswege-Survey der Unternehmensberatung Towers Watson. Mit einem Marktanteil von 42,7 % sind sie, nach den Ausschließlichkeitsvertretern, die nur eine einzige Gesellschaft vertreten, mittlerweile die zweitwichtigste Beratergruppe.

Wesentliche Änderungen, die über die Anpassung der Tarifwelt an die neuen Unisex-Voraussetzungen und den reduzierten Rechnungszins hinausgehen, erwarten wir im anstehenden Geschäftsjahr nicht.

Vermögensmanagement

Der Bedarf an qualitativ hochwertigem Vermögensmanagement wird langfristig steigen. Bis 2016 rechnet die Unternehmensberatung Boston Consulting Group in ihrer Studie „Global Wealth 2012“ damit, dass sich die globalen Vermögenswerte um rund 4 bis 5 % jährlich auf mehr als 150 Billionen US-Dollar steigern werden. Für Westeuropa geht die Studie von einem Wachstum der Vermögen in den kommenden Jahren um rund 2 % aus. Laut dem „World Wealth Report 2012“ von Capgemini und RBC Wealth Management ist die Zahl der „High Net Worth Individuals“ (HNWI), die über ein anlagefähiges Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar verfügen, in Deutschland im Jahr 2011 um 3 % auf 951.200 gestiegen. Insgesamt erwarten wir für Deutschland ein verhaltenes bis stagnierendes Marktwachstum in den kommenden Jahren.

Für die nächsten Jahre ist mit großen Konten- und Depotumschichtungen zu rechnen: Allein in Deutschland werden laut einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge bis zum Jahr 2020 rund 2,6 Billionen € bei den privaten Haushalten vererbt. Ein Zehntel der Erbschaften machen Sachwerte aus, 47 % Immobilien und 43 % Geldvermögen. Bei vielen institutionellen Investoren löst sich der durch die Schuldenkrise ausgelöste Anlage-Stau. Vermögen, das aufgrund der Unsicherheiten vorübergehend geparkt war, steht somit wieder zur Investition bereit. Aufgrund der Struktur und der Entwicklung unserer Kundenzielgruppe wird der MLP-Konzern von diesen Entwicklungen profitieren.

Durch die ganzheitliche Beratungsphilosophie des MLP-Konzerns für private und institutionelle Kunden sind wir zudem breit aufgestellt und gehen davon aus, auch in einem dynamischen Wettbewerbsumfeld langfristig unsere Bestandskunden zu halten und auszubauen sowie neue Kunden hinzugewinnen zu können.

Mit der neuen Vergütungsstruktur des MLP-Konzerns im Vermögensmanagement erfüllen wir bereits heute die wachsenden Anforderungen an Klarheit, Glaubwürdigkeit und Transparenz, die die Kunden an eine unabhängige und qualitativ hochwertige Finanzberatung stellen.

Der MLP-Konzern geht davon aus, dass das Vermögensmanagement auch in den kommenden Jahren einen signifikanten Anteil zu den Unternehmenserlösen beitragen wird. Für 2013 rechnet der MLP-Konzern damit, dass sich die Kapitalmärkte aufgrund der Reduzierung der systemischen Risiken weiter entspannen und somit zusätzliche Wachstumsimpulse für das Geschäftsfeld mit sich bringen werden.

Aufgrund des aktuellen Durchschnittsalters der MLP-Kunden von etwa 41 Jahren stellt auch der Kauf einer Immobilie für viele in den nächsten Jahren eine Option dar. Daraus ergibt sich für den

MLP-Konzern im Bereich der Immobilienfinanzierung Potenzial. Neben der klassischen Finanzierungsberatung und -vermittlung sehen wir zudem einen großen Beratungsbedarf bereits bei der generellen Kaufentscheidung, bei der Bewertung der Lage sowie den Zukunftsaussichten der Investition.

Wettbewerb und Regulierung

In den vergangenen Jahren hat die Regulierung der Finanzberatung deutlich zugenommen. Als unabhängiges Beratungshaus begrüßt der MLP-Konzern eine Verbesserung des Anlegerschutzes grundsätzlich, auch wenn einzelne Maßnahmen nicht zielführend sind. Diese Regulierungen spielen für die künftige Wettbewerbssituation und den weiteren Konsolidierungsprozess auf dem deutschen Markt für Finanzdienstleistungen eine entscheidende Rolle. Im Geschäftsjahr 2012 hat es diesbezüglich Veränderungen gegeben, von denen der MLP-Konzern auch 2013 und in den folgenden Jahren Auswirkungen auf seine Geschäftstätigkeit erwartet.

Generell sieht der Gesetzgeber vor, Verbraucher und Anleger nachhaltig zu schützen. Bereits 2011 wurde dazu das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz – kurz Anlegerschutzgesetz – auf den Weg gebracht. Es entfaltet seine Wirkung sukzessive und seine Auswirkungen werden den Markt auch in den kommenden Monaten und Jahren prägen. Die Regelungen dieses Gesetzes gelten für Institute wie den MLP-Konzern. Für das Jahr 2013 führt die Neuregelung konkret dazu, dass Anlageberater, Compliance-Beauftragte und Vertriebsverantwortliche ab Mai ihre Sachkunde nachweisen müssen. Diese Auflage erfüllt der MLP-Konzern bereits durch die etablierte Aus- und Weiterbildung an der CU.

Auch die Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagerechts wurde bereits 2011 auf den Weg gebracht. In der Folge müssen künftig auch gewerbliche Vermittler, die – anders als der MLP-Konzern – über keine Banklizenz verfügen, in der Beratung über offene und geschlossene Fonds ein umfangreiches Regelwerk einhalten. Dazu zählen Sachkundevorschriften, aber auch Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten, die allesamt ab dem 1. Januar 2013 gelten. Diese Änderungen werden das Geschäft für weniger qualitätsorientierte Anbieter erschweren und die Konsolidierung weiter vorantreiben.

In den Fokus der öffentlichen Diskussion ist in den vergangenen Jahren auch das Thema „Honorarberatung“ getreten. Das Bundesministerium für Finanzen veröffentlichte im November 2012 einen Referentenentwurf des „Gesetzes zur Förderung und Regulierung einer Honorarberatung über Finanzinstrumente“ – kurz Honoraranlageberatungsgesetz. Mit dem Gesetz sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine honorarbasierte Anlageberatung geschaffen werden. Diese soll den Kunden als alternatives Angebot zur provisionsbasierten Anlageberatung zur Verfügung stehen.

Der MLP-Konzern steht der Honorarberatung grundsätzlich offen gegenüber. Schon heute bietet der MLP-Konzern Honorarberatung in den Feldern an, in denen die Kunden einen entsprechenden Bedarf zeigen. Dazu zählen Teile der betrieblichen Vorsorge der Bereich Immobilien- oder Praxisfinanzierung und die Beratung bei Feri. Darüber hinaus erfüllt der MLP-Konzern mit der im Februar 2012 eingeführten neuen Vergütungsstruktur im Vermögensmanagement schon heute weite Teile der Anforderungen, die dieses Gesetz für Honoraranlageberater vorsieht. Unabhängig davon sind wir der Überzeugung, dass für die Qualität einer Beratung nicht die Art der Vergütung, sondern die Ausbildung der Berater, die Qualität der Produktauswahl und die Transparenz für den Kunden entscheidend sind.

Darüber hinaus ist für die kommenden Jahre die Umsetzung der europäischen Richtlinien Markets in Financial Instruments II (MiFiD II) und Insurance Mediation (IMD II) geplant. Für beide Neuregelungen liegen Vorschläge der EU-Kommission vor, die nun zunächst von den EU-Gremien diskutiert und verabschiedet werden müssen. Mit der Umsetzung in nationales Recht ist nicht vor 2015 zu rechnen.

Darüber hinaus plant die Regierung im Zuge des Altersvorsorge-Verbesserungsgesetzes für staatlich geförderte Altersvorsorge-Produkte wie die Riester-Rente einheitliche Produktinformationsblätter einzuführen, die unter anderem für den Verbraucher vergleichbare Kosteninformationen enthalten sollen. Der MLP-Konzern ist dieser Forderung bereits weit voraus: Im Zuge unserer permanenten Verbesserungen an unserem Partner- und Produktauswahlprozess haben wir unter anderem durch die Einführung von Chance-Risiko-Profilen für Altersvorsorgeprodukte sowie einer Bewertung von Versicherungsgesellschaften und -produkten mit der Umsetzung der künftigen Transparenzanforderungen an eine Finanzberatung bereits begonnen. (siehe auch Kapitel „Geschäftsmodell und Strategie“).

Mit dem Ziel einer stärkeren Bankenregulierung in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet die Finanzinstitute in Europa ab 2013 die schrittweise Einführung eines Reformpakets der bisherigen Regulierungsvorschriften. Diese Vorschläge des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel III) fordern unter anderem eine Aufstockung der Eigenmittelquote bis 2019. Damit sollen Geschäfte der Banken mit mehr Eigenkapital unterlegt werden, um mögliche Verluste besser abdecken zu können. Die derzeit auf europäischer Ebene geforderte Kernkapitalquote soll sukzessive bis zum 01. Januar 2019 weiter ansteigen. Als Institut mit Vollbanklizenz gelten diese Regelungen auch für die MLP Finanzdienstleistungen AG und damit auch für den MLP-Konzern.

Zusammengefasst schätzen wir die aktuelle Wettbewerbsposition des MLP-Konzerns und die Voraussetzungen für unser künftiges Wachstum als gut ein. Der MLP-Konzern hat sich durch nachhaltige Diversifizierung hervorragend aufgestellt und ist dadurch in der Lage, auch vorübergehend schwierige Teilmärkte mit der positiven Entwicklung in anderen Geschäftsfeldern auszugleichen. Durch die Position des MLP-Konzerns als unabhängiger Berater mit Vollbanklizenz heben wir uns zudem deutlich vom Markt ab.

Der MLP-Konzern hat mehrere Anforderungen, die der Gesetzgeber nun mit Regelwerken vorgibt, bereits umgesetzt. Dennoch entstehen durch neue Gesetzesvorgaben auch zusätzliche Kosten. Nicht zuletzt deshalb war unser erfolgreiches Effizienzmanagement sehr wichtig.

Potenziale ergeben sich für den MLP-Konzern zudem durch die Aufstellung als unabhängiger Finanz- und Vermögensberater. Im aktuellen Vertriebswegesurvey 2012 der Unternehmensberatung Towers Watson gehen die Branchenexperten beispielsweise davon aus, dass der Marktanteil der unabhängigen Vermittler im Bereich Altersvorsorge weiter steigen wird.

Voraussichtliche Geschäftsentwicklung

Auch in den kommenden drei Geschäftsjahren kann der MLP-Konzern kaum positive Impulse durch die konjunkturelle Entwicklung erwarten. Bedingt durch die europäische Schuldenkrise rechnen Forschungsinstitute mit einem moderaten Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts für 2013. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland dann weiter aufhellen.

In unseren Kernmärkten Altersvorsorge, Krankenversicherung sowie Vermögensmanagement bestehen neben der moderaten Wirtschaftsentwicklung weitere Herausforderungen. Denn für Verbraucher setzt eine Investitionsentscheidung – gerade bei langfristigen Sparprozessen – ein solides Zukunftsvertrauen voraus. Dieses Vertrauen wird allerdings sowohl durch die Finanzkrise, die im Jahr 2008 begann, als auch durch die aktuellen Diskussionen rund um Staatsverschuldung negativ beeinträchtigt. Hinzu kommt eine weiterhin hohe Volatilität an den Kapitalmärkten, die ebenfalls zu einer Verunsicherung der Anleger beiträgt. Insofern bleiben insbesondere in der Altersvorsorge die Marktbedingungen kurzfristig herausfordernd – trotz des hohen Vorsorgebedarfs.

Aufgrund des beschriebenen Marktumfelds erwartet der MLP-Konzern in der Altersvorsorge für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 stagnierende bis leicht rückläufige Erlöse und einen leichten Anstieg in 2015 im Vergleich zum Vorjahr. Auch in der Krankenversicherung rechnen wir 2013 mit einer Fortführung des Umsatzniveaus des Jahres 2012. In den Jahren 2014 und 2015 erwarten wir aus heutiger Sicht einen moderaten Umsatzanstieg in der Krankenversicherung – nicht zuletzt auch wegen der zunehmend guten Potenziale in der Pflegeabsicherung. Optimistisch sind wir für den Geschäftsverlauf im Vermögensmanagement. Aufgrund des bereits 2012 mandatierten Geschäfts von Feri in Luxemburg, das sich im Geschäftsjahr 2012 größtenteils erst ab dem zweiten Quartal in den Erlösen zeigte, sowie der Potenziale sowohl bei der Feri AG als auch in der MLP Finanzdienstleistungen AG rechnen wir für das Geschäftsjahr 2013 und die beiden Folgejahre mit einem Umsatzanstieg. Allerdings bestehen aufgrund des herausfordernden Marktumfelds Unsicherheiten in allen Beratungsfeldern.

Der MLP-Konzern hat seine Verwaltungskosten in den vergangenen Jahren deutlich gesenkt. Die mit Abschluss des Geschäftsjahres 2012 erreichte Basis bietet eine sehr gute Grundlage, auch unter schwierigen Marktbedingungen dauerhaft eine ausreichende Ertragskraft zu erzielen. In den kommenden Jahren werden wir unser kontinuierliches Effizienzmanagement fortsetzen, um die Verwaltungskosten weiterhin unter Kontrolle zu halten. Allerdings wird der MLP-Konzern bei Bedarf erhöhte Ausgaben tätigen – vor allem um wichtige Zukunftsinvestitionen vorzunehmen oder um durch einmalige Anschubkosten die Aufwendungen für die darauffolgenden Geschäftsjahre zu entlasten. Im Geschäftsjahr 2013 fallen rund 8 Mio. € temporäre Aufwendungen an, die ab den Folgejahren teilweise zu dauerhaften Erleichterungen führen.

Insgesamt rechnet der MLP-Konzern für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015 mit einem EBIT im Korridor zwischen 65 Mio. € und 78 Mio. €. Diese Spanne berücksichtigt die Unwägbarkeiten, die durch die nach wie vor schwierigen Marktbedingungen vor allem im Privatkundengeschäft bei der MLP Finanzdienstleistungen AG bestehen. Wegen der einmalig erhöhten Aufwendungen gehen wir davon aus, uns im Geschäftsjahr 2013 am unteren Ende des Korridors zu bewegen.

Auf Ebene des Einzelabschlusses sind zum jetzigen Zeitpunkt weder bei der Feri AG noch bei der MLP Finanzdienstleistungen AG maßgebliche Sondereffekte zu erwarten.

Nach Beschluss des Aufsichtsrates soll die von der MLP AG gehaltene Immobilie Forum 7, Heidelberg, in 2013 veräußert werden.

Die im Risikobericht dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Augenblick abgegebenen Prognosen haben.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine nennenswerten Ereignisse mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergeben.

Wiesloch, 25. Februar 2013

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Reinhard Loose

Manfred Bauer

Muhyddin Suleiman

Corporate Governance-Bericht – Erklärung zur Unternehmensführung

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex über die Corporate Governance des Unternehmens. Die nachfolgenden Ausführungen sind zugleich als Erklärung zur Unternehmensführung im Sinne des § 289a des Handelsgesetzbuches (HGB) zu verstehen.

Einhaltung Corporate Governance Kodex

Entsprechenserklärung im Wortlaut

„Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG erklären hiermit gemäß § 161 AktG, dass den Empfehlungen der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 15. Mai 2012 seit der letzten Entsprechenserklärung grundsätzlich entsprochen wurde. Nicht angewandt wurden lediglich die Empfehlungen aus den Ziffern 4.1.5, 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5, 5.1.2. Satz 2, 5.1.2 Satz 7, 5.4.1 Satz 2 und 5.4.1 Abs. 2 und 3.

Die genannten Abweichungen beruhen auf folgenden Gründen:

Ziff. 4.1.5 (Beachtung von Vielfalt bei Führungskräften)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Vorstand bei der Besetzung von Führungspositionen auf Diversity achten und dabei eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben.

Der Vorstand hat im laufenden Geschäftsjahr seine Bemühungen um Vielfalt bei der Besetzung von Führungspositionen verstärkt und strebt dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen im Unternehmen an. Der Vorstand der MLP AG hat bereits in der Vergangenheit Maßnahmen mit der Zielsetzung einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie getroffen. Er wird diese Maßnahmen auch im Geschäftsjahr 2013 weiter auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und gegebenenfalls notwendige Veränderungen vornehmen bzw. weitere Maßnahmen treffen, um unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation der Gesellschaft eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen des Unternehmens zu erreichen.

Die im Jahre 2012 im Auftrage des Vorstands aufgelegte Ist-Analyse zur Diversität bei den Führungskräften enthält weitergehende Arbeitsaufträge und sieht ein laufendes Reporting an den Vorstand vor. Da dieses Maßnahmenpaket noch nicht abschließend und konzernweit umgesetzt ist, genügt es noch nicht in jeder Hinsicht, um den Anforderungen der Ziffer 4.1.5 des Kodex voll zu entsprechen. Aus diesem Grunde erklärt MLP vorsichtshalber, von dieser Empfehlung auch im Geschäftsjahr 2013 – wie schon im Geschäftsjahr 2012 – noch abzuweichen.

Ziff. 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5 (Abfindungs-Cap)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Abschluss von Vorstandsverträgen darauf geachtet werden, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap). Wird der Anstellungsvertrag aus einem von dem Vorstandsmitglied zu vertretenden wichtigen Grund beendet, erfolgen keine Zahlungen an das Vorstandsmitglied. Für die Berechnung des Abfindungs-Caps soll auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr abgestellt werden. Eine Zusage für Leistungen aus Anlass der vorzeitigen Beendigung der

Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels (Change of Control) soll 150 % des Abfindungs-Caps nicht übersteigen.

MLP hat im Laufe des Geschäftsjahres 2011 die Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands vollständig auf ein neues Vergütungssystem umgestellt. Mit dieser Umstellung wird den vorgenannten Empfehlungen nun seitens der MLP entsprochen.

Eine Abfindungsregelung bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung ist hingegen nicht vorgesehen. Abfindungsregelungen bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung können vertragsrechtlich ohnehin nur eine Richtschnur geben, von der die Parteien jedoch jederzeit einvernehmlich abweichen könnten. Eine solche Regelung wäre aus diesem Grunde nicht mehr als ein Formalakt.

Daher wird MLP dieser Empfehlung im Jahr 2013 – wie schon im Jahr 2012 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.1.2 Satz 2 (Vielfalt bei Zusammensetzung des Vorstands)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat bei der Zusammensetzung des Vorstands auch auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben.

Der Aufsichtsrat der MLP AG strebt für die Zukunft eine noch intensivere Beachtung von Vielfalt und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Vorstandspositionen an. Der Aufsichtsrat berücksichtigt in seinen Auswahlverfahren gezielt auch die Bewerbungen geeigneter Frauen. Er wird sich im Geschäftsjahr 2013 weiter mit dieser Thematik befassen und gegebenenfalls notwendige Veränderungen an den bestehenden Auswahlprozessen vornehmen bzw. weitere Maßnahmen treffen, um anknüpfend an das vom Vorstand noch zu finalisierende konzernweite Gesamtkonzept zur Umsetzung der Empfehlung des Kodex gemäß Ziff. 4.1.5 (Beachtung von Vielfalt bei Führungskräften) unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation der Gesellschaft eine angemessene Berücksichtigung von Frauen auch im Vorstand des Unternehmens zu erreichen. Dessen ungeachtet beabsichtigt der Aufsichtsrat der MLP AG, seine Auswahlentscheidung auch in Zukunft vorrangig am Maßstab der persönlichen und fachlichen Qualifikation auszurichten.

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass der bislang erreichte Stand der Umsetzung noch nicht ausreicht, um den Anforderungen der Ziffer 5.1.2 Satz 2 des Kodex voll und ganz zu entsprechen. Aus diesem Grunde erklärt MLP vorsichtshalber, von dieser Empfehlung auch im Geschäftsjahr 2013 – wie schon im Geschäftsjahr 2012 – noch abzuweichen.

Ziff. 5.1.2 Satz 7 (Altersgrenze für den Vorstand)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll für die Vorstandsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2012 abgewichen. Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder ist nicht festgelegt. Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sollte sich ausschließlich an Kenntnissen, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen orientieren. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2013 – wie im Jahr 2012 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.1 Satz 2 (Altersgrenze für den Aufsichtsrat)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2012 abgewichen. Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht festgelegt. Angesichts der in Ziffer 5.4.1 Satz 1 des Kodex geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen erscheint die Festlegung einer Altersgrenze nicht als sinnvoll. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2013 – wie im Jahr 2012 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.1 Abs. 2 und 3 (Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte, die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder im Sinne von Nummer 5.4.2., eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen. Diese konkreten Ziele sollen insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Vorschläge des Aufsichtsrats an die zuständigen Wahlgremien sollen diese Ziele berücksichtigen. Die Zielsetzung und der Stand der Umsetzung sollen im Corporate Governance Bericht veröffentlicht werden.

MLP ist von dieser Empfehlung im Geschäftsjahr 2012 abgewichen. Der Aufsichtsrat der MLP AG hat sich in Sitzungen in den Geschäftsjahren 2010 und 2012 mit dem Thema einer konkreten Zielsetzung für die Besetzung des Aufsichtsrats unter besonderer Berücksichtigung von Vielfalt befasst. Der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich das Ziel gesetzt, bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung der vorhandenen Kandidaten mindestens 25 % der Mitglieder des Aufsichtsrats auf der Anteilseignerseite mit geeigneten weiblichen Mitgliedern zu besetzen. Die Festlegung eines konkreten Zeitplans für die Umsetzung der Zielsetzung erachtet der Aufsichtsrat mit Blick vornehmlich auf die satzungsgemäß geringe Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats derzeit jedoch nicht als sinnvoll. Eine Berichterstattung über etwaige konkrete Umsetzungsschritte zur Zielerreichung kann somit derzeit auch im Corporate Governance Bericht noch nicht erfolgen.

Aus diesem Grunde erklärt MLP, von dieser Empfehlung im Geschäftsjahr 2013 – wie auch bereits im Geschäftsjahr 2012 – abzuweichen.“

Im Dezember 2012 haben Vorstand und Aufsichtsrat die vorstehende Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung vom 13. Dezember 2012 können Sie im Wortlaut auch unter www.mlp-ag.de einsehen.

Mehr Informationen zum Thema Corporate Governance bei MLP finden Sie im auch auf der vorgenannten Homepage.

Corporate Governance

Verantwortungsbewusstes und wertschöpfendes Management

Durch die überwiegende Beachtung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 stärkt MLP fortlaufend das Vertrauen der Aktionäre, Kunden und Arbeitnehmer sowie der übrigen Interessengruppen in die Unternehmensführung.

Verantwortungsbewusstes, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtetes Management hat für uns einen hohen Stellenwert. Vorstand und Aufsichtsrat stehen dafür ein, dass MLP seine Corporate Governance konzernweit fortlaufend überprüft und weiterentwickelt.

Führungs- und Kontrollstruktur

Vorstand

Als Leitungsorgan einer Aktiengesellschaft führt der Vorstand die Geschäfte und ist im Rahmen der aktienrechtlichen Vorschriften an das Interesse und die geschäftspolitischen Grundsätze des Unternehmens gebunden. Die Kompetenzen und Pflichten des Vorstands sind im Aktiengesetz, in der Satzung der MLP AG sowie in einer Geschäftsordnung und dem dieser anliegenden Geschäftsverteilungsplan des Vorstands geregelt.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Entscheidungen des Vorstands werden grundsätzlich in regelmäßig stattfindenden Vorstandssitzungen getroffen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst und entsprechend protokolliert.

Mitglieder des Vorstands sind die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg (Vorstandsvorsitzender), Manfred Bauer, Reinhard Loose und Muhyddin Suleiman.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand. Die Kompetenzen und Pflichten des Aufsichtsrats ergeben sich aus dem Aktiengesetz, der Satzung der MLP AG und einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen mit den notwendigen Mehrheiten gefasst, welche durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich erfolgt die Beschlussfassung auch im Wege von Umlaufbeschlüssen oder fernmündlich. Über die Sitzungen wird jeweils eine Niederschrift gefertigt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat besteht derzeit aus sechs Mitgliedern, nämlich vier von der Hauptversammlung gewählten Vertretern der Anteilseigner sowie zwei von den Arbeitnehmern gewählten Arbeitnehmervertretern. Dem Aufsichtsrat gehören derzeit die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h.c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill, Hans Maret und Norbert Kohler sowie Frau Maria Bähr an.

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte, die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder, eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen.

Der Aufsichtsrat hat sich konkrete Ziele für seine Zusammensetzung gegeben. Insbesondere wurde im Geschäftsjahr 2012 ein Anforderungsprofil für Aufsichtsrats-Kandidaten verabschiedet, welches die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten, fachlichen Erfahrungen und persönlichen Eignungsmerkmale zusammenfasst. Des Weiteren wurden Feststellungen zur Anzahl der unabhängigen Mitglieder und der Beachtung der Vielfalt getroffen.

Der Aufsichtsrat verfügt bereits derzeit nach seiner Einschätzung über eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu Mitgliedern des Vorstands stehen, die einen Interessenkonflikt begründen könnte. Der Aufsichtsrat hat sich das Ziel gesetzt, auf der Anteilseigenseite mindestens drei Mitglieder des Aufsichtsrats zu haben, die „unabhängig“ im Sinne des § 100 Abs. 5 AktG sind. Dieses Ziel ist bereits jetzt erreicht. Der Aufsichtsrat hat sich des Weiteren das Ziel gesetzt, bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung mindestens 25 % der Mitglieder des Aufsichtsrats auf Anteilseigenseite mit geeigneten weiblichen Mitgliedern zu besetzen. Die Festlegung eines konkreten Zeitplans für die Umsetzung der Zielsetzung erachtet der Aufsichtsrat mit Blick vornehmlich auf die satzungsgemäß geringe Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats derzeit jedoch nicht als sinnvoll. Der Aufsichtsrat erörterte auch die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf die Rechnungslegung sowie interne Kontrollverfahren, die an die Mitglieder des Aufsichtsrats und an den Vorsitzenden des Bilanzprüfungsausschusses gestellt werden. Der Vorsitzende des Bilanzprüfungsausschusses der MLP AG erfüllt diese Anforderungen in vollem Umfang.

Effizienz des Aufsichtsrats

In Abwesenheit des Vorstands überprüfte der Aufsichtsrat im Jahr 2012 auch die Effizienz seiner eigenen Tätigkeit. Gegenstand der Effizienzprüfung waren insbesondere die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, der Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Im Rahmen einer intensiven und zielführenden Diskussion hat das Gremium weitere Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz erarbeitet.

Aufsichtsratsausschüsse

Der Aufsichtsrat der MLP AG hat Ausschüsse gebildet, um die Effektivität seiner Arbeit zu steigern. Der Personalausschuss bereitet die Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder mit der Gesellschaft vor. Der Bilanzprüfungsausschuss befasst sich mit der Überprüfung der Rechnungslegungsprozesse, des Risikomanagements sowie des Revisionssystems und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Gleiches gilt für die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer sowie für die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und Honorarvereinbarungen. Zudem berät der Ausschuss den Jahresabschluss, den Konzernabschluss sowie die Lageberichte der MLP AG und des MLP-Konzerns und spricht gegenüber dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Beschlussfassung aus. Der Aufsichtsrat hat auch einen Nominierungsausschuss gebildet, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge der Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt und sich mit den Anforderungen an diese Kandidaten beschäftigt. Mitglieder der drei vorgenannten Ausschüsse sind jeweils die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h.c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill und Hans Maret.

Corporate Governance im Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG befassten sich auch 2012 intensiv mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex und weiteren gesetzlichen Neuregelungen, die für die Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse von Bedeutung gewesen sind. Die am 15. Mai 2012 beschlossenen Änderungen des Kodex waren Gegenstand von Erörterungen im Aufsichtsrat. Dabei wurden die Änderungen analysiert und entsprechende Anpassungen in den internen Regularien und den Arbeitsabläufen des Aufsichtsrats angeregt bzw. deren Überprüfung erbeten.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Grundlage für eine transparente und verantwortungsvolle Unternehmensführung bildet ein intensiver Dialog zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Der Vorstand der MLP AG unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Lage des Konzerns einschließlich der Risikosituation, über das Risikomanagement und über Compliance. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Außerdem treffen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand zu regelmäßigen Gesprächen, in denen Einzelthemen erörtert werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats umfassend über die Inhalte seiner Gespräche mit dem Vorstand. Der Aufsichtsrat diskutierte mit dem Vorstand die Unternehmensplanung und die strategische Weiterentwicklung des Konzerns.

Wesentliche Rechtsgeschäfte des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung regelt insbesondere die Geschäftsverteilung, die Zustimmungsvorbehalte und die Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Weitere Einzelheiten über das Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Bericht des Aufsichtsrats enthalten.

Weitere Angaben zu der Tätigkeit des Aufsichtsrats können dem Bericht des Aufsichtsrats entnommen werden.

Transparenz

Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat zum Bilanzstichtag

Am 31. Dezember 2012 setzte sich der Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Aktienzahl 31.12.2011	Aktienzahl 31.12.2012
Dr. Peter Lütke-Bornefeld	50.000	75.000
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger ¹	25.205.534	25.383.373
Johannes Maret	100.000	100.000
Dr. Claus-Michael Dill	-	-
Maria Bähr	11.503	11.503
Norbert Kohler	94	94

¹inkl. Zurechnungen gemäß § 22 WpHG

Vorstandsmitglied	Aktienzahl 31.12.2011	Aktienzahl 31.12.2012
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	-	-
Manfred Bauer	11.254	11.254
Muhyddin Suleiman	-	-
Reinhard Loose	5.000	5.000

Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft (Directors' Dealings)

Directors' Dealings

Gemäß § 15a Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, diese Geschäfte dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen. Diese Pflicht gilt auch für Personen, die mit einer solchen Person in enger Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde uns zwei Transaktionen gemäß § 15a WpHG gemeldet, die Sie unserer Internetseite unter www.mlp-ag.de entnehmen können.

Compliance

Complianceregelungen

Verantwortungsbewusstes Handeln unter Beachtung aller relevanten Gesetze und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften ist integraler Bestandteil unserer Unternehmenskultur und bildet die Basis für das Vertrauen, das uns Kunden, Aktionäre und Geschäftspartner entgegenbringen. In Übereinstimmung mit den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex sorgt der Vorstand der MLP für die konzernweite Einhaltung der gesetzlichen und unternehmensinternen Bestimmungen und gewährleistet eine vertrauensvolle und transparente Unternehmensführung.

Die Grundprinzipien Gesetzestreue, Integrität und wirtschaftlich erfolgreiches Handeln sind fest in unseren internen Compliance-Leitlinien verankert. Unsere Compliance-Aktivitäten basieren auf einer konzernweiten Compliance-Strategie, die insbesondere durch präventive Maßnahmen Risiken aus der Nichteinhaltung von geltendem Recht, internen Standards und Prozessen verhindern soll. Im Fokus stehen dabei die Einhaltung der für uns relevanten gesetzlichen und unternehmensinternen Richtlinien sowie die Prävention und Bekämpfung illegaler Handlungen wie zum Beispiel Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Betrug oder sonstiges strafbares Verhalten. Im Interesse unserer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und von MLP unterstützt und berät Compliance den Vorstand dabei, einheitliche Standards für alle Konzernunternehmen zu schaffen. Compliance steuert die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer internen Verhaltensstandards und kontrolliert die Durchsetzung der internen und externen Anforderungen.

Auf Basis einer konzernweiten Gefährdungsanalyse identifiziert, analysiert und bewertet Compliance die für die Geschäftstätigkeit von MLP relevanten Compliance-Risiken und erarbeitet die Compliance-Strategie. Unter Berücksichtigung einer Änderung des Kreditwesengesetzes wurde im Geschäftsjahr 2012 im Rahmen der Gefährdungsanalyse ein Schwerpunkt auf die Identifizierung und Bewertung von Gefährdungspotenzial aus „sonstigen strafbaren Handlungen, die zu einem Vermögensschaden der MLP führen können“ gelegt. Erkannte Gefährdungspotenziale werden regelmäßig bewertet und die risikomindernden Maßnahmen sowie ihre Wirksamkeit in unserem Tagesgeschäft kontinuierlich überwacht. Die Ergebnisse der Gefährdungsanalyse fließen in die jährliche Inventur operationeller Risiken innerhalb des MLP-Konzerns ein.

Ein wichtiger Baustein unserer Präventionsmaßnahmen sind regelmäßige Schulungen, in denen alle Mitarbeiter des MLP-Konzerns mit den relevanten Vorschriften vertraut gemacht werden, um sie vor Regelverstößen zu bewahren und bei der Anwendung unserer Unternehmensleitlinien zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere webbasierte Trainings zu Compliance und der Vermeidung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und strafbaren Handlungen. Compliance steht allen Mitarbeitern zudem als Ansprechpartner für

Verdachtsmeldungen im Hinblick auf kriminelle Handlungen oder Verstöße gegen die Compliance-Regelungen zur Verfügung. Festgestellte Regelverstöße werden unverzüglich untersucht, umfassend aufgeklärt und genutzt, um identifizierte Schwachstellen zu beheben. Vorstand und Aufsichtsrat werden regelmäßig über alle relevanten Sachverhalte und die durch Compliance ergriffenen Maßnahmen informiert.

Ein umfassendes Regelwerk zur Compliance im MLP-Konzern erläutert unseren Organmitgliedern wie Mitarbeitern die gesetzlichen Vorschriften zum Insiderrecht und beschreibt die internen Leitlinien für die Ausführung ihrer Anlagegeschäfte. Die Compliance-Leitlinien dienen dabei auch der Sicherstellung des verantwortungsbewussten Umgangs mit sensiblen Informationen bei MLP und geben unseren Mitarbeitern den rechtlichen Rahmen für die Annahme und Gewähr von Einladungen und Geschenken vor. Um einer Beeinträchtigung von Kundeninteressen vorzubeugen, haben wir Grundsätze zur Vermeidung und Überwachung von Interessenkonflikten sowie zur Annahme und Gewähr von Zuwendungen erlassen, die wir regelmäßig überprüfen und an veränderte Bedürfnisse anpassen.

Unternehmensführungspraktiken

Definierte Unternehmenswerte

Unter Einbeziehung einer Vielzahl der Mitarbeiter und Berater hat MLP vor einigen Jahren seine Kernwerte definiert. Dabei wurden „Leistung“ und „Vertrauen“ als Werte identifiziert, auf denen das Unternehmensleitbild aufbaut. Dieses findet sich im Kapitel „Unser Selbstverständnis“ des Geschäftsberichtes. In einem dritten Schritt sind daraus die folgenden Führungsgrundsätze für MLP entstanden.

MLP-Führungskräfte:

- verpflichten sich den Interessen der MLP-Kunden
- leben die Kernwerte „Leistung“ und „Vertrauen“
- setzen vereinbarte Ziele und Entscheidungen konsequent um
- gestalten die Zukunft proaktiv
- arbeiten offen und teamorientiert zusammen
- sorgen für eine systematische Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

Als Beitrag zur Diskussion über die Qualität der Finanzberatung in Deutschland hat MLP im Jahre 2009 einen Beratungskodex als Leitlinie für die Kundenberatung vorgestellt. Dieser Kodex fasst die zum Teil seit mehreren Jahren geltenden Beratungs- und Betreuungsstandards bei MLP zusammen. Ziel ist es, die Transparenz gegenüber Kunden, Interessenten und Öffentlichkeit weiter zu erhöhen. Sämtliche Leitlinien beruhen auf den MLP-Unternehmenswerten; sie prägen die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Beratern sowie zu sämtlichen Stakeholdern. Die Leitlinien finden sich im Kapitel „Leitlinien zur Beratung und Betreuung von Privatkunden“ des Geschäftsberichtes und sind auf unserer Unternehmenswebsite unter www.mlp-ag.de veröffentlicht.

Der Vorstand hat – entsprechend der Empfehlung des Corporate Governance Kodex in Ziffer 4.1.5. – seine Bemühungen um Vielfalt bei der Besetzung von Führungspositionen weiter verstärkt. Auch im Geschäftsjahr 2013 wird er die festgelegten Maßnahmen weiter auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und gegebenenfalls notwendige Veränderungen vornehmen bzw.

weitere Maßnahmen treffen, um unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen zu erreichen.

Eine Erläuterung der Geschäfts- und der Risikostrategie sowie des Risikomanagements finden sich im Kapitel „Risiko- und Offenlegungsbericht“ des Geschäftsberichtes.

Informationen

Die Aktionäre sind gesetzlich an grundlegenden Entscheidungen der MLP AG wie Satzungsänderungen oder der Ausgabe neuer Aktien beteiligt. Um die Aktionäre bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, bietet ihnen MLP an, Stimmrechte schriftlich durch von der Gesellschaft benannte weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter oder per Briefwahl auszuüben. Über alle wesentlichen Inhalte der Hauptversammlung berichten wir auf unserer Website www.mlp-ag.de. Die Rede des Vorstandsvorsitzenden kann dort online abgerufen werden.

Information aller Zielgruppen

Zur umfassenden, gleichberechtigten und zeitnahen Information aller Zielgruppen über die Lage sowie wesentliche Veränderungen des Unternehmens setzen wir auch das Internet ein. Auf unserer Homepage www.mlp-ag.de bieten wir – in Deutsch und Englisch – Zugriff auf Geschäfts- und Quartalsberichte, Pressemitteilungen, Telefonkonferenzen und Präsentationen. Unser Finanzkalender informiert über die für den Kapitalmarkt relevanten Termine. Mindestens einmal im Jahr veranstalten wir Analysten- und Medienkonferenzen. Ad-hoc-Mitteilungen veröffentlichen wir gemäß den gesetzlichen Anforderungen auf unserer Website. Dort informieren wir zudem umfassend über die Corporate Governance bei MLP. Unsere Entsprechenserklärung halten wir für mindestens fünf Jahre auf unserer Homepage zugänglich.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Konzernrechnungslegung erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurde von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählt und hat den Konzernabschluss 2012 geprüft sowie den verkürzten Abschluss und den Zwischenlagebericht im Jahr 2012 einer prüferischen Durchsicht unterzogen (§§ 37w Abs. 5, 37y Nr. 2 WpHG). Der Aufsichtsrat hat sich vergewissert, dass die bestehenden Beziehungen zwischen den Abschlussprüfern und MLP oder ihren Organen keine Zweifel an der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers begründen. Der Aufsichtsrat der MLP AG erörtert dabei nicht nur den Jahres- und den Konzernjahresabschluss, sondern auch gemeinsam mit dem Vorstand, die Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte vor deren jeweiliger Veröffentlichung.

Jahresabschluss

JAHRESABSCHLUSS	58
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 2012	59
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012	60
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012	62
Allgemeine Angaben	62
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	66
Erläuterungen zur Bilanz	69
Sonstige Angaben	76

Gewinn- und Verlustrechnung für 2012

Alle Angaben in T€

	Anhang	2012	2011
1. Sonstige betriebliche Erträge	[1]	11.581	11.764
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	[2]	-4.617	-6.952
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 959 T€ (Vorjahr: 1.206 T€)	[2]	-1.057	-1.333
3. Abschreibungen	[3]		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-4.326	-4.371
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	[4]	-9.953	-10.682
5. Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit		-8.372	-11.574
6. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 0 T€ (Vorjahr: 2.268 T€)	[5]	-	2.268
7. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	[5]	73.530	53.848
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	[5]	-	103
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 94 T€ (Vorjahr: 222 T€)	[5]	2.735	2.752
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	[5]	-	-151
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 13 T€ (Vorjahr: 18 T€)	[5]	-943	-2.190
12. Finanzergebnis		75.322	56.630
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		66.950	45.056
14. Außerordentliche Aufwendungen	[6]	-231	-231
15. Außerordentliches Ergebnis		-231	-231
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[7]	-17.888	-15.936
17. Sonstige Steuern		-139	-134
18. Jahresüberschuss		48.691	28.755
19. Gewinnvortrag			
a) Bilanzgewinn Vorjahr		64.727	32.363
b) Dividendenausschüttung		-64.727	-32.363
20. Einstellungen / Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		-	35.972
21. Bilanzgewinn		48.691	64.727

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2012	2011
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	[8]		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		-	0
II. Sachanlagen	[8]		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		48.552	51.675
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		4.442	5.484
		52.994	57.158
III. Finanzanlagen	[9]		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		229.437	199.437
2. Wertpapiere des Anlagevermögens		10.003	10.003
		239.440	209.440
		292.434	266.598
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	[10]	75.310	55.599
2. Sonstige Vermögensgegenstände	[11]	7.378	6.319
		82.688	61.919
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	[12]	43.316	105.891
		126.004	167.810
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		109	222
D. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHUNG	[13]	418	77
		418.964	434.707

Passiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2012	2011
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	[14]		
Stammstückaktien		107.878	107.878
II. Kapitalrücklage	[15]	134.525	134.525
III. Gewinnrücklagen	[17]		
1. Gesetzliche Rücklage		3.097	3.097
2. Andere Gewinnrücklagen		105.824	105.824
		108.921	108.921
IV. Bilanzgewinn	[18]	48.691	64.727
		400.015	416.051
B. RÜCKSTELLUNGEN	[19]		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.241	7.775
2. Steuerrückstellungen		2.990	1.035
3. Sonstige Rückstellungen		3.254	5.849
		14.486	14.659
C. VERBINDLICHKEITEN	[20]		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		306	954
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		2.040	2.030
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern 655 T€ (Vorjahr: 235 T€)		2.118	1.013
		4.463	3.997
		418.964	434.707

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Angaben

Angaben zur Gesellschaft

Die MLP AG hat ihren satzungsmäßigen Sitz in Wiesloch, mit der Adresse Alte Heerstr. 40, 69168 Wiesloch. Sie ist unter der Nummer HRB 332697 im Handelsregister Mannheim eingetragen. Gegenstand der Gesellschaft ist die Leitung einer Unternehmensgruppe, die in den Bereichen der Beratung und Vermittlung von Finanz- und ähnlichen Dienstleistungen aller Art tätig ist. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden, Schätzungen und Annahmen

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Beträge der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sowie die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres beeinflussen können.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff., 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. von § 267 Abs. 3 HGB.

Die dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 zugrunde liegenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden unverändert zum Vorjahr beibehalten.

Die Bilanz wird nach dem in § 266 HGB kodifizierten Gliederungsschema erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB sowie mit Ergänzungen durch § 277 Abs. 3 HGB für die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen aufgestellt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Zwischen der MLP AG (Organträger) einerseits und der MLP Finanzdienstleistungen AG, der TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen, der Feri AG, der Feri Trust GmbH, der Feri EuroRating Services AG, der Feri Institutional & Family Office GmbH und der Feri Investment Services GmbH besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Der Steueraufwand wird daher, soweit er auf den Zeitraum der Organschaft entfällt, nur auf Ebene des Organträgers ermittelt und ausgewiesen. Steuern, die auf Zeiträume vor Bestehen der Organschaft entfallen, werden auf Ebene der jeweiligen Gesellschaft ausgewiesen. Es werden keine Steuerumlagen vorgenommen.

Die Wertangaben in den tabellarischen Darstellungen werden grundsätzlich in Tausend-Euro-Beträgen (T€) dargestellt. Abweichungen von dieser Darstellungsweise werden direkt bei den einzelnen Tabellen vermerkt. Sowohl Einzel- als auch Summenwerte stellen den Wert mit der

kleinsten Rundungsdifferenz dar. Bei Additionen der dargestellten Einzelwerte können deshalb Differenzen zu den ausgewiesenen Summen auftreten.

Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für einzelne Bilanzposten

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren wesentlich die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Anschaffungskosten enthalten neben Anschaffungsnebenkosten jeweils den nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Teil der auf die Zugänge entfallenden und in Rechnung gestellten Umsatzsteuer.

Die Abschreibungen werden entsprechend der voraussichtlichen bzw. betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear über folgende Zeiträume vorgenommen:

Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5 Jahre
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
Verwaltungsgebäude	25–33 Jahre
Außenanlagen	15–25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Raumausstattungen	10–25 Jahre
EDV-Hardware / EDV-Verkabelung	3–13 Jahre
Büroeinrichtungen / Büromaschinen	8, 10–13 Jahre

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen pro rata temporis.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 € werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst. Selbstständig nutzbare Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungskosten vermindert um den darin enthaltenen Vorsteuerbetrag 150 €, nicht aber 1.000 € netto übersteigen, werden unabhängig von Wertminderungen, Veräußerungen oder Entnahmen der Wirtschaftsgüter einheitlich über 5 Jahre mit jeweils 20 % abgeschrieben.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert bzw. mit dem Barwert angesetzt. Soweit erforderlich werden alle risikobehafteten Posten wertberichtigt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB aus der Saldierung von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind. Solche Vermögensgegenstände stellen Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB dar. Bei den Vermögenswerten handelt es sich um Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung von Deckungsvermögen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 zum beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte unwiderruflich zugeteilte Überschussbeteiligung). Die Verbuchung der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt unter Anwendung der Bruttomethode.

Mit Inkrafttreten des BilMoG werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrag angesetzt. Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus dieser Änderung der Rückstellungsbilanzierung ergebende Zuführungsbetrag über den Höchstzeitraum von 15 Jahren gleichmäßig verteilt. Er ist im Geschäftsjahr 2012 zu 1/15 als außerordentlicher Aufwand gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB erfasst.

Die Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags der Pensionsverpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G). Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Bewertung der Rückstellung berücksichtigt. Für unverfallbar ausgeschiedene Pensionsberechtigte oder nach Eintritt des Versorgungsfalles wird als Berechnungsmethode der Barwert der künftigen Pensionsleistungen angewendet. Bei aktiven Versorgungsanwärtern wird das Teilwertverfahren verwendet. Es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsdeckungsverfahren. Der Teilwert ergibt sich durch die Differenz zwischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Ende des Geschäftsjahres und dem Barwert der gleich bleibenden Jahresbeträge für die Pensionsberechtigten vor Beendigung des Dienstverhältnisses. Als Rechnungszins wird unter Anwendung des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet.

Für einen Teil der leistungsorientierten Pensionszusagen wurden Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen. Die Rückdeckungsversicherungen stellen Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB dar und werden demnach mit den betreffenden Pensionsrückstellungen saldiert. Sofern das jeweilige Deckungsvermögen die betreffende

Pensionsrückstellung übersteigt, wird der aktivische Überhang unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. In der GuV erfolgt entsprechend die Saldierung der im Finanzergebnis auszuweisenden Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung von Pensionsverpflichtungen und des zu verrechnenden Deckungsvermögens gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung für ihre Erfüllung notwendig ist. Die sonstigen Rückstellungen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre entsprechend ihrer Restlaufzeit abgezinst.

Die Ermittlung der latenten Steuern wird seit dem Geschäftsjahr 2010 nach dem bilanzorientierten Ansatz (temporary-Konzept) vorgenommen. Dies sieht eine Betrachtung der Buchwertdifferenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie deren steuerlichen Wertansätzen für temporäre und quasi-permanente Differenzen vor.

Für die Bewertung der latenten Steuern wurde der kombinierte Steuersatz von 28,98 % (Vorjahr: 29,25 %) zugrunde gelegt. Passive latente Steuern aus dem aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung und aus Pensionsrückstellungen werden von aktiven latenten Steuern auf Rückdeckungsvermögen überkompensiert. Weitere aktive latente Steuern resultieren aus der unterschiedlichen Abschreibungshöhe bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten sowie Unterschieden bei der Forderungsbewertung. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde der nach Saldierung entstehende Überhang aktiver Steuerlatenzen nicht bilanziert.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

[1] Sonstige betriebliche Erträge

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Mieterträge und Nebenkosten	9.085	9.522
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.500	428
Konzernumlagen	766	794
Gewinne aus dem Abgang von Wertpapieren	-	894
Sonstige	229	125
	11.581	11.764

Die Mieterträge und Nebenkosten betreffen im Wesentlichen die Erträge aus der Vermietung des Verwaltungsgebäudes in Wiesloch an die MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch. Die Konzernumlagen umfassen weiterbelastete Kosten an die MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch.

[2] Personalaufwand

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Löhne und Gehälter	4.617	6.952
Soziale Abgaben	98	127
Aufwendungen für Altersversorgung	959	1.206
	5.674	8.285

Die Löhne und Gehälter umfassen neben den festen und variablen Vergütungsbestandteilen der Mitarbeiter auch Aufwendungen für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl, ermittelt gemäß § 267 Abs. 5 HGB, betrug für das Geschäftsjahr 2012 8 Mitarbeiter (Vorjahr: 12 Mitarbeiter).

[3] Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1
Sachanlagen	4.326	4.370
	4.326	4.371

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist in Anhangangabe 8 dargestellt.

[4] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Verwaltungsbetrieb	1.571	1.438
Beratung	1.384	856
Konzernumlagen	1.271	1.220
Instandhaltung	829	1.393
Fremdleistungen	776	667
Vergütung Aufsichtsrat	613	617
Versicherungsbeiträge	600	598
EDV-Betrieb	427	400
Sonstige Personalkosten	407	412
Übrige	2.075	3.081
	9.953	10.682

Der Posten Verwaltungsbetrieb umfasst Aufwendungen für den Betrieb der Verwaltungsgebäude sowie Telefon- und Bürokosten. Die Beratungsaufwendungen beinhalten allgemeine Beratungs- sowie Rechts- und Steuerberatungskosten. Die Konzernumlagen betreffen Kosten für von der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch erbrachte Dienstleistungen im Rahmen der Auslagerung betrieblicher Funktionen. Die Fremdleistungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Bewachung der Verwaltungsgebäude.

[5] Finanzergebnis

Die im Vorjahr ausgewiesenen Erträge aus Beteiligungen betreffen die letztmalige Dividendenausschüttung der Feri AG für das Geschäftsjahr 2010.

Aus dem 2011 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und der Feri AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr von der Feri AG ein Gewinn in Höhe von 4.726 T€ (Vorjahr: 19.713 T€) abzuführen. Gemäß Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr von der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Gewinn in Höhe von 68.804 T€ (Vorjahr: 34.135 T€) abzuführen.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge betreffen im Wesentlichen Zinserträge aus Festgeldanlagen, Erträge aus der Aufzinsung des Körperschaftsteuerguthabens sowie Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 168 T€ (Vorjahr: 189 T€). Der Ausweis des Vorjahres betrifft zudem mit 711 T€ Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für Zinsswaps. Die enthaltenen Beträge aus verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung von Verrechnungskonten.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen mit 787 T€ (Vorjahr: 727 T€) auf den Zinsaufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sowie mit 98 T€ (Vorjahr: 0 T€) auf die Aufzinsung sonstiger Rückstellungen.

[6] Außerordentliche Aufwendungen

Aus der Anwendung von Art. 66 und Art. 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) resultieren außerordentliche Aufwendungen aus der Umbewertung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 231 T€ (Vorjahr: 231 T€).

[7] Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Für das laufende Geschäftsjahr entfallen 9.061 T€ auf Körperschaftsteuer (Vorjahr: 4.381 T€) und 7.964 T€ auf Gewerbesteuer (Vorjahr: 4.241 T€). Die Veränderung der Steuerquote resultiert aus Sachverhalten im Rahmen der steuerlichen Organschaft im MLP-Konzern.

Erläuterungen zur Bilanz

[8] Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€

	1.1.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	27	-	-	27
	27	-	-	27
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.637	108	-	89.744
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.436	57	47	20.446
	110.073	165	47	110.190
	110.100	165	47	110.217

Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	1.1.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	27	0	-	27
	27	0	-	27
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.962	3.231	-	41.192
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.953	1.095	44	16.004
	52.915	4.326	44	57.196
	52.941	4.326	44	57.223

Buchwerte

Alle Angaben in T€

	31.12.2012	31.12.2011
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-	0
	-	0
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	48.552	51.675
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.442	5.484
	52.994	57.158
	52.994	57.159

[9] Finanzanlagen

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€

	1.1.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2012
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	200.420	30.000	-	230.420
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	10.003	-	-	10.003
	210.423	30.000	-	240.423

Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	1.1.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2012
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	984	-	-	984
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-
	984	-	-	984

Buchwerte

Alle Angaben in T€

	31.12.2012	31.12.2011
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	229.437	199.437
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	10.003	10.003
	239.440	209.440

Der Anstieg der Anteile an verbundenen Unternehmen um 30.000 T€ resultiert aus der im Berichtsjahr erfolgten Kapitalerhöhung an die MLP Finanzdienstleistungen AG durch die MLP AG.

Die Tochtergesellschaft der MLP Finanzdienstleistungen AG, die MLP Private Finance plc., London, Großbritannien, wurde im ersten Quartal 2012 liquidiert.

Der Posten Wertpapiere des Anlagevermögens enthält eine variabel verzinsliche Schuldverschreibung eines inländischen Kreditinstitutes mit einer ursprünglichen Laufzeit von zwei Jahren in Höhe von 10.003 T€ (Vorjahr: 10.003 T€). Der beizulegende Zeitwert beträgt 10.007 T€ (Vorjahr: 9.998 T€). Die Schuldverschreibung ist am 30. Dezember 2013 fällig.

[10] Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Der Posten beinhaltet größtenteils Forderungen gegen die MLP Finanzdienstleistungen AG und die Feri AG im Zusammenhang mit den zwischen diesen Gesellschaften und der MLP AG bestehenden Ergebnisabführungsverträgen.

[11] Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben in Höhe von 2.495 T€ eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr: 1.581 T€). Der Posten beinhaltet Ertragsteuerforderungen/-erstattungsansprüche in Höhe von 7.302 T€ (Vorjahr: 5.952 T€), darin enthalten ist das Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 3.125 T€ (Vorjahr: 2.210 T€), das aufgrund gesetzlicher Vorgaben in 2006 mit dem Barwert in Höhe von 5.020 T€ zu aktivieren war. Die Veränderung resultiert aus der in 2008 begonnenen, über 10 Jahre linear zu verteilenden Rückzahlung des Guthabens. Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr durch eine Korrektur der Abzinsung der ausgewiesene Barwert angepasst. Das noch verbleibende Guthaben wird jährlich unter Verwendung eines fristadäquaten risikolosen Zinssatzes diskontiert.

[12] Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Alle Angaben in T€

	31.12.2012	31.12.2011
Kassenbestand, Guthaben Kontokorrent	13.316	891
Festgeldanlagen	30.000	105.000
	43.316	105.891

Die Festgeldanlagen sind bei einem inländischen Kreditinstitut angelegt.

[13] Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Aus der Saldierung von Pensionsrückstellungen mit verpfändetem Deckungsvermögen je versorgungsberechtigter Person resultiert ein aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe 418 T€ (Vorjahr: 77 T€). Ein passivischer Überhang in Form einer Pensionsrückstellung resultiert aus der Saldierung nicht mehr (Vorjahr: 213 T€).

Angaben zur Verrechnung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB:

Alle Angaben in T€	31.12.2012	31.12.2011
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	5.665	5.003
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	6.083	4.832
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	6.083	4.866
Verrechnete Aufwendungen	1.494	1.462
Verrechnete Erträge	1.217	1.217

Die verrechneten Aufwendungen enthalten Aufwendungen aus der Aufzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen sowie Beitragszahlungen für Rückdeckungsversicherungen. Die verrechneten Erträge beinhalten Erträge aus der Veränderung des Deckungsvermögens sowie erhaltene Leistungszahlungen aus Rückdeckungsversicherungen.

[14] Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich aus 107.877.738 (31. Dezember 2011: 107.877.738) Stammstückaktien der MLP AG zusammen.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 19. Mai 2015 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals gegen Bar- oder Sacheinlagen um bis zu 22.000.000 € zu erhöhen.

[15] Kapitalrücklage

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Stand 1. Januar	134.525	134.525
Zuführung	-	-
Stand 31. Dezember	134.525	134.525

[16] Eigene Anteile

Die Hauptversammlung vom 10. Juni 2011 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 9. Dezember 2013 durch ein- oder mehrmaligen Rückkauf Aktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 10.787.773 € zu erwerben. Der Erwerb ist auch unter Einsatz von Eigenkapitalderivaten möglich. Die von der Hauptversammlung am 20. Mai 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist damit gleichzeitig aufgehoben worden. Bisher wurde von diesem Vorratsbeschluss kein Gebrauch gemacht.

[17] Gewinnrücklagen

Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Stand 1. Januar	105.824	141.796
Einstellung/Entnahme für eigene Anteile	-	-
Entnahme für Dividende	-	-35.972
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	-	-
Stand 31. Dezember	105.824	105.824

[18] Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich aufgrund der Dividendenausschüttung und des Jahresüberschusses 2012 wie folgt:

Alle Angaben in T€

	2012	2011
Bilanzgewinn zum 1. Januar	64.727	32.363
Dividendenausschüttung	-64.727	-32.363
Entnahme aus Gewinnrücklage	-	35.972
Einstellung in Gewinnrücklage	-	-
Jahresüberschuss	48.691	28.755
Bilanzgewinn zum 31. Dezember	48.691	64.727

Ausschüttungssperre

Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 entsprechen dem beizulegenden Zeitwert. Es handelt sich bei den Vermögenswerten um verpfändete Rückdeckungsversicherungen. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände

und aktive latente Steuern sind nicht aktiviert. Damit ergeben sich keine potenziell ausschüttungsgesperrten Gewinne.

[19] Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich auf 8.241 T€ (Vorjahr: 7.775 T€). Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen werden zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen mit jeweils 1,8 % (Vorjahr: 2,0 % bzw. 1,8 %) berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich zum 31.12.2012 auf 5,05 % (Vorjahr: 5,14 %). Bestehendes Deckungsvermögen in Form von Rückdeckungsversicherungen wird mit den betreffenden Pensionsverpflichtungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Die aufgrund der Anwendung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2012 auf 2.773 T€ (Vorjahr: 3.004 T€).

Die Steuerrückstellungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr mit insgesamt 2.990 T€ (Vorjahr: 1.035 T€) zu dotieren. Davon entfallen 1.820 T€ (Vorjahr: 490 T€) auf Körperschaft- und 1.170 T€ (Vorjahr: 545 T€) auf Gewerbesteuer.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen im Personalbereich, unter anderem für variable Vergütungen und Urlaubsansprüche, in Höhe von 2.374 T€ (Vorjahr: 3.467 T€) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 404 T€ (Vorjahr: 1.710 T€).

[20] Verbindlichkeiten

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	306	306	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.040	2.040	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten	2.118	2.118	-	-	0	-
	4.463	4.463	-	-	0	-

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	954	954	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.030	2.030	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten	1.013	1.013	-	-	0	-
	3.997	3.997	-	-	0	-

Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden je Gesellschaft zusammengefasst und in einer Summe als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der MLP Consult GmbH, Wiesloch. Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Tantiemезahlungen für Mitglieder des Vorstands sowie Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

Sonstige Angaben

[21] Ergebnisabführungsverträge

Am 18. April 2007 wurde zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Ergebnisabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG erfolgte am 31. Mai 2007 und am 2. Mai 2007. Die Eintragung in das für die MLP Finanzdienstleistungen AG zuständige Handelsregister wurde am 13. Juni 2007 vorgenommen.

Am 19. April 2011 wurde zwischen der MLP AG und der Feri AG ein Gewinnabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der Feri AG erfolgte am 10. Juni 2011 und am 8. Juni 2011. Die Eintragung in das für die Feri AG zuständige Handelsregister wurde am 18. Juli 2011 vorgenommen.

Am 16. April 2012 wurde zwischen der MLP AG und der Feri AG ein Beherrschungsvertrag nach § 293 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der Feri AG erfolgte am 26. Juni 2012 und am 16. Mai 2012. Die Eintragung in das für die Feri AG zuständige Handelsregister wurde am 30. Juli 2012 vorgenommen.

[22] Auslagerung von betrieblichen Funktionen

Die MLP AG hat betriebliche Funktionen aus Kostengesichtspunkten an die MLP Finanzdienstleistungen AG ausgelagert. Betroffen sind Dienstleistungen für Finanzbuchhaltung, Rechnungswesen, Recht, Steuern, Personalwesen, Einkauf und Hausverwaltung.

[23] Außerbilanzielle Geschäfte

Die MLP AG hat Operating-Leasingverträge für Fahrzeuge abgeschlossen. Die Laufzeit der Verträge liegt bei durchschnittlich vier Jahren. Aus den Verträgen resultieren folgende Verpflichtungen:

Alle Angaben in T€

	2013	2014	> 2014	Summe
Kfz-Leasing	47	31	4	82

[24] Sonstige nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

Alle Angaben in T€

	2013	2014	> 2014	Summe
Bestellobligo	390	0	0	390
Sonstige Mieten	1	0	0	1
	391	0	0	391

Darüber hinaus gab es keine weiteren sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

[25] Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag besteht unverändert zum Vorjahr eine gesamtschuldnerische Haftung der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG für die seitens mehrerer Kreditinstitute beiden Gesellschaften gewährte Barkreditlinie von 20.000 T€. Zum 31. Dezember 2012 ist diese Kreditlinie nicht in Anspruch genommen worden.

Im Rahmen von § 2a Abs. 6 KWG hat sich die MLP AG durch eine harte Patronatserklärung gegenüber der MLP Finanzdienstleistungen AG verpflichtet, der MLP Finanzdienstleistungen AG unverzüglich Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 2 Satz 1 KWG bis zu dem für die MLP Finanzdienstleistungen AG auf Einzelinstitutsebene erforderlichen Maß auszustatten. MLP rechnet aufgrund der derzeitigen bestehenden Eigenmittelausstattung sowie der derzeitigen Risikosituation der MLP Finanzdienstleistungen AG nicht mit einer finanziellen Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Es besteht eine Freistellungserklärung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. zugunsten der MLP Finanzdienstleistungen AG. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme.

Die MLP AG bürgt gesamtschuldnerisch für die Verpflichtungen aus dem zwischen der MLP Private Finance Limited und Towry Law geschlossenen Kaufvertrag. Nach derzeitigem Stand besteht ein maximales Risiko in Höhe von 1 Million britische Pfund. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Mit Datum vom 15. April 2011 hat MLP den gemäß Kaufvertrag noch vorläufigen Kaufpreis zuzüglich Zinsen zum Kauf der restlichen Anteile an der Feri AG vollständig beglichen. Die Vorläufigkeit dieser Kaufpreiszahlung resultierte zum damaligen Zeitpunkt aus der noch nicht erzielten Einigung der Vertragsparteien hinsichtlich der Höhe einer variablen Kaufpreiskomponente. MLP hat keine Veranlassung, von einer weitergehenden Verpflichtung zur Kaufpreiszahlung auszugehen. Gemäß Kaufvertrag hat die Gesellschaft in Ermangelung einer Einigung mit den Verkäufern am 7. Oktober 2011 den kaufvertraglich für einen solchen Fall bestimmten Schiedsgutachter angerufen, der mit Schiedsgutachten vom 2. Oktober 2012 die Auffassung von MLP bestätigt hat, dass die vertraglich bestimmten Voraussetzungen für einen zusätzlichen Kaufpreis nicht eingetreten sind. Ein Teil der Verkäufer hat dessen ungeachtet Ansprüche aus Pflichtverletzungen gegen MLP in Höhe von zuletzt 51.472 T€ behauptet und diese auch zur Zahlung aufgefordert. Dem ist MLP am 20. Januar 2012 mit Einreichung einer negativen Feststellungsklage beim Landgericht Frankfurt entgegen getreten. Eine Entscheidung des Landgericht Frankfurt steht noch aus. Nach Einschätzung von MLP entbehren die behaupteten Ansprüche jeder rechtlichen Grundlage.

Zum Bilanzstichtag sind Schadensersatzklagen wegen unrichtiger Angaben in den vom Unternehmen vorwiegend in den Jahren 2000 bis 2002 veröffentlichten Kapitalmarktinformationen in nicht unbedeutender Höhe anhängig. MLP ist davon überzeugt, dass die Klagen keinen Erfolg haben.

Über die genannten Sachverhalte hinaus gab es keine weiteren Haftungsverhältnisse.

[26] Organe der MLP AG

Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<p>Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Heidelberg Vorsitzender zuständig für Interne Revision, Kommunikation/Investor Relations, Marketing, Personalwesen, Recht, Strategie</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Feri AG, Bad Homburg v.d.H. (Vorsitzender) 	-
<p>Reinhard Loose, Heidelberg zuständig für Controlling, IT und Einkauf, Rechnungswesen, Risikomanagement</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Feri AG, Bad Homburg v.d.H (bis 10. August 2012) 	-
<p>Manfred Bauer, Leimen zuständig für Produktmanagement</p>	-	<ul style="list-style-type: none"> • MLP Hyp GmbH, Schwetzingen (Aufsichtsrat)
<p>Muhyddin Suleiman, Rauenberg zuständig für Vertrieb</p>	-	-

Aufsichtsrat	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<p>Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Everswinkel Vorsitzender (Vormals Vorsitzender des Vorstands General Reinsurance AG, Köln)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • VPV Lebensversicherungs-AG, Stuttgart • General Reinsurance AG, Köln (bis 8. März 2012) • Delvag Rückversicherungs-AG, Köln • DB Capital & Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln • VHV Vereinigte Hannoversche Versicherung a.G., Hannover (seit 4. Juli 2012) • MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (Vorsitzender) 	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Insurance Asset Management, Köln (bis 31.12.2012) (Beirat)
<p>Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Gaiberg stellvertretender Vorsitzender (Vormals Vorsitzender des Vorstands MLP AG, Wiesloch)</p>	-	<ul style="list-style-type: none"> • Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg (Aufsichtsrat)
<p>Dr. Claus-Michael Dill, Berlin (Vormals Vorsitzender des Vorstands AXA Konzern AG, Köln)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • General Reinsurance AG, Köln (Vorsitzender) • Damp Holding AG, Hamburg/Ostseebad Damp (bis 31. März 2012) • HUK-COBURG AG, Coburg • HUK-COBURG a.G., Coburg 	<ul style="list-style-type: none"> • Polygon AB, Stockholm, Schweden (Non-executive Member of the Board)
<p>Johannes Maret, Burgbrohl (Investment Committee Member The Triton Fund, Jersey, GB)</p>	-	<ul style="list-style-type: none"> • Gebrüder Rhodius KG, Burgbrohl (Beiratsvorsitzender) • The Triton Fund, Jersey, GB (Investment Committee Member) • Basler Fashion Holding GmbH, Goldbach (Beiratsvorsitzender) • BC Extrusion Holding GmbH, Bad Oeynhausen (Beiratsvorsitzender)
<p>Maria Bähr, Sandhausen Arbeitnehmervertreterin, Mitarbeiterin der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch</p>	-	-
<p>Norbert Kohler, Hockenheim Arbeitnehmervertreter, Mitarbeiter der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch</p>	-	-

[27] Bezüge von Aufsichtsrat und Vorstand

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Vergütungssystems und der Vergütungen für Vorstand und Aufsichtsrat wird auf den Vergütungsbericht verwiesen. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

Vorstand

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands beträgt 3.789 T€ (Vorjahr 3.601 T€). Davon entfallen auf den festen Vergütungsbestandteil 1.627 T€ (Vorjahr 1.676 T€) und auf den variablen Vergütungsbestandteil 2.162 T€ (Vorjahr 1.925 T€). Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen in Höhe von 290 T€ (Vorjahr: 278 T€) für die betriebliche Altersvorsorge getätigt.

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2012 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.241 T€ (Vorjahr 7.743 T€) sowie ein aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung in Höhe von 275 T€ (Vorjahr: 9 T€). Der sich aufgrund der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergebende, noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder auf 2.400 T€ (Vorjahr: 2.600 T€).

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2010 Performance Shares (virtuelle Aktien). Die Performance Shares der Tranche 2009 sind in 2012 verfallen. Mit der Umstellung der Verträge aller Mitglieder des Vorstands mit Wirkung für 2011 auf das neue Vorstandsvergütungssystem entfällt eine Teilnahme am Long Term Incentive-Programm. Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden, gegenüber dem Vorjahr unveränderten Tabelle zu entnehmen:

Alle Angaben in Stück

	Tranche 2010
beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	7,54 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	66.313
Reinhard Loose	-
Manfred Bauer	-
Muhyddin Suleiman	39.788
Gesamt	106.101

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2012 für Vorstände erfasste Aufwand für das Long Term Incentive-Programm beträgt 0 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit in 2012 eine erfolgsunabhängige Vergütung in Höhe 500 T€ (Vorjahr: 500 T€). Darüber hinaus fielen 21 T€ (Vorjahr: 25 T€) Ersatz für Auslagen und Schulungen an.

[28] Aktionärskreis zum Bilanzstichtag

Alle Angaben in T€

	Stammaktien		Anteil am Grundkapital	
	2012	2011	2012	2011
	Stück	Stück	%	%
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger	25.383.373	25.205.534	23,53	23,36
Sonstige Aufsichtsratsmitglieder	186.597	161.597	0,17	0,15
Vorstand	16.254	16.254	0,02	0,02
Übrige Aktionäre	82.291.514	82.494.353	76,28	76,47
Gesamt	107.877.738	107.877.738	100,00	100,00

[29] Honorare Abschlussprüfer

Aufwendungen für Honorare im Zusammenhang mit Leistungen von Gesellschaften, die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt wurden, sind den entsprechenden Angaben im Konzernanhang zu entnehmen.

[30] Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft, www.mlp-ag.de, dauerhaft zugänglich gemacht.

[31] Angaben zu Mitteilungen gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 WpHG

Herr Manfred Lautenschläger, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 25 % unterschritten hat und zu diesem Tag 23,38 % (25.205.534 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 20,98 % (22.618.932 Stimmrechte) der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. April 2008 die Schwellen von 15 % und 20 % überschritten hat und zu diesem Tag 23,08 % (22.618.932 Stimmrechte) beträgt.

Die M.L. Stiftung gGmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % überschritten hat und zu diesem Tag 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Frau Angelika Lautenschläger, Deutschland, hat uns gem. § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % und 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,97 % (6.500.000 Stimmrechte) beträgt.

Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der M. L. Stiftung gGmbH gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG zugerechnet. Der M.L. Stiftung gGmbH werden 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) aus von der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gehaltenen Aktien nach § 22 Abs. 1 S.1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 6,67 % (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) beträgt. Davon werden der Barmenia Krankenversicherung a. G. 0,27 % (dies entspricht 290.000 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Swiss Life Beteiligungs GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15 % und 10 % unterschritten hat und nun 9,90 % (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Holding AG, Zürich, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15 % und 10 % unterschritten hat und nun 9,90 % (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden ihr gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der Swiss Life Beteiligungs GmbH zugerechnet.

Die Berenberg Bank, Joh. Berenberg Gossler & Co. KG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 18. November 2009 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und nun 4,84 % (dies entspricht 5.223.957 Stimmrechten) beträgt.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 4,72 % (5.090.989 Stimmrechte) betrug. Davon sind ihr 4,18 % (4.503.693 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 0,54 % (587.296 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG zuzurechnen.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass die zugerechneten Stimmrechte dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert werden: Die AXA S.A., Paris, Frankreich, ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht, Niederlande; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln, Deutschland; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Die Allianz SE, München, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte wurden ihr gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die ihr zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Allianz Deutschland AG, Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Zugleich hat uns die Allianz SE gemäß §§ 21 Abs. 1 i.V.m. 24 WpHG mitgeteilt: Der Stimmrechtsanteil der Allianz Deutschland AG, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Allianz Deutschland AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Allianz Deutschland AG zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherung AG, Stuttgart, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten).

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,39 % (dies entspricht 10.132.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Pensionskasse AG hält 0,50 % (dies entspricht 539.000 Stimmrechten) direkt.

Die Aspecta Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,40 % (dies entspricht 9.054.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die Aspecta Lebensversicherung AG hält 1,50 % (dies entspricht 1.617.000 Stimmrechten) direkt.

Die CiV Lebensversicherung AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,65 % (dies entspricht 10.408.201 Stimmrechten)

gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die CïV Lebensversicherung AG hält 0,24 % (dies entspricht 263.768 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die neue leben Lebensversicherung AG hält 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Holding AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Proactiv Holding AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI Direkt Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.553 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI Direkt Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.416 Stimmrechten) direkt.

Die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG zugerechnet.

Die Hannover Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 20. April 2011 die Schwelle von 10 % überschritten hat und an diesem Tag 10,02 % (dies entspricht 10.813.991 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: Oakmark International Small Cap Fund.

Die Oakmark International Small Cap Fund, Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Oktober 2010 die Schwelle von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 3,05 % (dies entspricht 3.286.623 Stimmrechten) beträgt.

Die Gerling Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. Oktober 2010 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 2,45 % (2.642.500 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG und 7,44 % (8.029.469 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet.

Die Talanx Deutschland Bancassurance GmbH, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 25. August 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 1,22 % (1.321.250 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 8,67 % (9.350.719 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet, wovon bei der Zurechnung gem. § 22 Abs. 2 WpHG 3 % oder mehr der Aktien über die HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet werden.

Die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 04. Oktober 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht

10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 9,65 % (10.408.201 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Gem. § 22 Abs. 2 WpHG werden 3 % oder mehr von der HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet.

Die Talanx Aktiengesellschaft hat uns gem. §§ 21, 24 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der HDI-Gerling Friedrich Wilhelm Rückversicherung Aktiengesellschaft, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 31. Dezember 2012 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 9,40 % (10.144.433 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG und 0,49 % (527.536 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet. Gem. § 22 Abs. 2 WpHG werden 3 % oder mehr von der HDI Lebensversicherung AG zugerechnet.

[32] Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31. Dezember 2012 stellen sich wie folgt dar:

Unmittelbarer Anteilsbesitz

Name, Sitz	Buchwert 1.1.2012	Buchwert 31.12.2012	Anteil	Eigenkapital zum 31.12.2012	Ergebnis 2012
	T€	T€	%	T€	T€
MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch ¹⁾	79.005	109.005	100	109.548	68.804
MLP Consult GmbH, Wiesloch	2.350	2.350	100	2.400	18
Feri AG, Bad Homburg ¹⁾	118.082	118.082	100	19.862	4.726
	199.437	229.437			

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Darstellung vor Ergebnisabführung.

Mittelbarer Anteilsbesitz

Name	Sitz	Anteil	Eigenkapital	Ergebnis
			zum 31.12.2012	2012
		%	TE	TE
Academic Networks GmbH (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch	100	-659	0
TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH ¹⁾ (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Hamburg	100	314	348
ZSH GmbH Finanzdienstleistungen ¹⁾ (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Heidelberg	100	1.190	1.798
MLP Hyp GmbH (49,8%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Schwetzingen	49,80	4.471	1.471
Feri Trust GmbH ²⁾ (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	5.458	-137
Feri Institutional and Family Office GmbH ²⁾ (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	25	464
Feri EuroRating Service AG ²⁾ (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	958	1.024
Feri Investment Services GmbH (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	27	30
Feri Trust (Luxembourg) S.A. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	4.812	9.767
Feri Trust AG (Schweiz) ³⁾ (100%-Tochter der Feri AG)	St. Gallen	100	TCHF -443	TCHF 36
Feri Corp. ⁴⁾ (100%-Tochter der Feri EuroRating Service AG)	New York	100	TUSD 87	TUSD -24
Heubeck-Feri Pension Asset Consulting GmbH ³⁾ (45% gehalten von Feri Trust GmbH sowie 5% gehalten von Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	50	371	161
CORESIS Management GmbH ³⁾ (25 % gehalten von Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	25	11	-75
FPE Private Equity Beteiligungs-Treuhand GmbH ³⁾ (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	315	143
FPE Private Equity Koordinations GmbH ³⁾ (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	84	59
FPE Direct Coordination GmbH ³⁾ (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	55	11
Feri Private Equity GmbH & Co. KG ³⁾ (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	40	0
Feri Private Equity Nr. 2 GmbH & Co. KG ³⁾ (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	6	-5

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der MLP Finanzdienstleistungen AG. Darstellung vor Ergebnisabführung

²⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Feri AG. Darstellung vor Ergebnisabführung.

³⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis aus Jahresabschluss 2011.

⁴⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis aus Jahresabschluss 2010.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden keine weiteren wesentlichen Beteiligungen der MLP AG oder der hier abgebildeten Unternehmen, die nach § 285 Nr. 11 HGB eine Angabepflicht bedingen. Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

[33] Ergebnisverwendungsvorschlag der MLP AG

Der Vorstand schlägt gemäß § 170 Abs. 2 Aktiengesetz vor, den im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 48.691.160,22 € wie folgt zu verwenden:

	31.12.2012	31.12.2011
	€	€
Ausschüttung an die Aktionäre	34.520.876,16	64.726.642,80
Einstellung in Gewinnrücklagen	14.000.000,00	-
Gewinnvortrag	170.284,06	-
Bilanzgewinn	48.691.160,22	64.726.642,80

Wiesloch, den 25. Februar 2013

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der MLP AG, Wiesloch, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MLP AG, Wiesloch. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer

Fust
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.“

Wiesloch, den 25. Februar 2013

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

Finanzkalender 2013

14. November 2013

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse in den ersten 9 Monaten und zum 3. Quartal
MLP veröffentlicht den Zwischenbericht für die ersten 9 Monate und zum 3. Quartal.

14. August 2013

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse im 1. Halbjahr und zum 2. Quartal
MLP veröffentlicht den Zwischenbericht zum 1. Halbjahr und zum 2. Quartal.

6. Juni 2013

Hauptversammlung MLP AG in Mannheim
Die MLP AG hält ihre ordentliche Hauptversammlung im Rosengarten Mannheim ab.

15. Mai 2013

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse zum 1. Quartal
MLP veröffentlicht den Zwischenbericht zum 1. Quartal.

27. März 2013

Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2012
MLP veröffentlicht den Geschäftsbericht für das Jahr 2012.

28. Februar 2013

Jahrespressekonferenz und Analystenkonferenz in Frankfurt
MLP gibt die vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahres 2012 bekannt.

Impressum

Herausgeber

MLP AG

Alte Heerstraße 40

69168 Wiesloch

www.mlp-ag.de

Kontakt

Investor Relations

Telefon +49(0)6222-308-8320

Telefax +49(0)622-308-1131

Public Relations

Telefon +49(0)6222-308-8310

Telefax +49(0)622-308-1131